



Sezession

Wo
stehen wir?

100
Martin Lichtmesz

Lage
Thomas Hoof

Gleichheit
Erik Lehnert

Weltstaat
Dimitrios Kisoudis

Ohnmacht
Dirk Alt

100

Februar 2021
11 EURO
ISSN 1611-5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Verein für Staatspolitik e.V.
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
E-Mail: redaktion@sezession.de

Vertreten durch Dr. Erik Lehnert
(Vorsitzender)

Eingetragen im Vereinsregister
am Amtsgericht Stendal,
Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-
Stocker, Benedikt Kaiser, Ellen
Kositza, Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.)
und Erik Lehnert

19. Jahrgang, Heft 100,
Februar 2021

Sezession erscheint im Februar, April,
Juni, August, Oktober und Dezember.
Der Preis für das Einzelheft beträgt
11 € zzgl. Versandkosten.
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert
hält, kann ein Förderabonnement
(75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das nor-
male Jahresabonnement (sechs Hefte)
kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser
in Ausbildung), jeweils inkl. Versand.
Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich
10 € Porto im Jahr.
Wird das Abonnement nicht bis zum
30. November gekündigt, verlängert es
sich um ein weiteres Jahr.

Alle Rechte für sämtliche Artikel im
Heft vorbehalten. Manuskripte sind
übrigens stets willkommen und sollten
als Kurzbeitrag 9000 und als Grundla-
genbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leer-
zeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel.: (03 46 32) 9043 96
Fax: (03 46 32) 9043 97

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

Editorial

- 1 **Reine Politik**
Götz Kubitschek

Bild und Text

- 2 **Großverband**
Ellen Kositza

Hundert × Sezession

- 4 100
Martin Lichtmesz
- 11 **Stil und Form**
Günter Scholdt
- Wo stehen wir?**
- 16 **Autorenporträt Francis Fukuyama**
Benedikt Kaiser
- 22 **Gleichheit und Gleichschritt**
Erik Lehnert
- 26 **»Wir passen aufeinander auf!«**
Alexander Wallasch im Gespräch mit
Götz Kubitschek
- 30 **In zehn oder in hundert Jahren**
Thomas Hoof
- 38 **Der Globalismus – Terreur und Terroir**
Dimitrios Kisoudis
- 44 **Im Zugriff des Widersachers**
Caroline Sommerfeld
- 50 **Ohnmacht und Phantasie**
Dirk Alt
- 54 **Die Kunst der Krisenklugheit**
Till Kinzel
- 56 **Volk – zwanzig Thesen**
Thor v. Waldstein

Geschichte

- 60 1871
Dag Krienen

Bücher

- 66 **Wir Nachhelden**
Erik Lehnert
- 68 **Rezensionen**

Reine Politik

von Götz Kubitschek

Dort, wo die bündische Jugend (dieser straffe Nachfolger des Wandervogels) Begriffsfindung betrieb, stoßen wir auf eine starke Selbstverortungsvokabel: »Jugendreich«. Man beschrieb damit den Selbstversuch, den Zwängen der modernen, arbeitsteiligen, durchorganisierten und cleveren Massengesellschaft in einen anders aufgespannten Raum zu entkommen – und sei es nur für Tage oder Wochen. Im »Jugendreich« galten andere Gesetze, andere Unabhängigkeiten, dort führte und folgte ein anderer Typus, dort hatten der Moment und der Traum, der nutzlose Dienst und der Gral, der ganze ehrliche Lebensernst und die Ablehnung von Verkaufskonzept und Beschwichtigungsmentalität eine ins bürgerliche Leben, ins Arbeitsleben kaum übertragbare Bedeutung. Eine der Schlüsselparolen lautete: »rein bleiben und reif werden«. Sie zielte auf Verantwortungsbewußtsein, Einsatzbereitschaft, innere und geistige Sauberkeit und lebendige, ehrliche Zuneigung.

Kritik an dieser minnesängerlichen Überspannung wurde schon damals heftig geäußert. Aus einer solchen Kunstwelt, einem ausblendenden Anderland, Tugenden fürs Hier und Jetzt zu schöpfen sei fahrlässig und ziehe die besten Kräfte dort ab, wo sie am nötigsten seien: vom Raum der Realpolitik, vom Möglichen, vom Kompromiß, von der Mehrheitssuche – vom, aufs Ganze gesehen, nicht hinreichend großen, aber doch wenigstens ansetzbaren Hebel, den man unbedingt in die Hand bekommen müsse, wolle man überhaupt etwas »mitgestalten«.

Aber wer will das schon, mitgestalten, wo die vor Kraft strotzenden Unhintergebarkeiten der modernen und postmodernen Entwicklung samt ihren technischen Entsprechungen (Häppchengeist, Echtzeit, Identitätsbasterei, Transhumanismus) den »Aufhalter«, den Bremsen, den Warner, den Träumer, den »Wanderer zwischen beiden Welten« anlächeln – um ihm im nächsten Moment eine zu knallen, daß er sich benommen in die Ecke verzieht, aus der er sich (mitgestaltungsfröhlich) eben erst hervorgewagt hatte. Wären wir von dieser Sorte, hätten wir unser Blatt nicht *Sezession* genannt, sondern »Hallo« oder »Einwurf« oder, in einem Moment des Durchblicks, »Beistelltisch« oder »Durchreiche«.

Aber so war es eben nicht, vor achtzehn Jahren, und daß es nicht so war, hatte seinen Grund nicht nur, aber auch darin, daß wir dem bündischen Gedanken an das Selbstbestimmungsrecht im Jugendreich eine Art Leitlinienkompetenz einräumten – weit über die Jugendphase hinaus. Ins Verlegerische, in den metapolitischen Ansatz einer »Sezession« hinein übertragen, lauten die Begriffe zwar anders, aber gemeint ist dasselbe: »reine Politik« oder »Nachahmungsverbot« oder auch »große Loslösung«. Den letzten prägte Nietzsche, seine »große Loslösung« ist eine Patin des Namens unserer Zeitschrift. »Nachahmungsverbot« ist ein Einsatzgrundsatz aus dem Guerillamarketing: niemals das nachzubauen versuchen, was bloß klappt, wenn man auf Wohlwollen, auf offene Arme, auf Fördertöpfe, auf die Stromlinie des Flusses trifft; besser also stets davon ausgehen, daß man an den entscheidenden Stellen alles auf ganz eigene

Weise erledigen muß: neu erfinden, ausprobieren, durchsetzen.

Und die »reine Politik«? Im Grunde ist das der Gegenbegriff zum »Lagedenken«, und hier wird es schwierig: »Lagedenken« (wir nannten zuletzt die Festschrift zum Zwanzigjährigen unseres Instituts so!) ist einer der rechten, konservativen Begriffe schlechthin. In der Lage zu denken (und zu leben) bedeutet, von dem, was ist, nicht zu abstrahieren und keinesfalls die Wirklichkeit und das Leben auf utopischem Abweg zu vergewaltigen. (Eine knappere Beschreibung rechter Politik gibt es nicht: das gedeihliche Leben vor den Vergewaltigungen durch die Experimentierfreude verantwortungsloser Entwürfe zu bewahren.) »Reine Politik« und »Lagedenken« – der Kreuzungspunkt liegt dort, wo wir nicht mehr zurechtkommen wollen. Denn natürlich kann man immer irgendwie zurechtkommen mit dem, was einem die Gesellschaftsklempner aufgeben, aufladen, abverlangen. »Reine Politik« bedeutet dann, trotz Einsicht in die Lage und in die Übermacht der anderen, trotz Kenntnis der Stromlinie den Dreck nicht mehr mitzumachen, nicht mehr mitzuschwimmen, mitzugestalten, sondern vom grundsätzlich Richtigen nicht zu lassen. Wie so etwas aussehen könnte? Blättern Sie mal in hundert Heften. ■



Großverband

von Ellen Kositza

Wie sich alles wundersam fügt! Wir feiern die hundertste Ausgabe dieser Zeitschrift – und (der Zufall will es) gleichzeitig, exakt aufs Datum, den zehnten Jahrestag ebendieses Plakats: Division Antaios in achtunddreißig Porträts, achtunddreißig Schlagworten. Das Design ist heute vielleicht erläuterungsbedürftig. Es orientierte sich am Stil einer Pop-art-Kampagne zugunsten Barack Obamas. Damals, Obama war seit einem Jahr Präsident der Vereinigten Staaten und bereits Friedensnobelpreisträger, kursierte unter Demokraten-Fans dieses blauweißrote (um wenige Graustufen ergänzte) Meme des als messianisch bejubelten Halbkenianers, untertitelt mit den enigmatischen Buchstaben HOPE.

Als ob wir das nicht besser, enigmatischer könnten! Das Poster wurde uns damals, bei auf 2000 Stück limitierter Auflage, geradezu aus den Händen gerissen. In den Wohnungen alter Weggefährten hängt es bis heute gerahmt. Es wurde seither x-fach nachgefragt, jedoch – es ist vergriffen.

Zur oben erwähnten wundersamen Fügung gehört eine coronabedingte Durchschnittshandlung: Auch im Haushalt derjenigen, die sowohl die Division Antaios verpflegen als auch seit 18 Jahren die *Sezession* druckfertig machen, kam es in den vergangenen Monaten zu gründlichen Durchgängen in Dachböden und Kellern. Und was schmiegte sich da, leicht spinnwebenumflossen, zwischen Kisten mit der Aufschrift »Puzzles, unvollständig« und »Grundschulkrampf? Eine Rolle Division-Antaios-Poster, zehn Exemplare ohne jede Alterungsspur.

Dieses Sammlerobjekt zu interpretieren ist ein wenig so, als müßte man einen Witz erklären. Das Geheimnisvolle, Umstrittene, schwer Deutbare, sogar das Raunende gehört ja wesensmäßig zu dieser sagenhaften Division. Division? Diese paar Dutzend Gesichter? Eine Division, so belehrt uns das Volkslexikon Wikipedia, sei ein »militärischer Großverband von 10000 bis 30000 Soldaten, der sich aus mehreren Regimentern oder Brigaden sowie verschiedenen Unterstützungstruppen zusammensetzt.« Würde man durchzählen, käme unsere Division (die eine europaweite ist) sicher auf eine solch fünfstelligen Zahl. Aufs Plakat gesetzt wurden freilich nur wenige repräsentative Porträts. Martin

Lichtmesz hatte diesen Kampfbund (mündlich funktioniert auch der Wortwitz »Die Vision« sehr gut) damals folgendermaßen eingeführt:

»Die DIVISION ANTAIOS blickt auf eine ruhmreiche Tradition von über 1000 Jahren und auf erstaunliche Waffen-, Geistes- und Inszenierungstaten zurück. Ihre Angehörigen versehen mehr oder weniger freiwillig ihren Dienst: Dem freudigen Streiter ist der gepreßte zur Seite gestellt.«

Die freudigen Streiter, die freiwilligen Kombattanten also, sind rasch auszumachen: Namentlich sind es zentral der Denker (»Think«) Dr. Karlheinz Weißmann, der in direkter Nachbarschaft zum »Tank« Dr. Erik Lehnert (der in seinem früheren Leben als Panzeraufklärer diente) einen »Thinktank« bildet. In schönstes Neudeutsch übersetzt, ist das eine »Denkfabrik«, als die das Institut für Staatspolitik – das herausgebende Organ der *Sezession* also – von Freund und Feind apostrophiert wurde und wird.

Es folgt eine Reihe drunter meine Wenigkeit. »Femme« als beigeordnete Parole ist erstens naheliegend. Unsere Division ist eine eher virile – nicht jedoch, daß sie Frauen per se ausschließen würde! Gemeinsam mit der Spezialistin für Geschlechterordnungen, Camille Paglia (»Sexus«), repräsentiere ich die stolze weibliche Minderheit innerhalb dieses heterogenen Streithaufens. Zweitens: ein hübsches Buchstabenspiel, reiht sich »Femme« doch an »Feme« an. Wie Paglia ist auch Ernst von Salomon, der Femechronist, selbstredend ein »Gepreßter«. Zu den freiwilligen Streitern zählten damals (heute wären mindestens noch Benedikt Kaiser und Caroline Sommerfeld unter den paradigmatischen Gesichtern; um die jeweiligen Parolen wäre man kaum verlegen!) auch Martin Lichtmesz (»Irrlicht«; Lichtmesz stieß aus einer völlig anderen Szene zu uns) und Götz Kubitschek. Kubitschek bildet mit so sprödem wie widerständigen »Egon« den Abschluß der Klammer, deren Anfang – nein, es ist nicht König Heinrich, wie man vermuten könnte! – hier mit dem Bamberger Reiter gesetzt ist.

Rund um das Divisionspersonal entspannen sich seinerzeit so viele Diskussionen und so viel Rätselraten, daß man damit ein eigenes heiteres Anekdotenbändchen füllen könnte. Nur ein

paar Beispiele: Es gab einen Diskothekenbetreiber und Konzertveranstalter, der eine Zeitlang im Ruch stand, »irgendwie rechts« zu sein. Ein fraglos unbequemer Zustand. Derjenige war nun überzeugt davon, unter der Parole »Fanal« abgebildet zu sein, und schrieb einen komplizierten Brief, in dem er sich so vornehm wie verständnisheischend verwahrte, unserer Division zugerechnet zu werden. (Wenn ich mich korrekt erinnere, dachte er, es würde als »Fanal« gewertet, daß er die slowenische Popgruppe Laibach hatte auftreten lassen.) Tatsächlich hatten wir unter »Fanal« Christian Böhm-Ermolli abgebildet, diesen radikalen, hochbegabten rechten Wiener Aktivisten (siehe Lutz Dammbecks Film *Das Meisterspiel*), der sich dreißigjährig 1996 im Sterbehaus sowohl von Beethoven als auch von Otto Weininger (höchstselbst bei uns unter »Gender« firmierend) das Leben genommen hatte.

Für Irritation sorgte ferner der Slogan »A Noi!« Etliche Divisionsangehörige der zweiten Reihe vermuteten dahinter etwas irgendwie Schwäbisches – als würde der besagte Schlachtruf eine dialektale Fassung von »Oh nein!« oder »Bloß nicht!« ausdrücken. In der Tat gab es zahlreiche 1848er-Revolutionäre aus dem Schwabenland – nur, der hier Abgebildete ist ein Mann des 20. Jahrhunderts, nämlich der Dichter, Putschist und Visionär Gabriele D’Annunzio. Er ruft »Zu uns!« Und, leider, »Feu« stellte auch nicht den jungen, sicher rechtschaffen begabten Sören M. dar, der uns 2008 einen Aufsatz mit dem Titel »Feudalismus 2.0« eingebracht hatte. Wir hatten diesen Text aus verschiedenen Gründen nicht drucken können – Sören dankte nun für die Würdigung. Zugegeben, das Antlitz ist verwechselbar, aber unser Feuer galt dem französischen Schriftsteller Pierre Drieu la Rochelle, der seinerzeit mit den Deutschen kollaboriert hatte.

Offenkundig bot das Plakat jedenfalls ein schönes, intellektuell anspruchsvolles Ratevergnügen. Zu den am meisten umrästelten Divisionsangehörigen gehörten außerdem »Gott« (das Bild zeigte den rumänischen Religionsphilosophen Mircea Eliade) und »Reich 4.0« (Grenzgänger Hans-Dietrich Sander, 1928–2017).

Nun: Was genau ist, metaphorisch gefragt, der Dreßcode dieser Division? Wer darf denn hier mitmischen? Was muß er mitbringen für

diese Truppe, die keineswegs ihre Leute »dort abholt, wo sie gerade stehen«? Blut und Eisen sind es nun mal nicht. Hier versammeln sich auch »Ungediente« im konventionellen Sinne, und Ausländer. Der Faktor »Dissidenz« trifft auf die meisten Kombattanten zu. Ob der Alte Fritz und der Bamberger sich hier zuordnen lie-



ßen, wäre fraglich. Möglicherweise gab es Zeiten, wo buchstäbliche Dissidenz weder Option noch notwendig war.

Der Division Antaios und mithin auch diesem Projekt, der *Sezession*, geht es nie um ein prinzipielles »Dagegen«. Nur: um die Dinge in der Waage zu halten, ist genau dies eben meist das Erforderliche – nämlich die Gegenseite zu betreten, damit das Schiff nicht leckschlägt: »Der Rechte – in der Richte: ein Außenseiter.« (Botho Strauß) Wer ganz genau wissen will, um welche Kampfgefährten es sich im einzelnen handelt, kann gern den entsprechenden Artikel nachschlagen, den anno 2010 unser Freund Ernst Jünger als Gastbeitrag auf sezession.de verfaßte. Die Schlagwörter »sezession division antaios« mögen zum Auffinden genügen. ■

100

von Martin Lichtmesz

Auch wenn ich an dieser Stelle ein wenig »pro domo« spreche: Seit der Gründung der *Sezession* im Jahr 2003 ist ein Korpus an Texten herangewachsen, dessen Bandbreite, Tiefgang und Tonfall in der rechten Publizistik Deutschlands einzigartig sind. Hieraus eine Bestenliste zu erstellen wäre schwierig und in jedem Fall eine subjektive Auswahl, die sich gewiß auch ganz anders treffen ließe. Man könnte einige wichtige Themenblöcke nennen, die kontinuierlich behauen wurden, und es sind bei weitem nicht alle. **Multikulturalismus und Einwanderung** etwa waren in der *Sezession* schon lange vor 2015 ein Thema: Karlheinz Weißmann erteilte harte »Biblische Lektionen« (13/2006) und kam zu dem Schluß, »daß die Existenz von Nationen ein Ausnahmefall in der Geschichte ist«, multikulturelle Systeme, die »am besten despotisch zu beherrschen sind«, sind hingegen die Regel; Ellen Kositzka ärgerte die »liberalen Islamkritiker« mit einer listigen und vielschichtigen Parteinahme für die »Kopftuchmädchen« (40/2011), Caroline Sommerfeld gab eine komplexe Antwort auf die (scheinbar) einfache Frage »Wer gehört zu uns?« (88/2019). **Metapolitische Strategien** wurden durchdacht und debattiert und fielen schließlich auf fruchtbaren Boden. So führt eine gerade Linie von Felix Menzels »Ikonen schaffen – Vom Kampf um Aufmerksamkeit« (24/2008) zu den medienwirksamen Aktionen der Identitären Bewegung, deren Mastermind Martin Sellner unter anderem in Heft 79/2017 kompetent aus der Praxis sprechen konnte, wenn er über »Politische Paradoxien« nachdachte. Damit ist vor allem das Problem gemeint, daß sich eine aktivistische Gruppe innerhalb eines politischen Spektrums einerseits stark nach außen absetzen muß, um ihren inneren Zusammenhalt zu gewährleisten, andererseits aber Offenheit und Anschlußfähigkeit bewahren muß, um nicht »zu einer isolierten Sekte« zu verkommen.

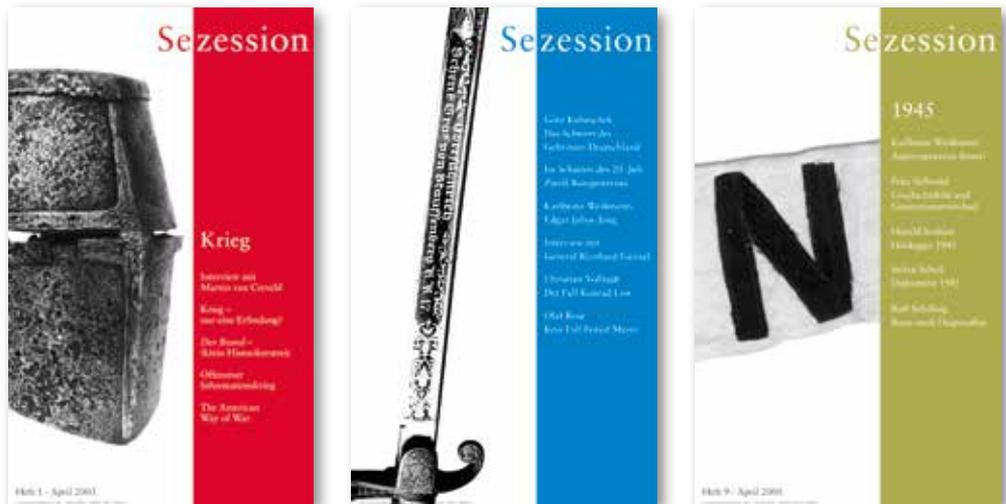
Selbstverständlich hat die *Sezession* auch immer wieder die gefürchtete **Systemfrage** gestellt, was zunächst nichts anderes bedeutet als eine realistische Analyse, nach welchen Regeln das politische System tatsächlich funktioniert, ungeachtet seiner Selbstdarstellung. Was von den Machthabern heute als »Demokratie« bezeichnet wird, unterliegt schon lange einer Metamorphose zu einer Art »Demokratur«, wie Thorsten Hinz in seinem Beitrag »Zwischen Postdemokratie und Neototalitarismus« (74/2016) ausführte. »Demokratie« wird zur globalistischen Politik, deren Ziele »die Zerstörung der europäischen Völker und die Degradierung der Nationalstaaten zu bloßen Verwaltungseinheiten« sind. »Wehrhafte Demokratie« bedeutet in der Folge nichts anderes als eine wachsende »soziale Vernichtungsmacht« gegen Abweichler und Oppositionelle. Thor v. Waldstein forderte daher in seinen »Zehn Thesen zum Widerstandsrecht« (70/2016), die Demokratie wieder auf ihr natürliches Fundament zu stellen, basierend auf der Feststellung, daß »der Souverän des Grundgesetzes das deutsche Volk« ist. Das Demokratieprinzip

»Nun liegt die erste Nummer der Vierteljahresschrift *Sezession* auf dem Tisch. Ein neuer publizistischer Anlauf hat begonnen. Im Nachlaß von Carl Schmitt findet sich ein Programmheft der Evangelischen Akademie Berlin mit einer spöttischen Randbemerkung des Staatslehrers und großen Stilisten: »Entkernung des Pudels durch Verpudlung des Kerns«. Die selbstgestellte Aufgabe der *Sezession* läßt sich auch als Entpudlung des Kerns definieren. Die äußere Form korrespondiert mit dem Ziel: ein besonders handliches Format, ein übersichtliches Layout.«

Caspar von Schrenck-Notzing: »Die Entpudlung des Kerns«, in: *Junge Freiheit* vom 2. Mai 2003.

schütze »nicht irgendeine beliebige ›Demokratie‹ irgendwelcher ›Demokraten‹ auf BRD-Boden, sondern die Herrschaft des deutschen Volkes über den souveränitätsbefähigten Nationalstaat auf deutschem Staatsgebiet.« Daran anknüpfend plädierte Benedikt Kaiser für eine »Revolutionäre Realpolitik von rechts« (81/2017), mit dem Fernziel einer »Gesellschaftsordnung, in der soziale Gerechtigkeit und Staatsbewußtsein, Recht und Gesetz, Verantwortlichkeit und Solidarität« und die Pflicht gegenüber »Staat und Nation« wiederhergestellt werden.

Zu den grundlegenden Legitimationsmythen der Bundesrepublik zählt auch eine manipulative und einseitige **Geschichtspolitik** im Zeichen von immerwährender Schuld und nie endender Sühne. Auch hier übte die *Sezession* kontinuierlich Fundamentalkritik auf hohem Niveau, unter anderen in Beiträgen von Fritjof Meyer, Karlheinz Weißmann, Stefan Scheil und nicht zuletzt von keinem Geringeren als Ernst Nolte, dem wohl bedeutendsten Geschichtsdenker, den Deutschland nach 1945 hervorgebracht hat.



In seiner Dankesrede »Dogma und Wissenschaft« (49/2012) stellte Nolte »ein freies Denken, das sich an den Maximen einer reflektierenden Wissenschaft orientiert«, einem »dogmatischen ›Absolutismus‹ des Geschichtsverständnisses« entgegen und warnte vor der Gefahr, daß sich dieser »in Deutschland und möglicherweise sogar in Europa durchsetzen wird«.

Eine weitere, immer wiederkehrende Fragestellung in der *Sezession* benenne ich nach meinem Buch *Kann nur ein Gott uns retten?* Es geht hier um den Verlust des Heiligen und der Transzendenz und seine Auswirkungen auf Gefüge, Gestalt und Schicksal der modernen Welt, um die religiösen Konsequenzen der Erfahrung einer totalen Ohnmacht gegenüber irdischen Verhältnissen und Verhängnissen, aber auch um die Frage, welche Pfade den einzelnen wieder auf die »Spur der entflohenen Götter« führen könnten. Dieses Thema durchzieht als roter Faden etliche meiner eigenen Beiträge, von »Fanal und Irrlicht« (20/2007) bis zur »Wallfahrt nach Chartres« (67/2015). Und schließlich sei noch das Augenmerk erwähnt, das die *Sezession* stets auf **Literatur und Dichtung** gelegt hat. Die Spannweite reicht von der Pflege von »Klassikern« wie Hölderlin und George, Doderer und Bulgakow, Benn und Jünger, Mishima und Montherlant, über Vergessene, Außenseiter, Geheimtipps oder stille Größen wie Horst Lange und Hans Bergel, Jean Raspail und Joachim Fernau, Rolf Schilling, Ismail Kadare und Günter de Bruyn, bis hin zu bekannteren Zeitgenossen wie Botho Strauß, Martin Mosebach und Uwe Tellkamp. In jedem Heft werden belletristische Neuerscheinungen besprochen, dabei als Literatur ernst genommen und beurteilt und nur in zweiter Linie nach ihrem metapolitischen oder gesellschaftsseismographischen Wert abgeklopft.

Mein erster Rückblick auf das noch junge Projekt *Sezession* erschien vor fünfzehn Jahren in der *Jungen Freiheit* (20/06) unter dem Pseudonym Michael Kreuzberg. Ich eröffnete ihn mit einem Zitat von Hans Zehrer, dem Chefredakteur der Monatsschrift *Die Tat* während ihrer konservativ-revolutionären Phase (1929–1933), in deren Umfeld sich ein intellektuell einflußreicher »Kreis« gebildet hatte, der nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ins Abseits gedrängt wurde: »Die Intelligenz gerät heute in Gegensatz zu den Vorstellungen und Erwartungen

»An diesem Montag soll es starten: das ›Netztagebuch der wahren, guten und schönen Rechten« (www.sezession.de). Kubitschek sagt, seine Seite richte sich »an alle, die glauben, daß unsere Gesellschaft neue Begriffe braucht«. Diese wolle er mit seinen Leuten prägen: »Es gibt keine interessantere rechtsintellektuelle Gruppe als uns.« Den Anfang machen der Philosoph Erik Lehnert, der Historiker Karlheinz Weißmann, der Verleger Wolfgang Dvorak-Stocker und Kubitscheks Frau Ellen Kositzka.«

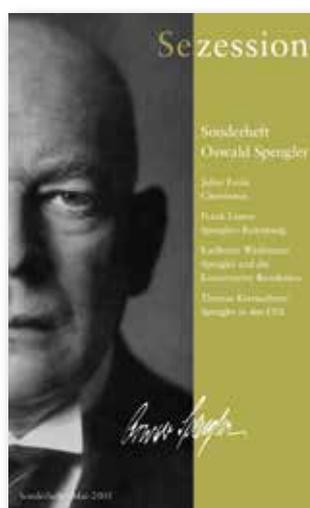
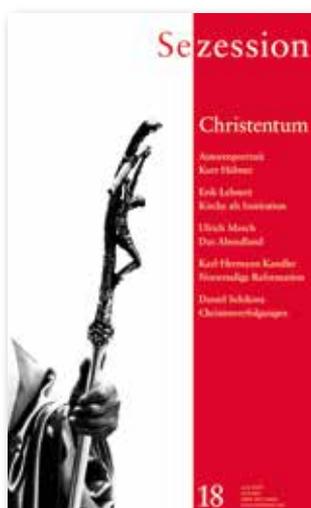
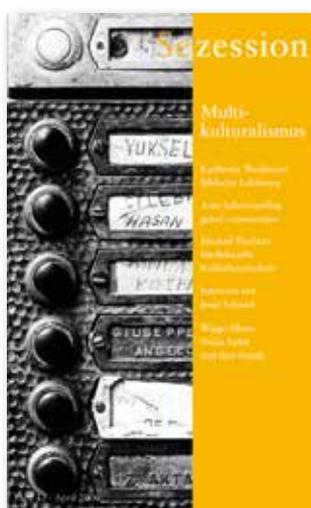
Marc Felix Serrao: »Wo Gehirne sich übergeben«, *sueddeutsche.de* vom 17. Mai 2010.

des Kollektivs«, schrieb Zehrer unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. »Sie muß verzichten auf die Riesenaufgaben der ›bestseller‹, auf die Staats-, Wirtschafts-, und Gewerkschaftspöstchen und auf den kleinen Tages-›job‹ in der Presse und Rundfunk, Film und Theater.« Immerhin gelang es Zehrer, Unterschlupf in der amerikanischen Lizenzpresse zu finden, als Chefredakteur der *Welt* unter der Ägide Axel Springers. Auch wenn es ein wenig aus seinem zeitlichen Kontext gerissen war, ließ sich das Zitat, das ich in den *Staatsbriefen* von Zehrer's Zögling Hans-Dietrich Sander gefunden hatte, mühelos mit der Lage der konservativen Intelligenz im Jahr 2006 verbinden. Kreuzberg notierte, daß weder Götz Kubitschek noch Karlheinz Weißmann als damalige Hauptverantwortliche der *Sezession* Illusionen zu hegen schienen, »die Publizistik könne in die Speichen der Zeitläufe greifen oder es zu mehr bringen als zu einer um fünf nach zwölf rehabilitierten Cassandra«, wobei die Aussicht auf Rehabilitation wohl schon zu optimistisch gedacht war. Dennoch bestehe kein Grund zur Untätigkeit: »Weder Niekischs *Widerstand* noch Zehrer's *Tat* konnten die deutschen Verhältnisse abwenden. Ihre Schriften erreichten jedoch etwas Seltenes: strahlungsmächtige Kreise zu ziehen, ein geistiges Milieu zu prägen, ein Saatgut auszuwerfen, eine unverwechselbare Geste zu hinterlassen.« Das war der Mindestanspruch der *Sezession* und ist es bis heute geblieben.

Die Zielsetzungen der Herausgeber gingen natürlich weit über die bloße Geste oder die unverbindliche Pflege literarischer und weltanschaulicher Traditionen hinaus, was Ehrensache jedes ernsthaften Intellektuellen sein sollte. Das mentale Reservat des »aktiven Pessimismus« steht nicht unbedingt im Widerspruch zu dem Ehrgeiz, reale gesellschaftliche Veränderungen anstoßen zu wollen, sondern federt ihn nur ab. In den Worten Kubitscheks: Eine »Änderung der Verhältnisse« war anvisiert, durch »radikale Kritik, Klärung der Lage, Zuspitzung der Begriffe«. »Provokation«, »Unversöhnlichkeit« und »Ernstfall« waren die Schlüsselwörter der Selbstverortung. »Auf ihrer Netzseite betonen die Herausgeber, daß man mehr als ein weiteres Mauerblümchen im Blätterwald der

»Martin Böcker hat publizistische Erfahrungen. Er schreibt für ›Sezession‹, die rechtsintellektuelle Zeitschrift des ›Instituts für Staatspolitik‹, sowie für die rechte Wochenzeitung ›Junge Freiheit‹. Die Autorenkreise beider Organe überschneiden sich; Zeitschrift und Zeitung verbindet eine Einschätzung der Lage der deutschen Öffentlichkeit, die man Gramscianismus von rechts nennen kann: Die Feststellung der Hegemonie linker oder linksliberaler Meinungen ist der Ausgangspunkt eigener Interventionen.«

Patrick Bahners: »Ein Rundbrief mit Prangerwirkung«, in: FAZ vom 21. Juli 2011.



Schwafelzone sein möchte«, bemerkte Kreuzberg und zitierte ein Statement auf dem Ur-Blog der Zeitschrift: »*Sezession* ist eine politische Zeitschrift, in der realpolitisch, nicht gesinnungspolitisch gedacht wird. Sie unterstützt den Vorsatz ihrer Leser, Entscheidungen zu treffen. Kontroverse ist erwünscht, jedoch nicht als intellektuelles Spiel«. Realpolitisch zu denken heißt aber auch, sich im klaren zu sein, daß man einer politischen, medialen, institutionellen und finanziellen Übermacht gegenübersteht. Wodurch verschafft man sich im Wettstreit der Ideen, wenn es denn dergleichen abseits des öffentlichen Kulissenschiebens überhaupt noch gibt, Aufmerksamkeit, Respekt und Einfluß, wenn einem all diese Rückendeckungen und Feldvorteile nicht zur Verfügung stehen? Durch die Liebe zur Wahrheit, durch klare Analysen, stilistische Brillanz, gelungene Provokation und überraschende Perspektiven? Oder eher formal, durch einen zupackenden Tonfall oder eine ansprechende Optik? Wie konzipiert man seine eigene Mannschaft, als »Traditionskompanie« (Weißmann) oder als »Wahrnehmungselite« (Kubitschek) oder bescheide-

ner als »Zeigerpflanze« (wiederum Kubitschek)? War eher die Pflege eines »neuen Realismus« (Weißmann) das Ziel – als Programm für ein bürgerliches Publikum, das sich eine rationalere nationale Politik wünscht anstelle der utopischen und neurotischen Weltentwürfe der Bundesrepublik? Oder doch eher, so Kubitschek, die »expressive Loslösung«, die »Temperaturerhöhung«, die Wertschätzung des »romantischen Düngers«? Das Aufsuchen der Quellen »Glaube, Dichtung, Anderland«, um »das Mobilisierende, Magnetische, Elektrizierende gegen den Realismus (sei er alt, sei er neu, sei er vernünftig) zu stellen«? Dieser Disput über die »Spurbreite des schmalen Grats« und die Möglichkeit oder Unmöglichkeit, beide Mentalitäten zu vereinen, wurde zwischen Erik Lehnert und Kubitschek in Heft 53/2013 und erneut zwischen Weißmann und Kubitschek in Heft 59/2014 geführt; letztere sollten bald darauf getrennte Wege gehen.

Als unabhängige Zeitschrift mußte sich die *Sezession* auch der alten Frage stellen, welche Macht das Denken und der »Geist« überhaupt ha-



ben, und zwar allein auf sich selbst gestellt, ohne die großen Lautsprecher und Multiplikatoren der Stiftungen, der Massenmedien und sonstiger Propagandamaschinen. Erik Lehnert warf sie etwa im Themenheft »Macht« (48/2012) auf: »Eine Erörterung über die Macht des Geistes ist kein akademisches Glasperlenspiel, sondern eine notwendige Selbstvergewisserung für jeden, der am Kampf des Geistes um den Gang der Welt teilhat«, schrieb er. »Je mächtiger der personale Geist eines einzelnen ausgeprägt ist, um so eher hat er die Chance, im Kampf mit dem objektiven Geist, dem Zeitgeist, nicht unterzugehen.« Wenn Lehnert nun bemerkte, daß es sich bei der »Macht des Geistes um das Zentrum der Macht überhaupt handelt, von der alle anderen Macht-Formen, ob militärische oder politische, abgeleitet sind«, dann verwies er auf einen »Geist«, den man weder machen noch ausdenken kann, der »weht, wo er will«, und der gerade auch durch seine »irrationalen Momente« wirkt: »Geist ist gerade nicht nur rational, bloßer Verstand. Die besseren Argumente allein genügen nicht. Der Kampf des Geistes wird über Ideen geführt und entschieden. Ideen zeichnen sich weniger dadurch aus, daß sie gut begründet sind, sondern daß sie als Wahrheit akzeptiert werden, für die genügend »Verrückte« (Kaltenbrunner) bereit sind, vielleicht nicht ihr Leben, aber wenigstens ihren guten Ruf zu opfern. Vor allem also dadurch erhalten Ideen Macht.« Es ging Lehnert dabei nicht nur um die geistige Ermächtigung des einzelnen, sondern vor allem einer politischen Idee, die zunächst nur geistige Waffen zu ihrer Verfügung hat: »Für jede Opposition ist unverzichtbar, einen objektiven Gegengeist auszubilden«, schrieb er. »Das birgt zwar die Gefahr der Entfremdung und Isolierung, verhindert aber Zynismus. Der Erfolg mißt sich an der Stärke dieses Gegenbildes.«

In Heft 52/2013 näherte sich Götz Kubitschek der Frage nach der Stärkung dieses Gegenbildes auf einer anderen Marschroute. Wie Kreuzberg/Lichtmesz berief auch er sich zunächst auf Hans Zehrer und den Tat-Kreis, betonte aber, wie sehr sich die Lage des Konservatismus seit 1945 verändert hatte: Es gehe nicht mehr um Total- und Gegenentwürfe, sondern um »die Besinnung auf die Güter der abendländischen Tradition«

»Lange gab es eine Leerstelle für eine ästhetisch anspruchsvoll gemachte, rechtsintellektuelle Kulturzeitschrift. Diese Lücke schließt die *Sezession* seit ihrer ersten Ausgabe.«

Dieter Stein: »Das Echo von der Saale her ...«, in: *Sezession* 50 (Oktober 2012).

»Die *Sezession* hat Format – eines, das besonders gut in der Hand liegt. Angenehmes Papier und durchdachten Satz. [...] Es gibt nicht sehr viele Zeitschriften, die ich regelmäßig mit Gewinn lese. *Sezession* gehört dazu.«

André Lichtschlag: »... ist zuweilen Anderland«, in: *Sezession* 50 (Oktober 2012).

und die »Stabilisierung der Substanz, nicht mehr um eine Revolte, sondern um Kurskorrekturen und – immerhin – um ein mutiges Aussprechen dessen, ›wie es wirklich ist‹.« Diese »Minimalziele« führen allerdings in ein Dilemma, das etwa Hans Freyer auf den Punkt gebracht hatte: »Innerhalb der nivellierten Massengesellschaft komme Identitätsstiftungen der Rang einer ›haltenden Macht‹ zu. Und so stabilisiert jeder, dem seine Substanz, seine Identität, sein Gefüge von irgendwo außerhalb des Systems her zuwächst, heute jenes System, das für die Zersetzung erst verantwortlich ist.« Kann das schon alles gewesen sein? »Keinesfalls«, antwortete Kubitschek. »Denn das Politische ist zu Ende. Alles Große dämert vor sich hin, und selbst die Erinnerung daran schläft ein. Das Radikale ist der Stachel, der wachhält. Das Experiment ist das Gebot der Stunde, der nutzlose Dienst eine schöne Geste. Die Fähigkeit, immer wieder voraussetzungslos über Tun und Lage nachzudenken, die Uhr neu zu stellen und aus dem Nichts zurückzukehren, ist die Grundlage des



Widerstands.« Das bedeutete ausdrücklich kein Entweder-Oder, sondern ein Sowohl-Als-Auch, gerade für eine Zeitschrift, die den Akzent schon in ihrer visuellen Gestaltung auf Nüchternheit und Klarheit legte. Ohne die von Kubitschek skizzierte existentielle Fähigkeit, ohne den Traum, das Exzentrische, das Überschwengliche und das Unvernünftige, schöpferisch kanalisiert durch Lebenstüchtigkeit, Pragmatismus und Selbstdisziplin hätte es indes auch nie eine *Sezession* und ein »Schnellroda« gegeben – aber auch keine Identitäre Bewegung und keinen Martin Sellner, der das Prinzip der »Provokation« zu Erfolgen führte, die es im rechten Lager bis dato nicht gegeben hatte. Er hat dafür aber auch einen hohen Preis bezahlt, denn die Provozierten zeigten, daß sie nicht mit sich spaßen lassen und ihnen kein Mittel der Verfemung zu schmutzig ist.

Sellners Talent zur Tat blühte in einem Zeitraum auf, in dem »das Politische«, das Kubitschek 2013 für tot erklärt hatte, wieder aufzuwachen schien und die rechten Milieus revitalisierte. Einhundert Hefte *Sezession* aus achtzehn Jahren dokumentieren auch, wie im ewigen politischen Wartesaal BRD immer wieder die gleichen Dramen abgespielt, die gleichen Rituale zelebriert, die gleichen Affekte bedient und die gleichen Waffen eingesetzt wurden, um die Deutungsmacht des Establishments zu bewahren. Die »Meinungskorridore« erlebten immer wieder Phasen, in denen sie sich endlich, endlich zu öffnen schienen, 2010 etwa durch den Erfolg von Thilo Sarrazins *Deutschland schafft sich ab*, 2015 durch den Schock der »Flüchtlingskrise« und den darauf folgenden internationalen Boom des nationalen Populismus. In Deutschland forderten PEGIDA, die AfD und die Identitäre Bewegung das Establishment heraus und wurden von der *Sezession* und ihrem Umfeld kritisch-unterstützend begleitet. »Schnellroda« wurde zur landesweit berühmten, oft suggestiv aufgeblasenen Chiffre für finstere Einflüsterungen und Strippenziehereien, illustriert mit Homestories aus dem Ziegenstall. Insbesondere in den Jahren 2016 und 2017 sah es mitunter tatsächlich so aus, als würden die Karten neu gemischt und die Verhältnisse zu tanzen beginnen, als würden sich neue und unerwartete intellektuelle und politische Allianzen, als würden die Bannflüche der politischen Korrektheit an Wirkung verlieren. Man-

»Dem Rechten oder Konservativen bleibt zur Zeit nicht viel mehr, als die abschmelzenden Bestände zu prüfen. In der vorliegenden Sondernummer der vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegebenen Zeitschrift *Sezession* hat Chefredakteur Götz Kubitschek eine lange Liste mit rechten Projekten der letzten 40 Jahre erstellt: Parteigründungen, Manifeste, öffentliche Appelle, Zeitschriften. Es ist eine Auflistung zerstobener Hoffnungen, Niederlagen und Illusionen. Geblieben sind eben die *Sezession*, das Institut für Staatspolitik und die *JUNGE FREIHEIT*.«

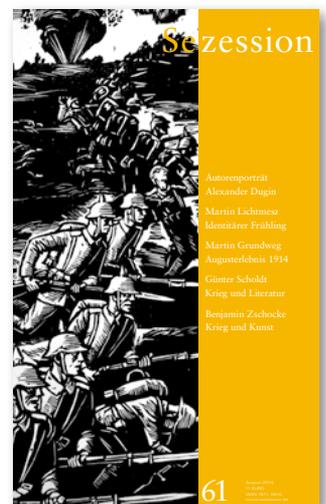
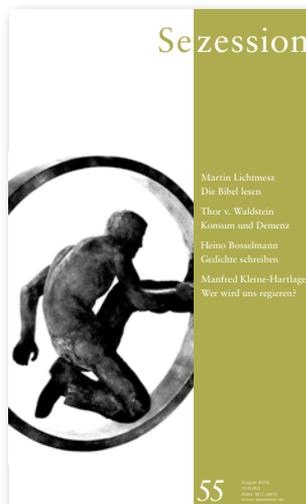
»Vehikel der Unzufriedenen«, in: *Junge Freiheit* vom 11. Mai 2013.

che kokettierten damit, »mit Rechten reden« zu wollen, und kniffen unter dem Beifall des Feuilletons feige den Schwanz ein, als sich diese tatsächlich zum Duell bereit zeigten. Seither sind etliche Flutwellen der Repression und der Zersetzung auf den Fuß gefolgt, mit allen zur Verfügung stehenden feinen und groben Mitteln. Sie folgen der Logik des Machterhalts eines Systems, das der stigmatisierenden Gesinnungskontrolle, des Gaslichterns, und einer mit Abermillionen von Staatsgeldern geförderten Bewußtseins- und Propagandaindustrie bedarf, um seine Legitimität zu bewahren. Und nicht zuletzt verfügt es über einen inoffiziellen terroristischen Arm in Form eines staatlich hochgezüchteten und gesponserten Linksextremismus, der die Rolle des auch physisch gewalttätigen Kettenhundes übernimmt. Seither hat in der Rechten eine große Desillusionierung eingesetzt: Die »mobilisierende Vorstellung«, man könne »ohne Rücksicht auf wirtschaftliche, technische und soziale Bedingtheiten doch so etwas wie ›reine Politik‹ treiben«, schrieb Kubitschek im Editorial von Heft 99/2020, »hat sich als Illusion erwiesen, der Weg zur Ernüchterung führte von PEGIDA über den Aufstieg der Alternative zuletzt mit Siebenmeilenstiefeln dorthin, wo zigtausend Bürger hilflos gegen eine zynische Staatsmacht anrennen.«

Die *Sezession* hatte stets zu viele Brocken bitterer und kalter, also: faktischer Wahrheit auf ihrer Seite, und darüber hinaus zu viele Autoren, die imstande sind, sie in klare Worte und mitreißende Polemik zu fassen, um von den Machthabern langfristig geduldet werden zu können. 2020 beschloß der Staat, das Institut für Staatspolitik zwanzig Jahre nach seiner Gründung per »Verfassungsschutz« zu »beobachten« und als »Super-spreader von Haß und Gewalt« (Thomas Haldenwang) zu diffamieren. Diese Sprache zirkuliert nicht erst seit der »Coronaviruskrise«, die weltweit zu bislang unvorstellbaren totalitären Verschärfungen geführt hat. Seit Jahrzehnten wird die politische Rechte von den ideologischen Institutionen des Staates und seinen medialen Gehilfen wie ein Virus behandelt: Bereits der bloßen physischen Anwesenheit eines »Rechts«-Infizierten im öffentlichen Raum wird eine hohe Ansteckungs- und Kontaminierungs-

»Im Vorwort zu dem bereits erwähnten Mai-Sonderheft der *Sezession* entwickelt er folgende Problemsicht: zunächst gewinnt er dem AfD-Kurs der *JF* Positives ab, insofern es sich »bei der AfD um eine Ausweitung der Kampfzone und um die Öffnung eines zusätzlichen Resonanzraums« handele. Zugleich aber, so die Warnung, sei dies »die Zementierung einer Mauer«, will sagen: »Wer jetzt nicht mit dabei ist, sondern von rechts kritisiert, ist gründlicher außen vor als bisher. Denn er ist selbst an diese Bewegung nicht mehr anschlussfähig. Insofern käme der AfD im System des Machterhalts und des Elitenwechsels der Mitte die Rolle des Staubsaugers und zugleich der Kantenschere zu.«

Helmut Kellersohn: »Die AfD als ›Staubsauger‹ und ›Kantenschere‹«, in: *DISS-Journal* 27 (2014).

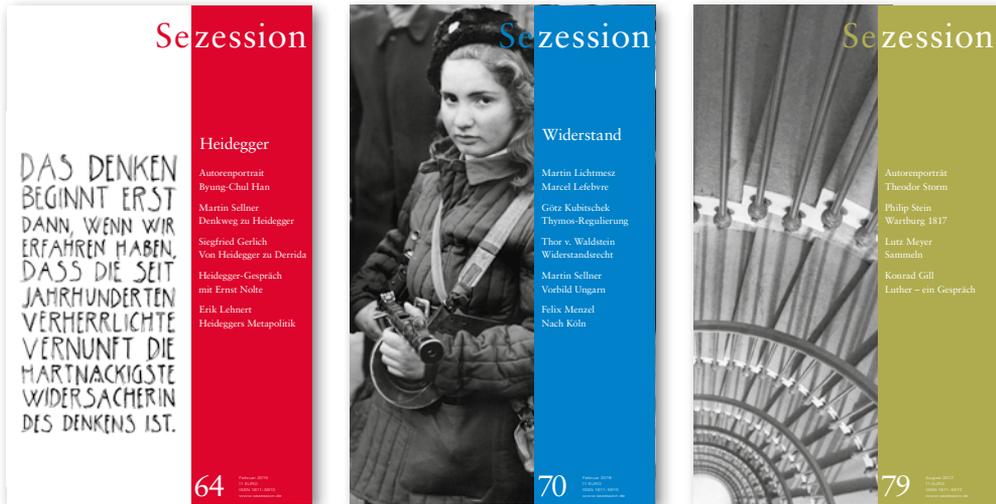


gefahr zugeschrieben, weshalb Personen, Gedanken, Meinungen, Weltanschauungen, Haltungen, Worte, Bücher, Zeitschriften in Quarantänen isoliert werden müssen, und dies immer strenger und gründlicher, in der Hoffnung, die Inzidenzwerte der Infektionsfälle nach unten oder gar auf Null zu drücken.

Um diese Gefahr zu bekämpfen, setzt man auf Abstandsregeln, Kontaktverbote und doktrinäre Impfungen; auch »Masken« müssen getragen werden, zum Eigenschutz und zum Schutz der Gesellschaft, die nie wieder einer mentalen Epidemie zum Opfer fallen darf wie anno 1933. Vertreter des Staates verteidigen heute expressis verbis ihre »Wahrheitssysteme« (Michael Kretschmer), die gegen Infragestellungen, Korrekturen und Widerlegungen immunisiert werden müssen. Das bedeutet die Kontrolle der Informationen, der »Framings« und der Narrative, das bedeutet die autoritäre Anweisung, welche Nachrichten »Fake« sind und welche »Faktenchecker« das letzte Wort haben, nach den Vorgaben eines nackten Freund-Feind-Rasters. Daß die Herren der Diskurse analog

zum Coronavirus unsere »Gefährlichkeit« maßlos übertreiben, mag uns zuweilen schmeicheln und dazu verführen, unsere eigene Bedeutung zu überschätzen. Klargeworden ist jedenfalls eines: Sie wollen uns schlicht und einfach vernichten. Es ist ihnen egal, ob unsere Analysen zutreffen, ob wir gut schreiben können oder überraschende Perspektiven eröffnen. Der Staat, dem sie dienen, will sich und seine fix eingeschlagene Marschrichtung weder reformieren noch kritisieren lassen. Ernsthafte Kritik und Sezession kann er nicht mehr dulden, denn sie erscheint ihm längst nicht nur als »Verfassungsfeindlichkeit«, sondern als Angriff auf die Menschenrechte, die Menschenwürde, die Menschlichkeit und die Menschheit überhaupt, zusammengefaßt unter dem Schlagwort »Haß«, das den nötigen Dampf für die Hexenjagdmaschine abgeben soll.

Immerhin erfahren wir eine gewisse Selbstvergewisserung durch die Tatsache, daß dieser Kampf so gut wie niemals auf der sachlichen oder argumentativen Ebene geführt wird. Es werden nahezu ausschließlich



»Eine rechte Zeitschrift im Deutschland der Gegenwart hat dieses Aufkündigen des bisherigen Gesellschaftsvertrags sogar zu ihrem Titel gemacht; sie nennt sich ›Sezession‹.«

Dietmar Dath: »Der rechte Lohn«, in: FAZ vom 3. November 2017.

grob präparierte Strohmannen attackiert. Diesen Job erledigen nicht nur linksextreme »Rechtsextremismusexperten«, sondern auch honorige Professoren in Staatsdiensten, die zuverlässig die bestellten Bretter abliefern. Um unser Denken anzugreifen, muß man es entstellen, Argumente unterschlagen, Ambivalenzen tilgen, Worte verdrehen und umdeuten. Das Ziel sind Filterung und Blockierung: Unsere Reichweite soll beschränkt, unsere Außendarstellung kontrolliert werden. Auch das ist nicht neu. Es hat uns zumindest dahingehend diszipliniert, eine äußerste Sorgfalt des Denkens, Schreibens und Formulierens zu kultivieren. Das haben unsere Gegner nicht mehr nötig: Sie können nach Belieben Behauptungen aufstellen, Unwahrheiten verbreiten, sich hinter faulen Worthülsen verschanzen, niemand wird sie zur Rechenschaft ziehen, solange sie ihren Job erfüllen und das gewünschte Grundrauschen in Gang halten und vor Mißtönen schützen. Fairneß, Anerkennung, Redlichkeit, Differenzierung, geistige Freiheit, sogar Galgenhumor und Selbstironie – das sind Dinge, die sie sich längst nicht mehr leisten können und wollen. Dieser Luxus bleibt sozusagen uns vorbehalten. Dabei brauchen wir nicht im geringsten von unseren Grundpositionen abzurücken. Um die Strahlkraft der Idee zu bewahren, schrieb Erik Lehnert in seinem Aufsatz über die »Macht des Geistes«, dürfe sie »nicht den Eindruck erwecken, verhandelbar zu sein«, sie müsse aber andererseits »mit einem gewissen Spielraum vertreten werden, um nicht als ›fixe Idee‹ in den Bereich des Pathologischen abgeschoben zu werden.« In letzteren werden wir ohnehin einsortiert wie sowjetische Dissidenten, egal, was wir schreiben, sagen oder tun. Die Mahnung, nicht zu erstarren und Spielräume offenzuhalten, bleibt jedoch bestehen. Das Holz unserer Bogen muß zugleich fest und elastisch sein. Unser personaler Geist hat indes heute wenig Aussichten, zu unserer Lebenszeit »objektiver Geist zu werden oder daran Anteil zu haben« (Lehnert). Damit bleibt uns nur mehr das »nutzlose Dienen« übrig. Machtansprüche können wir nicht glaubhaft stellen, wenn sie kein mächtiges Ohr finden. Alles, was wir tun können, ist uns darin üben, den vorherrschenden Machtanspruch kraft unseres personalen Geistes abzuwehren, und andere dazu ermutigen, es uns gleichzutun. ■

Stil und Form

von Günter Scholdt

100 Hefte *Sezession*! Man muß innehalten, um sich der Bedeutung dieser bloßen Ziffer bewußt und der Leistung gerecht zu werden, die mit dem Jubiläumsdatum verbunden sind. »Wer zählt die Texte, nennt die Namen« – könnte man Laudatio-gemäß schillernd ausrufen –, die sich hier in gut 19 Jahren zu einem rechtsalternativen publizistischen Ensemble vereinigten. 100 Hefte geballte Theorie für Tausende von treuen Abonnenten: (Meta-)Politisches, Historisches, Philosophisches, Ästhetisches, darunter Autorenporträts, Buchkommentare, sozialpolitische Stimmungsbilder und nicht zuletzt mit viel Verve ausgefochtene Debatten über Konsistenz und Richtung einer politischen wie kulturellen Strategie. Das Ganze dargeboten in einer grafischen Form, die besonderen Anspruch verrät.

Man muß allen danken, die im Vorder- wie Hintergrund organisierend, schreibend oder fördernd dazu beitrugen, dieses Zeitschriftenprojekt bis heute kreativ am Leben zu halten. Denn eine Selbstverständlichkeit ist das im »geistigen« Umfeld dieses Landes gewiß nicht. Steht doch für solche Kritik bundesrepublikanischer Zustände kein hochsubventioniertes intellektuelles Lotterbett zur Verfügung wie für die »systemrelevante« überraschungsfreie Bestätigungspublizistik. Ganz im Gegenteil. Das Erstaunen über dieses Qualitätsorgan aus einem Lager, dem man in arroganter Verkennung wie intriganter Mediensteuerung jede kulturelle Satisfaktionsfähigkeit abstritt, währte nur kurz. Dann schritt man, da Verschweigen nichts half, umgehend zur konsequenten moralischen Ausgrenzung. »Zivilgesellschaftliche« und administrative Diskriminierungen ergänzen sich bis zu schlichten Gewaltakten. Allein diesem Druck standgehalten zu haben ist eine Tat.

Als ich im Juli 2005 erstmals in der *Sezession* publizierte, war dies eine Art Ausbruch aus einer Kommunikationshöhle, in der zumindest ungeschriebene Gesetze des jeweils Sag- und Publizierbaren gegolten hatten. Zuvor hatte ich bei heiklen Themen häufig quasi mit angezogener Handbremse formuliert, nicht zuletzt aus Rücksicht auf Mitarbeiter und Schüler, die mir dies später mehrheitlich durch zeittypische Illoyalitäten vergalten. Doch auch, wo ich mich (wie im Fall des diffamierten Ernst Nolte) zur Stellungnahme genötigt sah, fehlte meist schlicht die Aufnahmebereitschaft für Anti-Mainstream-Kost, genauer: die publizistische Infrastruktur.

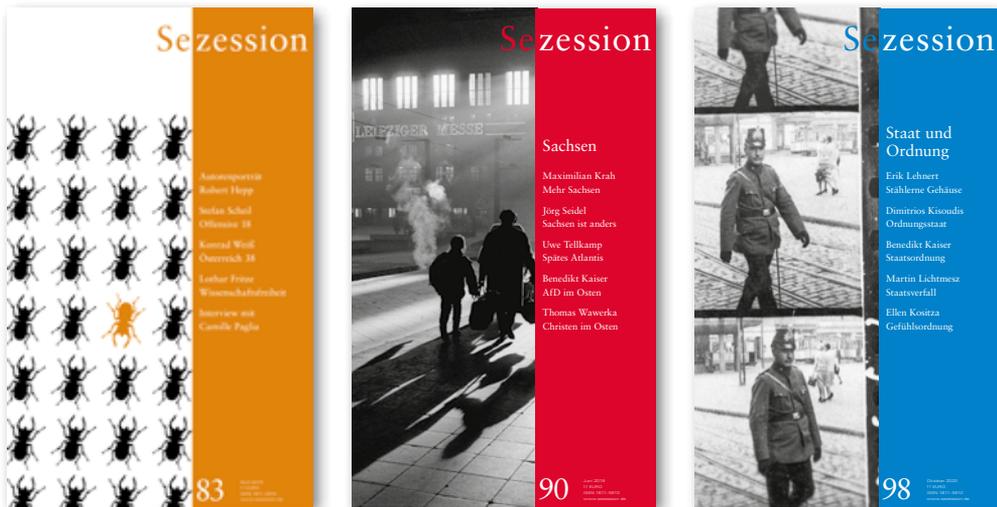
Nun war mit *Sezession* ein Leitmedium der Nische hinzugekommen, neben anderen, von denen ich erst erfuhr, als ich (die auch informationsmäßig beschränkte) akademische Komfortzone verlassen hatte. Dies schärfte das Bewußtsein für Erkenntnispielräume. Bislang weniger beachtete Denker gerieten stärker in den Blick und reizten zur Auseinandersetzung. Ohnehin sind nicht an richtungs- oder moralpolitische Weisungen gebundene Analysen substanzreicher. Auch im Geistigen hilft frische Luft. So kam man sich seit langem nicht mehr als Einzelgänger vor, wenn man auch *in politicis* eins und eins stimmig zusammenzählte.

»Karlheinz Weißmann, bis April 2014 wissenschaftlicher Leiter des IfS und Redakteur der *Sezession*, schrieb in einem Artikel 2006 über die Traditions-Kompanie bezeichnend von »einer kleinen Gruppe, die in der Lage ist, das Volksbewußtsein zu verbreiten. Diese Elite soll ›Identitätselemente‹ sammeln, die ein ›Zusammengehörigkeitsgefühl‹ begründen würden. Mit Hinblick auf die Mängelwesen-Anthropologie sind diese identitätsstiftenden Elemente etwa die Institutionen und Normen einer Ehrenethik.«

Tobias Wallmeyer: »Bemannte Rettungsboote«, in: *DISS-Journal* 33 (2017).

Jubiläen bieten Gelegenheit zum freudigen Innehalten wie zur Bilanz. Eine erste zog ich öffentlich anlässlich des Berliner »Zwischentags« im Oktober 2012, eine gegen Antifa-Drohungen durchgesetzte, stark besuchte »Heerschau« rechtsalternativer Verlage und Initiativen. Von der Reichhaltigkeit des Angebots, dem Niveau der Diskussionen, der Vorträge und der Präsentationen, war dies gewiß ein Höhe-, leider aber auch ein Wendepunkt in der stürmischen Aufstiegs Geschichte des Instituts für Staatspolitik. Termingerecht konnte zudem Nr. 50 der *Sezession* vorgestellt werden. Das gab mir als Festredner Gelegenheit zu einer Lageeinschätzung, und die Publikumsresonanz bewies, daß deren Kern weithin gebilligt wurde.

Das Thema meines Vortrags lautete: »Unser Stil«, ein nur scheinbar politikferner Ansatz, in Wahrheit ein Schlüsselbegriff für ernsthafte Konservative zur Kennzeichnung einer Zeit. Stil als charakteristischer Ausdruck zentraler gesellschaftlicher Tendenzen, Leistungen und Lebensfor-



men einer Epoche dient schließlich im Idealfall als ihr Gütesiegel. In diesem positiven Sinne taugt er allerdings wenig zur Beschreibung der hiesigen Dekadenz. Dazu mangelt es unserem Staatswesen zu sehr an Souveränität, Gemeinsinn, Niveau, Freiheits- und Traditionsbewußtsein sowie generationenübergreifender Verantwortung. Wer unseren heutigen Stil definieren wollte, könnte es höchstens negativ tun: als etwas, das wir in Deutschland mehrheitlich nicht (mehr) haben. Es sei denn, man suche ihn bei Solitären der Offizialkultur oder im schmalen, tatsächlich oppositionellen Lager.

In Berlin fragte ich damals, ob denn die alternative Szene schon ihren eigenen Stil gefunden habe: etwas, was ihren Identitätskern ausmacht und Handlungssicherheit verleiht. Ich sah neue Akzente in Sprache, politischem Denken und Charakterhaltung, verbunden durch die Devise »Sezession«, also Auszug aus einer Gesinnungsgemeinschaft mit dem herrschenden politmedialen Kartell, Aufkündigung der Loyalität zu einer staatlichen Nomenklatura, ihren Wertsetzungen, Tabus und Sprechverböten. Metapolitik fand dort gebührende Aufmerksamkeit. Man spürte die großzügige Perspektive, weg vom tagespolitischen Kleinklein wie der belanglosen Frage, ob diese oder jene traurige Zeitgeistfigur diesen oder jenen Posten ergattert. Wirkliche Lagemusterung führte direkt zu zentralen Fragen, allen voran der wichtigsten im Sinne Carl Schmitts nach dem jeweiligen Feind.

Stil ergibt sich aus der lebenslangen Selbsterziehungsaufgabe des einzelnen, erprobt und trainiert in konkreten Konflikten, wobei das Bewußtsein des Richtigen letztlich nur vom eigenen Gewissen beglaubigt wird. Wer im Umkreis dieser Zeitschrift antrat bzw. schreibt, ist zumindest kein Opportunist. Wer sich hier outet, weiß, daß seine zumindest moralische Verdächtigung zum Tagesgeschäft gehört, und riskiert seine Karriere. Solche Charakterauslese verbessert den Stil, wie zahlreiche Bücher und Artikel beweisen. Denn für Äußerungen steht man – wie beim Duell – persönlich ein. Ganz im Gegensatz zur Mainstream-Lizenz zu haltloser Polemik, die unser Establishment in ihren gesinnungskonformen analytischen Kindergärten »gegen Rechts« gewährt. Neben Mut wird Beharr-

»Aber im Laufe der Jahre ist Ellen Kositzka zu etwas geworden, das es in der europäischen Rechten kaum ein zweites Mal gibt: eine stramm rechte Stimme auch und gerade für Frauen. Eine, die als eigenwillig, umtriebiger-belesen und auf eigentümliche Weise cool wahrgenommen wird. Man kann es nicht »Feminismus« nennen; dazu sind die Differenzen zu Schwarz und Co. zu groß. Ellen Kositzka sagt: »Geschlechterhandel: interessierten sie. Ihre Alltagskolumne »Das war's« hat bis zu 20000 Leser. Und dann ist da die zweimonatlich erscheinende *Sezession*, die Kositzka als Redakteurin und Autorin prägt.«

Mariam Lau: »Nebenbei: knallrechts«, in: *Die Zeit* 5/2018.

lichkeit zur Leittugend. Denn es gilt, sich auf Rückschläge oder weitgehende Wirkungslosigkeit einzustellen. Nicht Schönfärberei, sondern realistischer Klartext ist das Stilideal, expliziert am konkreten Detail.

Wo es an kraftvollen Temperamenten und scharfzüngigen Schreibern nicht mangelt, kommt es zwangsläufig immer mal wieder zu heftigem Meinungsstreit. Denn wer sich für Sezession, also auch für die Freiheit des Wortes entschieden hat, tendiert zu Binnenpluralismus. Deshalb, schloß ich damals, brauche man selbst bei hitzigen Kontroversen nicht gleich die Alarmglocken zu läuten. Dennoch plädierte ich dafür, bei Kontrahenten im gleichen Schützengraben die rhetorischen Krallen zuweilen etwas einzuziehen. Die sollten wir für andere reservieren: jenes Juste milieu der korrekten Tugendwächter aus Zeitgeist-Journaille und -politik. Wer verhindern will, daß wir überhaupt zu Wort kommen, ist nicht unser Gegner, sondern unser *Feind*. Ihm gilt die Hauptkampflinie.

Mustere ich heute – gut acht Jahre später – meine Rede, erkenne ich neben weiterhin Gültigem besonders im zuletzt genannten Punkt Korrekturbedarf. Denn meine Hoffnung, die Fliehkräfte innerhalb der Oppositionspublizistik ließen sich bändigen, hat sich als zweckoptimistische Illusion erwiesen. Das Bewußtsein, daß unser Establishment alle Herausforderer am liebsten von heute auf morgen unisono plattmachen möchte – *Junge Freiheit*, *Sezession* oder *eigentlich frei* ebenso wie *Tumult*, *Compact*, *Freilich*, *Cato* und Plattformen wie die von Klonovsky, Tichy, Wendt, Broder, Schiffmann, Reitschuster, PI oder KenFM neben anderen –, war oder ist offenkundig weniger ausgeprägt als die Erwartung, man werde durch Vermeidung bestimmter Konfrontationen oder durch subtilere Taktik einem prekären Schicksal entgehen. Hinzu kommen berechnete wie peinliche, programmatische wie persönliche Profilinteressen, in deren Verlauf zuweilen die gemeinsame Bedrohung außer Blick gerät.

So bestätigte mir kürzlich Frank Böckelmann, der Herausgeber von *Tumult*, das Konstrukt einer »rechten« (Kultur-)Phalanx entspreche mehr einer wahnhaften Propagandaidee des Establishments als der Realität. Eine »Grundsolidarität« unter Oppositionellen existiere nämlich vornehmlich als negative Zuschreibung »des in den Kosmopolitismus driftenden Parteien-, Medien- und Gesinnungskartells«. »Im »alternativen Lager« selbst besteht sie nicht.« Hier herrsche »Wettbewerb um Marktanteile und Meinungsführerschaft, bisweilen in der Form eines hämischen Hauens und Stechens.«

Meine damalige Beschwichtigung, was den Dissens unter Sezessionisten betraf, war ja auch vornehmlich vom Wunsch getragen, es möge sich so verhalten. Doch bekanntermaßen kam es zum Bruch, mit weitreichenden Folgen über die Verlagsszene hinaus. Die sonstigen Diagnosen von 2012 scheinen mir weiterhin gültig. Denn über unsere fatale Ausgangslage und die generelle Skrupellosigkeit unserer politmedialen Klasse hatte ich schon damals wenig Zweifel und deutete von daher unser Handeln auch in Anlehnung an Verhaltensmuster wie Sisyphus oder Don Quichotte (das verdeutlichen einige Zitate in der Randspalte). Überrascht haben seitdem ja allenfalls Tempo und Rigorosität, mit denen das Establishment jede Kritik mit verschärfter Repression konterte. Zensur als Handlungsdevise dieser Zeit.

Da sich die Systempresse weitgehend gleichgeschaltet hat, verschiebt sich der Fokus legislativer Aktivitäten ins Netz, sekundiert von zivilgesellschaftlichem Druck. So vergeht kein Tag, an dem nicht alternative Blogs gelöscht, Plattformen verbannt, Bankkonten gekündigt oder Unbotmäßige juristisch oder per Verfassungsschutz eingeschüchtert werden. Die Ex-DDR-Lobby marschiert. Zwischen Merkel und Kahane paßt kein Blatt Papier. Exemplarisch die Meldung, daß die Regierung, neben ohnehin ausufernden »Bildungs«-Programmen von der Kita bis zur Uni, einen weiteren zehnstelligen (!) Euro-Betrag »gegen Rechts« beschloß. Und »Rechts« ist inzwischen fast alles, was linksgrüne Globalagenden stört, zur Zeit sogar die »Querdenker«, obwohl die gesinnungsmäßig mehrheitlich anders gestrickt sind.

Man braucht kein demokratisches Mäntelchen mehr, sondern beschränkt sich fast ganz darauf, nennenswerte Opposition bereits physisch vom öffentlichen Gespräch zu verbannen. Auch sank die Hemmschwelle, dies noch zu verschleiern. Wo Beamte oder Richter nicht gänzlich funktionieren, werden sie (wie Maaßen) umgehend geschafft.

»Der politische Resonanzraum der Neuen Rechten hat sich seit einigen Jahren erheblich erweitert. Konstatierte das Bundesamt für Verfassungsschutz im Jahr 2000 angesichts des Blättersterbens und Auflagenrückgangs am rechten Rand eine »desolate Situation rechtsextremistischer Intellektueller«, kann davon inzwischen keine Rede mehr sein. Götz Kubitschek beschrieb die neue Lage in der *Sezession* mit triumphierendem Ton: »PEGIDA, AfD, Identitäre, das ganze publizistische und metapolitische Netzwerk – das alles hat Schockwellen ausgelöst, und weil ein Schock nicht ewig dauert, meinen die Leute vielleicht, es sei ausgestanden. Sie haben keine Ahnung.«

Uwe Backes: »Zum Weltbild der Neuen Rechten in Deutschland«, in: *Analysen & Argumente*, Nr. 321 (Oktober 2018).

»Götz Kubitschek gehört zu den sogenannten »Vordenkern« der Neuen Rechten in Deutschland. Im Februar 2017 veröffentlichte er in seiner Zeitschrift »Sezession« einen Aufsatz mit dem programmatischen Titel »Selbstverharmlosung«. Es gehe darum, »die Vorwürfe des Gegners durch die Zurschaustellung der eigenen Harmlosigkeit abzuwehren«, so Kubitschek. Die AfD exekutiert diese Maxime durch den regelmäßigen Verweis auf ihre vermeintliche »Bürgerlichkeit.«

Markus Linden: »Des Teufels Generäle«, in: *NZZ* vom 25. November 2019.

»Benedikt Kaiser läßt sich auf dem hauseigenen Blog von Kubitscheks Zeitschrift *Sezession* über den Verfassungsschutz »als Schild und Schwert des Establishments gegen dessen politischen Gegner« aus. [...] Nach seiner Lesart tragen die »nachhaltigen Dekonstruktionsarbeiten linker pressure groups bei fortwährender Wählerarbeit durch polit-mediale Akteure« mit dieser Behördenentscheidung Früchte. Kaiser zufolge hat sich der Geheimdienst von einem »frühen antitotalitären Grundkonsens« verabschiedet. Dies sei ein Beleg für die »erfolgreichste metapolitische Setzung der jüngsten Zeit«, eine »linke Umdeutung« des Grundgesetzes. Ähnlich äußert sich Dieter Stein, der Chefredakteur der *Jungen Freiheit*.«

Volker Weiß: »Ein Fall für den Geheimdienst«, in: *Jungle World* 19/2020.

Entmutigen könnte dabei die Paradoxie, daß selbst scheinbar aussichtsreichste oder einfallsreichste Initiativen die Unterdrückung stets noch steigerten. Von der Gründung der AfD über PEGIDA, den europäischen Aufstieg der Identitären, Wahlbeobachtung und sonstige Aktionen von Ein Prozent, die »Charta 2017« gegen Intoleranz im Kulturbusiness bis zum Antaios-Coup 2018 auf der Frankfurter Buchmesse unter »göttlicher« Assistenz von »Locis« – all das hat das System nur dazu provoziert, nun noch plumper, schamloser oder demokratieverletzender zu reagieren.

Dieses unbefriedigende Zwischenergebnis einer kräfteaubenden Meinungsschlacht hinterließ auch in der *Sezession* seine Spuren.

Schließlich gehört ungeschminkte Lagebeurteilung zum Stil, sofern diagnostische Kälte nicht in fatalistische Resignation mündet. Deute ich neuere Tendenzen richtig, so vollzieht sich gerade ein Abschied von der retrospektiven Utopie, wonach unser Staat durch eine »Vater«-Figur wie in Kleppers gleichnamigem Roman schlicht wieder in eine Fassung gebracht werden könne, die wenigstens wilhelminisches Niveau und entsprechende Rechtsstaatlichkeit garantiert. »Mutti« als Galionsfigur illoyaler Eliten hat diesbezüglich eine ideelle Wüste hinterlassen, in der ein erbeuteter Staat selbst zum größten Hindernis für eine unerläßliche Veränderung geworden ist.

Dominierten anfangs Leitbilder der Konservativen Revolution, später die des identitären Protests bei gleichzeitiger Auslotung parteipolitischer Chancen, geraten neuerdings auch individualistische Lebensmodelle ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Das Interesse an Verhalten und Schreibweisen der Inneren Emigration wächst, literarisch illustriert in Amor Towles' Roman *Ein Gentleman in Moskau*. Allzu lange hat man diese Existenzweise ja lagerübergreifend als bloße Flucht aus der Politik diskreditiert. Kaum gewürdigt hingegen wurde die stille (zuweilen nur verdeckte oder kaum noch verborgene) Distanzierung gegenüber einem weithin hallenden staatlichen Propagandaraum. Und vielfach übersehen wurde der zentrale Appell dieser Autoren, wie er stellvertretend Bergengruens *Der Großtyrann und das Gericht* auszeichnet: »Fürchtet euch nicht!« Gleichzeitig steigt der Rang von Form und Haltung, und wir werden uns, wie auf dem »Zwischentag« 2012, wieder der Bedeutung von Stilfragen bewußt. Von daher läßt sich auch die heute gefeierte Zeitschrift als traditionsstiftende geronnene *Form* betrachten, was ihre dominierende Bewertung vom launischen Kriterium des tagespolitischen Erfolgs befreit.

Eine Kapitulation vor der Macht bloßer Masse ist das nicht. Persönliche wie historische Größe implizierte schon immer einen gewissen Trotz gegenüber der jeweiligen Epoche und belegt Haltung selbst in der Niederlage. Man denke an Thomas Morus' spöttische Unerschütterlichkeit angesichts des Schafotts oder die stilvolle Geste des Außenministers Brockdorff-Rantzau, als er 1919 in Versailles den unseligen Vertrag nur mit Handschuhen anfaßte, die er dann liegen ließ. Die Botschaft gegenüber selbstgerechten Triumphatoren war unmißverständlich: Ihr habt die Macht, aber *geistig* besiegt sind wir noch nicht.

Aufgeben sollte man erst bei gänzlicher Hoffnungslosigkeit. Das gilt mir heute nicht weniger als 2012. Und schon damals endete mein Text mit dem Hinweis auf eine grandiose Szene in Wolfgang Petersens Film *Das Boot*: Darin liegt ein havariertes deutsches U-Boot auf dem Meeresgrund vor Gibraltar. Stundenlange Reparaturen konzentrieren sich auf eine einzig verbliebene Chance. Der stoische Kaleu wehrt der Panik mit imponierender Nervenstärke und schafft so die Voraussetzung für das fast Unmögliche. Und als man dann wider alle Wahrscheinlichkeit dennoch auftaucht und den Tommys entkommt, da ballt der »Alte« die Faust und schreit sein »Not yet!« in die Nacht.

Wenn mich angesichts des absurden Alltags zuweilen tiefe Verzweiflung packt, denke ich an diese eindrucksvolle Szene. Und vielleicht gilt solche Aufmunterung auch für andere. Signalisieren wir unseren Feinden ein trotziges »Not yet!« Es gelang euch noch nicht, uns mundtot zu machen. Noch sind nicht alle eingeschüchtert, zu Kreuze oder zur Futtermühle gekrochen. Ihr Armseligen habt es (noch) nicht geschafft. Und vielleicht schafft ihr es nie. Noch gibt es Charaktere, die nicht jedes Handeln an Karriere und Erfolg orientieren. Um der Gemeinschaft und ihrer Selbstachtung willen halten sie auch scheinbar »verlorene Posten«. Das ist unser Stil. Und einen ändern wollen wir nicht. ■

Autoren dieses Heftes

Dr. Dirk Alt, 1982, ist Historiker, Autor und Dokumentarfilmmacher.

Thomas Hoof, 1948, Gründer des Handelsunternehmens Manufactum.
Nebenbei und obendrein. Eine Auswahl aus dem Manufactum-Hausnachrichten 1988–2007, Waltrop/Leipzig 2008.

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.
Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts, Schnellroda 2020

Till Kinzel, 1968, ist habilitierter Literatur- und Kulturwissenschaftler. Verschiedene Lehraufträge, darunter TU Berlin, TU Braunschweig und Universität Paderborn. Arbeitet ferner als Übersetzer aus dem Spanischen und Englischen. 1995 erhielt er den Preis des Bundes Freiheit der Wissenschaft.

Johann Georg Hamann. Zu Werk und Leben, Wien 2019

Dimitrios Kisoudis, 1981, studierte Historische Anthropologie, Germanistik und Spanisch in Freiburg und Sevilla. Er arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag.
Was nun? Vom Sozialstaat zum Ordnungsstaat, Waltrop und Leipzig 2017

Ellen Kositzka, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.

Vorlesen, Schnellroda 2019

Das Buch im Haus nebenan (Hrsg. mit Götz Kubitschek), Schnellroda 2020

Dag Krienen, 1960, Studium der Geschichtswissenschaft, Philosophie und Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum, von 1995 bis 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Ruhr-Universität. Seither freier Publizist.

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession*.

Das Buch im Haus nebenan (Hrsg. mit Ellen Kositzka), Schnellroda 2020

Hin und wieder zurück. 2017–2020, Schnellroda 2020

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).

Das andere Deutschland. Neun Typen, Schnellroda 2018

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.

Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung, Schnellroda 2020

Johannes Konstantin Poensgen, 1992, studiert Politikwissenschaft und Geschichte.

Prof. Dr. Günter Scholdt, 1946, lehrte Neuere Deutsche Literaturwissenschaft an der Universität des Saarlandes und leitete von 1996 bis 2011 das Literaturarchiv Saar-Lor-Lux-Elsaß.

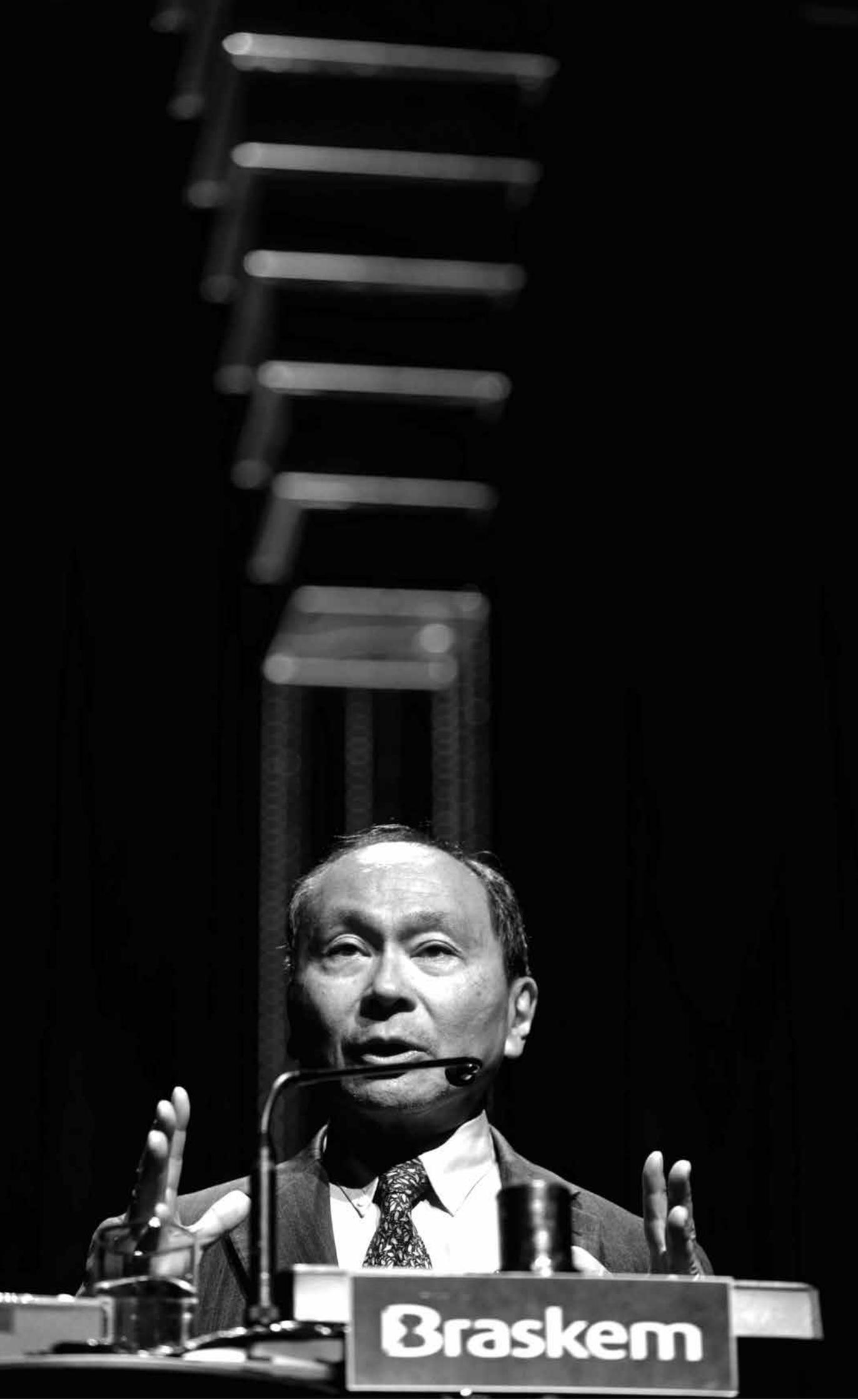
Brechts »Maßnahme« und die AfD, Schnellroda 2020

Dr. Caroline Sommerfeld, 1975, ist promovierte Philosophin und Mutter dreier Söhne.

Selbstrettung. Unsere Siebensachen, Schnellroda 2020

Dr. Dr. Thor v. Waldstein, 1959, studierte Rechtswissenschaften, Geschichte, Philosophie, Politikwissenschaft und Soziologie und arbeitet als Rechtsanwalt.

Der Zauber des Eigenen. Volk und Nation in der deutschen Geistesgeschichte, Lüdinghausen 2021



Braskem

Autorenporträt Francis Fukuyama

von Benedikt Kaiser

Mit Francis Fukuyama (geboren 1952) verhält es sich wie mit Oswald Spengler (1880–1936) und Samuel Huntington (1927–2008): Der US-amerikanische Politikwissenschaftler steht für ein einziges Schlüsselwerk: *Das Ende der Geschichte* (1992) – bei Spengler war es *Der Untergang des Abendlandes* (1918/1922), bei Huntington der *Kampf der Kulturen* (1996). Das übrige Schaffen dieser drei Geschichtsdenker, die sich der Frage »Wo stehen wir?« verschrieben haben, verschwindet hinter der Übermacht des jeweils zur politischen Formel geronnenen Werktitels. Der deutschen Leserschaft ist zwar bekannt, daß Spenglers Abhandlungen wie *Preußentum und Sozialismus* oder *Jahre der Entscheidung* ebenso bedeutsam für seine Rezeption sind. Aber die Untergangsformel überprägt bis heute alles. Nicht anders ist es bei Huntington, der etwa mit dem Standardwerk *Political Order in Changing Societies* 1968 Analysen von bleibendem Wert in den Bereichen Demokratie- und Staatstheorie vorlegte, und bei Fukuyama sind es Arbeiten zu Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften, Transhumanismus und Identitätspolitik. Interessant dabei ist, daß sich Fukuyamas Denkbewegungen der vergangenen drei Jahrzehnte in steter Auseinandersetzung mit Huntington vollzogen.

Huntington legte sein Opus magnum erst im 70. Lebensjahr vor, Fukuyama mit 40. Bis zu dieser Zäsur studierte Fukuyama, der aus einer amerikanisch-japanischen Akademikerfamilie stammt (sein Vater war promovierter Soziologe, Religionsforscher und Pfarrer einer kongregationalistischen Gemeinde), die sogenannten *Classics* (etwa: klassische Altertumswissenschaft), Politische Philosophie und Vergleichende Literaturwissenschaft in Ithaca und New Haven samt Auslandssemester in Paris, dann an der Harvard-Universität Politikwissenschaft. Sein universitärer Lehrer dort: Huntington. Fukuyama positionierte sich in jener Phase des letzten Kalten-Krieg-Jahrzehnts bedingungslos proamerikanisch. Seine Promotion über sowjetische Gefahren im Nahen und Mittleren Osten erfolgte 1981; da arbeitete er bereits seit zwei Jahren für die RAND Corporation, eine Denkfabrik des US-Militärs mit prononcierten Standpunkten zur globalen amerikanischen Hegemonie. Über außenpolitische Tätigkeiten für die Präsidenten Ronald Reagan und George H. W. Bush kam Fukuyama zur dezidierten Prognosepolitik: Die Fragen »Wo stehen wir?« und »Wie geht es weiter?« wurden seine Forschungsmotive.

1989 war dann nicht nur ein Wendejahr für Deutschland, sondern auch für Fukuyama. Für die Sommerausgabe der neokonservativen Zeitschrift *The National Interest* verfaßte er einen fünfzehnseitigen Aufsatz über die Folgen des nahenden Endes der Systemkonkurrenz, der in seiner Schlußfolgerung fragend formuliert worden war: »The End of History?« Drei Jahre später erschien mit *The End of History and the Last Man* (in der zeitnah erfolgenden deutschen Übertragung: *Das Ende der Geschichte*) jenes Werk, das Fragezeichen beiseite schob und einen

»Linke Identitätspolitik neigte dazu, nur gewisse Identitäten anzuerkennen, andere hingegen zu ignorieren oder gar herabzusetzen, etwa die europäische (das heißt weiße) Ethnizität, das Christentum, die Landbevölkerung, traditionelle Familienwerte und ähnliches.«

Francis Fukuyama: *Identität*, S. 146.

◀ Francis Fukuyama, *São Paulo* 2016.

»Laut Fukuyama konnte die Volksrepublik China nicht mehr als ein Leuchtfeuer für illiberale Kräfte weltweit agieren [...]. Doch zu sagen, daß China nach Mao kein Leuchtfeuer für ausländische Revolutionäre mehr sei, hieß noch lange nicht zu erwarten, daß Amerikas liberales Leuchtfeuer Chinas Weg zu demokratischen Reformen erhellen werde.«

Ivan Krastev, Stephen Holmes: *Das Licht, das erlosch*, S. 282.

Geschichtsdeterminismus ins Spielfeld setzte, der dem Autor bis heute anhaftet. Im Erscheinungsjahr und der folgenden Lebensphase Fukuyamas war dies gerechtfertigt. Fukuyama schrieb über den Konfliktsieger »liberale Demokratie« so, als ob mit ihm ein »Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit« erreicht sei (Ivan Krastev und Stephen Holmes nennen diese Projektion das von Fukuyama erwartete »Zeitalter der Nachahmung«). Der Westen habe durch seine politische Überlegenheit, triumphierte Fukuyama, die »endgültige menschliche Regierungsform« erreicht, mithin »das Ende der Geschichte« als »evolutionären Prozeß, der die Erfahrungen aller Menschen aller Zeiten umfaßt«. Denn die liberale Demokratie sei – anders als frühere und konkurrierende Staats- und Regierungsformen – »bemerkenswert frei« von »inneren Widersprüchen« und habe sich mit dem freien Markt verschmolzen. Eine solche historische Leistung, vollzogen vom Westen unter Führung der USA, leite das Ende der Geschichte ein, weil es irrational wäre, wenn sich nicht alle anderen Nationen diesem Erfolgsmodell anschließen.

Natürlich klammerte der US-Universalist Essentielles aus, darunter Partikularismen wie volkliche, ethnische, kulturelle und religiöse Bindungen und Normen oder die 1989 bis 1992 grassierenden wirtschaftlichen und (national-)separatistischen Kriege. Aber diese »Nebenwidersprüche« mußten fallen, wenn man die große Erzählung vom Triumph des widerspruchslosen liberaldemokratischen Gartens Eden implementieren wollte. Dies gelang in den unmittelbaren Jahren nach 1992, da der global angesetzte Versuch eines befehlsadministrativen Bürokratensozialismus irreparabel gescheitert war, »dritte Wege« angesichts des Jubelrausches des westlichen Siegers nicht gefragt waren oder wie in China, das Fukuyama als Motor weltumfassender Veränderung abschrieb, noch gar nicht entwickelt worden waren. Auch aufgrund dieser von Margaret Thatcher, George H. W. Bush und eben Fukuyama verkündeten Alternativlosigkeit im Zeichen einer »globalen kapitalistischen Arbeitsteilung« (Fukuyama) schien das Ende der Geschichte erreichbar. Alle Völker würden, obschon in unterschiedlichem Tempo, das Vorbild des anglo-amerikanischen Freiheitsraumes nachahmen und selbst zu liberalen, »marktbestimmten« und offenen Gesellschaften werden.

Gleichwohl kündigte sich in Asien Anfang der 1990er Jahre an, daß eine lineare historische Entwicklung nicht die einzige Entwicklungsoption darstellen würde. So legte Fukuyama 1995 *Trust: The Social Virtues and the Creation of Prosperity* vor, das im selben Jahr als *Konfuzius und Marktwirtschaft. Der Konflikt der Kulturen* dem deutschsprachigen Leser zugänglich gemacht wurde. Alle politischen Fragen nach 1990, so Fukuyama einleitend, seien fortan wirtschaftliche Fragen. Vom zwangsläufigen »Endziel« einer liberaldemokratischen Weltordnung rückte er nicht ab. Sehr wohl sah er aber innergesellschaftliche Widersprüche auftreten, die er bisher unterschlagen hatte. Er führte beispielsweise die problematische Tendenz des Liberalismus an, wonach zu fürchten sei, daß der »Gültigkeitsbereich der Rechte immer weiter« ausgedehnt werde, während man die »Autorität praktisch aller bestehender Gruppen in Frage zu stellen« wage; eine Tendenz der »individualistischen Gesellschaft«, die mit einem »Schwund von Vertrauen und Soziabilität« einhergehe. Fukuyama wollte am »Ende der Geschichte« festhalten, und dafür räumte er erstmals ein, daß die »demokratischen und kapitalistischen Institutionen« mit »bestimmten vormodernen kulturellen Gewohnheiten« kombiniert werden müßten, da sie gewisse Verbindungen aus sich heraus nicht generieren könnten. (Das Böckenförde-Diktum drückt im Grunde dasselbe aus.) Nur so könne Hegemonie »reibungsfrei« gestaltet werden, nur so könne man die außerhalb des Westens weiterhin lastenden Zusammengehörigkeiten dazu nutzen, sich produktiv in effektive kapitalistische Prozesse einzugliedern. »Gruppen mit einem hohen Maß an Vertrauen und Solidarität«, resümiert Fukuyama, seien ökonomisch »meistens effizienter als Gruppen, denen diese Merkmale fehlen«, wobei er zu bedenken gibt, daß Solidarität und Gemeinschaft oftmals zu »Nepotismus« und »Kumpanei« führten. Gemeinschaftsstreben und Gemeinschaftsleben macht der halb japanischstämmige Fukuyama (der selbst keinerlei Verbindung zum Japanischen aufnahm) besonders in Japan und Deutschland aus.

Dabei fällt frappierend ins Auge, was sich durch Fukuyamas Lebenswerk zieht: die stupende Unkenntnis Deutschlands, seines Volkes, seiner

Rolle in der Welt usf. Fukuyama geht etwa davon aus, »daß die Kontinuität der deutschen Kultur in Ostdeutschland durch die kommunistische Herrschaft in der DDR ernsthaft durchbrochen wurde«. Das Gegenteil ist bekanntlich der Fall, und dementsprechend sind Fukuyamas diesbezügliche Erörterungen fragwürdig, wo nicht grotesk, wenn er beispielsweise »westdeutsche Manager« hervorhebt, denen vollkommen bewußt sei, daß »ihre türkischen Arbeitnehmer« mehr »typisch ›deutsche‹ Tugenden wie eine ausgeprägte Arbeitsethik und Selbstdisziplin« aufbrächten als die aus dem Deutschtum angeblich geflohenen Ostdeutschen.

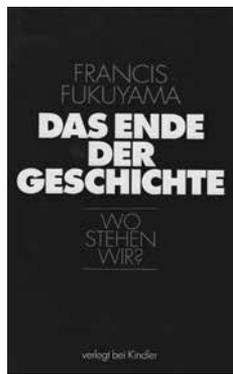
Wenig einzuwenden gibt es dafür gegen eine weitere Schlüsselthese aus dem 500-Seiten-Werk *Konfuzius und Marktwirtschaft*. Sie besagt, daß sich (multikulturelle) »Diversität« zwar ökonomisch »auszahlen« könne, daß sie aber unweigerlich »von einem gewissen Punkt an« jene »Kommunikation und Kooperation« behindere, die für eine stabile Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unablässig seien. Es ist dies ein Standpunkt, der bei Fukuyama mehr als 20 Jahre später noch stärker betont wird. Vorher beschäftigte sich Fukuyama indes mit anthropologischen, transhumanistischen und biopolitischen Fragestellungen. In *The Great Disruption* (1999), deutsch als *Der große Aufbruch* (2000) bekannt, widmet sich Fukuyama der menschlichen Natur und der Frage, wie Verhaltensforschung und Neuropsychologie Entscheidungen formen und klare Hierarchien, die Fukuyama als »Form der Organisation« durchaus favorisiert, evozieren (wobei er hinter Arnold Gehlen, Konrad Lorenz und Co. zurückfällt, die er nicht zu kennen scheint). In *Our Posthuman Future* (2002), deutsch als *Das Ende des Menschen*, beschäftigt sich Fukuyama konkreter mit den Auswirkungen der modernen Biologie auf unser Politikverständnis und die politische Praxis. Er wendet sich leidenschaftlich gegen die drohende Zukunftsoption, die Natur des Menschen durch technologischen Fortschritt und genetische Spielereien zu modifizieren und zu »optimieren«. Ein »posthumanes« Ende der Geschichte schildert er als Dystopie im Sinne Aldous Huxleys. Um dies zu verhindern, bedürfe es globaler »Kontrollinstitutionen« aller Schlüsselakteure der Weltpolitik, die gemeinsam jene Forschungsbereiche zu überwachen hätten, die Biotechnik und Transhumanistisches berühren.

Das alles wäre bis heute uneingeschränkt lesenswert, wenn Fukuyama nicht die falsche Annahme aus dem *Ende der Geschichte* beibehalten hätte, wonach die liberale Demokratie deshalb unangreifbar sein müsse, weil sie keinerlei Experimente gegen die menschliche Natur unternehme. Sie hüte sich, »in natürliche Verhaltensweisen« einzugreifen. Erstaunt muß man einerseits zur Kenntnis nehmen, daß Fukuyama multikulturalistische Experimente ebenso ausspart wie das Anfang der 2000er bereits in Gang gesetzte Gender Mainstreaming, die Expansionskriege und die Regime-Change-Allüren. Andererseits irritiert es, daß ein hochgebildeter Autor über »das Politische« und »den Menschen« schreibt, ohne Carl Schmitt und Arnold Gehlen auch nur rudimentär zu rezipieren. Deutsche Quellen sind Fukuyamas Sache nicht; der anglo-amerikanische Blick versperrt die Sicht auf differenzierende Perspektiven.

Freiwillig verzichtet Fukuyama auf diese auch in seiner Streitschrift *State-Building* aus dem Jahr 2004, das als *Staaten bauen* übersetzt wurde. Noch vor dem *Ende der Geschichte* ist es jene Schrift, die Fukuyama als »Neocon« kennzeichnete. Verärgert über die Weigerung zahlreicher Nationen, sich freiwillig das Telos der freien Welt der freien Märkte anzueignen, liefert er die stürmische Legitimation von Interventionskriegen. So erfährt man nichts über die praktische Herausforderung, »Staaten zu bauen« (sprich: aus *Failed states* und postkolonialen Gebilden funktionierende Entitäten zu schaffen), sondern lernt, daß Fukuyama nicht von jener *Manifest destiny* abrückt, wonach es die heilsgeschichtliche Berufung der USA sei, jene Völker zu »befreien«, die es nicht verstanden hätten, sich dem unvermeidbaren Prozeß der westlich-universalistischen Weltangleichung zu subordinieren. Erwähnenswert bleibt, daß Fukuyama von 2001 bis 2004 im »Rat für Bioethik« des US-Präsidenten George W. Bush arbeitete – das Buch *Staaten bauen* schrieb er auf dem Höhepunkt seiner diesbezüglichen Tätigkeit. Auch der 2005 zusammengestellte und Anfang 2006 von Fukuyama herausgegebene Sammelband *Nation-Building* atmet spürbar den Geist jener neokonservativen Schaffensphase, wenngleich der Ton weniger polternd ist.

»Die Ostdeutschen stellten sich 1990 als ›deutscher‹ heraus als die Westdeutschen.«

Ilko-Sascha Kowalczyk: *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*, München 2019, S. 283.



»Da die US-Wahlen nicht an der Urne, sondern im Wahlkollegium entschieden werden, spielt es keine Rolle, wie viele wütende Menschen in Staaten wie Kalifornien, New York oder Illinois zur Wahl gehen. Solange die Demokratische Partei keine gemäßigten Wähler in den Industriestaaten des Mittleren Westens anziehen kann, wird sie die Präsidentschaftswahlen nicht gewinnen. All das legt nahe, dass Trump nicht nur für die Dauer seiner verbleibenden Amtszeit regieren wird, sondern im Jahr 2020 wiedergewählt werden und bis 2024 im Amt bleiben könnte.«

Francis Fukuyama: *What is Populism?*, S. 28 f.

»Wirklich berechenbar ist ein anderer nur dann, wenn er sozialisationsbedingt verinnerlicht hat, wie man sich situationsadäquat verhält – wenn er zumindest weiß, was er in einer bestimmten Situation den kulturellen Gepflogenheiten entsprechend zu tun oder zu lassen hat und dazu auch willens ist.«

Lothar Fritze: *Kulturkampf. Moralischer Universalismus statt Selbstbehauptung?*, Dresden 2020, S. 189.

Gleichwohl kündigte sich darin keineswegs jene manifeste Zäsur an, die noch im selben Jahr in *America at the Crossroads* gegenständlich wurde. *Scheitert Amerika?* ist eine umfassende Abrechnung mit der Regierung Bush (Jr.), mit dem Primat interventionistischer Weltmission, vor allem aber mit Fukuyamas jahrzehntelangen Weggefährten der Neocons. Die Streitschrift stellt im eigentlichen Sinne eine Geschichte der neokonservativen Bewegung dar, die heute mit Namen wie William und Irving Kristol, Robert Kagan, Charles Krauthammer oder Norman Podhoretz verbunden wird. Die Wurzeln des Neokonservatismus liegen in der links-extremen Häresie des Trotzismus der 1940er Jahre. Er besitzt nach wie vor eine weltweite Ausstrahlung (bis in transatlantische Zirkel in der AfD hinein). Fukuyama porträtiert ihn als Szene, die trotz fehlender Homogenität auf einem »Kernbestand kohärenter Ideen« beruhe, den er als »libertären Konservatismus« mit unilateral-expansionistischer Agenda verwirft. Darauf aufbauend, berichtigt er sein *Ende der Geschichte*: Das »eigentliche Argument« sei nicht die globale Zwangsläufigkeit liberaler Demokratie gewesen, sondern das Streben nach weltweiter »Modernisierung«, die sich im Wunsch ausdrücke, mit modernen Technologien, Lebensstandards und Gesundheitssystemen aufzuwachsen. Die liberale Demokratie, schränkt Fukuyama – seine einstigen Thesen verfälschend – ein, habe lediglich als »eines der Nebenprodukte« zu gelten. Akteure, die durch weltweite Interventionen das Ende der Geschichte herbeiführen wollten, würden Moralpolitik und Kampfgefühle vermählen, obschon sie ihre weltpolizeiliche Mission als *Benevolent hegemony* (etwa: wohlmeinende Hegemonie) verschleierten.

Es drängt sich der Eindruck auf, daß sich Fukuyama von seinen Adepten lösen wollte, die das »Ende der Geschichte« zu plastisch verstanden und es nicht nur geschichtsphilosophisch diagnostizierten, sondern mit militärischer Wucht umzusetzen versuchten. Es ist die aggressiv-kämpferische, »trotzkistische« Kontinuität der Neocons, die Fukuyama erschrecken ließ – und mutmaßlich auch die katastrophalen Kriegsfolgen in Afghanistan und dem Irak.

Auffällig in der Folge ist, daß Fukuyama sich im Dezennium von 2008 bis 2018 größeren geschichtlichen Prozessen widmete und – von einigen tagespolitischen Exkursen etwa zum »Populismus« abgesehen, bei denen die Potenz als Futurologe einmal mehr bezweifelt werden muß – seine umfangreichste Arbeit in zwei Bänden vorlegte. Mehr als 1200 Seiten dichte Analysearbeit zur menschlichen Politik- und Ordnungsgeschichte publizierte Fukuyama in *The Origins of Political Order* und *Political Order and Political Decay* – beide Bände wurden bisher nicht ins Deutsche übersetzt. Fukuyama bekennt, daß er Samuel Huntingtons Standardwerk von 1969 – *Political Order in Changing Societies* – fortschreiben, korrigieren, aktualisieren wollte. Das Vermächtnis seines »Mentors« (Fukuyama über Huntington) müsse die historischen Wurzeln von politischen Institutionen und ihren schrittweise erfolgenden Verfall ergründen. Dafür beginnt er bei der Urgeschichte der Menschheit und schreitet epochenweise voran bis zur Amerikanischen und Französischen Revolution, indem er richtungsweisende Entwicklungen – ob im globalen Westen, in China oder im islamisch geprägten Nahen und Mittleren Osten – beleuchtet. Naturgemäß fließen Erkenntnisse aus früheren Arbeiten ein, etwa wenn Fukuyama hervorhebt, daß der Mensch nicht gänzlich »frei« insofern ist, als daß er in einem bestimmten Rahmen

handeln müsse, der die Entwicklungsperspektiven limitiere. Der Mensch habe nie in einem »präsozialen«, vereinzelt Zustand gelebt. Immer sei er umgeben von Gemeinschaften gewesen, deren Werte und Normen auf ihn einwirken. Dabei werden die vom einzelnen bereits vorgefundenen Institutionen reproduziert, deren Funktion gemäß Fukuyama (in offener Anlehnung an Huntington) darin bestehe, »stabile, wertgeschätzte, wiederkehrende Verhaltensmuster« zu perpetuieren.

In *Political Order and Political Decay* setzt Fukuyama diese »interdisziplinäre«, weil politikwissenschaftliche, historische, anthropologische und soziologische Teilbereiche verknüpfende staatsphilosophische Arbeit fort. Fukuyamas Evolution vom Neokonservativen zum »klassischen« Konservativen erweist sich als abgeschlossen: Hunderte Seiten über Staat, Herrschaft des Rechts (*Rule of law*) und die Rechenschaftspflicht der Staatslenker und ihrer Administration legen davon Zeugnis ab. Bedenkt man, daß sich in allen Schriften Fukuyamas eine absonderliche Unkenntnis deutscher Geschichte und ihrer Autoren – Max Weber und Karl Marx in *The Origins of Political Order* ausgenommen – manifestiert, ist es um so überraschender, daß Fukuyamas Exkurs zum preußischen Sonderweg lehrreich die Essenz der preußischen und deutschen Staatsbildung samt effektivem Verwaltungsaufbau unter die Lupe nimmt. Auch seine ungewohnte Kritik des westlichen Modells sticht ins Auge. So nimmt Fukuyama wahr, daß seine alte Diagnose, die Demokratie anglo-amerikanischer Prägung kenne keine »inneren Widersprüche«, nicht länger zutreffend sein könne, wenn sich diverse Interessengruppen als imstande erweisen, mit Wahlkampfspenden und Lobbyarbeit Politiker zu kaufen und dies kein Einzelfall darstelle, sondern systemimmanent werde. Dies bilde den Prozeß der »Repatriomialisierung« ab.

Ohnehin warnt Fukuyama nun vor Entwicklungen, wonach, um seine Kernaussage in eine deutsche Redewendung zu kleiden, »der Staat zur Beute« werde – von Netzwerken, von großen ökonomischen Spielern, vom *Outsourcing* der Souveränität. Den Staat als Institution begreift Fukuyama als wandelbar, erhaltenswert und Krisen überdauernd (»will never disappear«), während er libertäre Kritik, wonach »der Staat« pauschal unreformierbar sei, als eine defizitäre, folgenschwere *Self-fulfilling prophecy* zurückweist.

Doch was hält einen Staat idealiter zusammen? Identität (des Staatsvolks) und Solidarität (innerhalb eines Staatsvolks). Diese Liaison kann aus Fukuyamas jüngster Studie extrahiert werden. Der seit 2010 in Stanford lehrende Fukuyama nennt in *Identität* verschiedene Punkte, weshalb ein »inklusives Gefühl der nationalen Identität wesentlich [ist], wenn man eine erfolgreiche, moderne politische Ordnung aufrechterhalten will«, in der Menschen intuitiv ähnliche Verhaltensmuster und Normen befolgen. Konsequenter verweist er daher auf die vertrauensbildende Funktion nationaler Identität. Der breite »Vertrauensradius« werde durch sie erst geschaffen, und ebendieses Vertrauen wirke als »Schmiermittel, das sowohl wirtschaftlichen Austausch als auch politische Teilhabe erleichtert«. Vertrauen als Folge relativer identitärer Homogenität? Fukuyama akzentuiert jedenfalls, daß sich durch starke Konkurrenzidentitäten innerhalb eines Gemeinwesens das gegenseitige Vertrauen unweigerlich *verringert*: »Gesellschaften prosperieren infolge von Vertrauen – je größer der Radius, desto größer der Erfolg.« Keine Identität – kein Vertrauen, und kein Vertrauen – keine Solidarität. Die Befürwortung der »Pflege starker sozialer Sicherheitsnetze« ist deshalb ein Beleg »für die Wichtigkeit der nationalen Identität«, weil Menschen naturgemäß »eher geneigt [sind], Sozialprogramme zur Unterstützung ihrer schwächeren Landsleute gutzuheißen«, wenn sie sich für »Angehörige einer Großfamilie halten«. Es ist dies ein wesensgemäßer Zusammenhang, der in individualistischen und überdies ethnokulturell fragmentierten Gesellschaften aussichtslos ist, da sich hier bereits das Konzept »Landsleute« unterminiert bis offen bekämpft sieht – zumindest in bezug auf die aufzuhebende »Mehrheitsgesellschaft«.

Mit seiner jüngsten Schrift *Identität* setzt Fukuyama folglich alles auf Anfang. Denn die Triumphepoche des Liberalkapitalismus, die er einst ausrief, erhob ausgerechnet den effektivsten Widersacher von bewahrenswerter nationaler Identität und Solidarität zum Sieger der Geschichte. Die Realität also, diese urkonservative Potenz, hat den Prognosedenker Fukuyama immerhin von einigen ideologischen Projektionen befreit. ■

Literaturhinweise:

Francis Fukuyama:

Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992;

Konfuzius und Marktwirtschaft. Der Konflikt der Kulturen, München 1995;

Der große Aufbruch. Wie unsere Gesellschaft eine neue Ordnung erfindet, Wien 2000;

Das Ende des Menschen, München 2002;

Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik, Berlin 2004;

(als Hrsg.) *Nation-Building. Beyond Afghanistan and Iraq*, Baltimore 2006;

Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg, Berlin 2007;

The Origins of Political Order. From Prehuman Times to the French Revolution, London 2012;

Political Order and Political Decay. From the Industrial Revolution to the Globalisation of Democracy, London 2015;

What is Populism? Was ist Populismus? (= Schriftenreihe der Atlantik-Brücke, Bd. 8), Berlin 2017;

Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet, Hamburg 2019.

Sekundärliteratur:

Lothar Fritze: *Kulturkampf. Moralischer Universalismus statt Selbstbehauptung?*, Dresden 2020;

Ivan Krastev, Stephen Holmes: *Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung*, Berlin 2019.

Gleichheit und Gleichschritt

von Erik Lehnert

Die Annahme einer Pandemie im Zusammenhang mit der Atemwegserkrankung COVID-19 hat weltweit zu drastischen Maßnahmen staatlicherseits geführt. Sie stehen in einem starken Widerspruch zu einer an grenzenlose Mobilität und individuelle Selbstverwirklichung gewöhnten Gesellschaft. Zu den Merkwürdigkeiten der Reaktion auf diese Maßnahmen gehört der kaum wahrnehmbare Widerstand gegen solche Eingriffe in die Gewohnheiten. Hinzu kommt, daß die wenigen Unmutsäußerungen nicht von den *Anywheres* kommen, die in ihrem Bewegungsradius beschnitten werden, sondern von den *Somewheres*, die an den liberalen Errungenschaften viel weniger partizipieren. Man darf zwar den Faktor Angst, der aufgrund einer in den grellsten Farben gemalten, aber völlig abstrakten Bedrohungslage eine Rolle spielt, ebensowenig unterschätzen wie die Macht der Massenmedien, die ebendieses Narrativ befördern; aber beides erklärt die lässige Reaktion der Eliten nicht. Diese Erklärungslücke wird auch nicht allein durch den Hinweis auf die unterschiedlichen Erwerbstätigkeiten zu schließen sein, da sich selbst seitens der finanziell unter starken Einbußen leidenden Bevölkerungsteile nur sehr verhalten Widerspruch regt.

Vor diesem Hintergrund lohnt sich ein Blick auf die Verfaßtheit von egalitären Gesellschaften. Die Bundesrepublik ist aufgrund aller ihrer gesellschaftspolitischen Maßnahmen der letzten Jahrzehnte erklärtermaßen auf dem besten Weg, eben eine solche zu werden. Davon zeugen nicht zuletzt absurde Forderungen, die sich auf die natürlichen Unterschiede der Menschen, bis hin zum Geschlecht, beziehen, und oft unter der Parole »Gerechtigkeit« firmieren. Bestes Beispiel für diese Auffassung sind Äußerungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise wie: »In Zeiten der Pandemie wird deutlich, daß Körper strukturell ungleich gemacht werden.« Worum es der Autorin, einer feministischen Philosophin, geht, ist klar: Dadurch, daß Menschen unterschiedlichen Arbeiten nachgehen, die einmal mehr und einmal weniger Kontakt zu Mitmenschen benötigen, sind sie unterschiedlichen Risiken ausgesetzt, sich mit Corona zu infizieren. Schon das Wort »strukturell« ist ein Hinweis darauf, daß hier Dinge bekämpft werden sollen, die eng mit der Natur des Menschen verknüpft sind. So wie heute das Ansprechen ethnischer Merkmale als »struktureller Rassismus« gilt, so können Körper, die immer verschieden sind, »struktureller Ungleichheit« ausgesetzt sein.

Die Vorstellung, daß die Menschen im Naturzustand einander gleich gewesen wären, geht auf Rousseau zurück. Seiner Meinung nach bedeutet die Kultur die Perversion des Menschen, weil sie auf Arbeitsteilung beruht und damit Ungleichheit zum Prinzip erklärt. Auch wenn Rousseaus Naturbegriff nicht ein Produkt der Naturbeobachtung war, sondern eine polemische Abrechnung mit den gesellschaftlichen Zuständen seiner Zeit, so war er doch außerordentlich wirksam. Die ersten Exzesse im Namen der Gleichheit, die im Rahmen der Französischen Revolution geschahen,

»Allen Menschen sind Bedürfnisse nach Schutz und Nähe eigen. Daß beides nach Monate der Pandemie sehr ungleich verteilt ist, verweist auf einen Fehler im System«

Jule Govrin: »Die Gleichheit der Körper«, in: zeit.de vom 6. November 2020.

bezogen sich auf sein »Zurück zur Natur!« Auch wenn sich die Französische Revolution antikisierende Formen gab, war der Gleichheitsbegriff der Antike doch ein ganz anderer. Gleichheit bedeutete ursprünglich Isonomie, also Gleichheit im Rahmen des Gesetzes, nicht Gleichheit der Lebensumstände, sondern die von rechtlich Ebenbürtigen. Hannah Arendt hat darauf hingewiesen, daß Isonomie Gleichheit garantiere, »aber nicht, weil alle Menschen als Menschen gleich geboren oder von Gott geschaffen sind, sondern im Gegenteil, weil die Menschen von Natur her nicht gleich sind und daher einer von Menschen errichteten Einrichtung bedürfen, nämlich der Polis, um kraft des Gesetzes einander ebenbürtig zu werden«.

Daß die Auffassung Rousseaus lange kein Allgemeingut war, zeigt auch der Blick auf die deutsche Tradition, die sich der antiken verpflichtet fühlte. Kant, der die Ungleichheit als »reiche Quelle so vieles Bösen, aber auch alles Guten« bezeichnete, sah, daß die durchgängige rechtliche Gleichheit der Menschen (= Untertanen) in einem Staat »mit der größten Ungleichheit der Menge und den Graden des Besitztums nach, sei es an körperlicher oder Geistesüberlegenheit über andere«, einhergehe. Der Staat wird bei Hegel als Rechtsstaat und nicht als Sozialstaat aufgefaßt, dem es nicht um Umverteilung zum Zwecke der Gleichheit, sondern um Gerechtigkeit gehe, um die rechtliche Gleichbehandlung der Gleichen. Konsequente Gleichheit in jeder Hinsicht mache den Staat unmöglich, weil dieser eben auf der Ungleichheit von Regierung und Regierten beruhe. Der Satz, daß alle Menschen von Natur aus gleich seien, verwechsle das Natürliche mit dem Begriff: Von Natur aus seien die Menschen nur ungleich, einzig der Bestimmung des Menschen als Person, die des Eigentums fähig sei, mache die »wirkliche Gleichheit« des Menschen aus. Im Gegensatz zur Antike, die das nur auf die Bürger einer Polis bezog, betreffe das jetzt alle Menschen. Aber Hegel plädiert ganz antik: »Die Gesetze selbst [...] sehen die ungleichen Zustände voraus und bestimmen die daraus hervorgehenden ungleichen rechtlichen Zuständigkeiten und Pflichten.« Sonst könne nur zufällige Gleichheit die gleiche Behandlung rechtfertigen.

Der Historiker Rolf-Peter Sieferle hat die absurden und selbstdestruktiven Konsequenzen des zu Ende gedachten Egalitätsprinzips in seinem Buch *Epochenwechsel* aufgezeigt. Das Gleichheitsprinzip besagt zunächst nicht mehr, als daß alle Menschen gleich sind, zumindest in der Hinsicht, daß sie Menschen sind. Diese Annahme ließe sich zunächst mit allen Ungleichheiten verbinden. Sieferle sieht aber bereits in der christlichen Forderung der Nächstenliebe eine Ausweitung des Geltungsbereichs der Gleichheit, die nicht mehr aufzuhalten sei, wenn die Gleichheit einmal in der Welt ist. Insbesondere dann, wenn die Gleichheit hoch im Kurs stehe, ziehe dies eine permanente Erhöhung der Egalität nach sich, an deren Ende die Selbstaufhebung der bürgerlichen Gesellschaft stehe. Sieferle skizziert diesen Prozeß in fünf Stufen:

Der **erste** Schritt besteht in der Forderung nach rechtlicher und steuerlicher Gleichbehandlung aller Bürger eines Staates, egal welchen Standes sie sind. Dem folgt im 20. Jahrhundert die gleiche politische Partizipation aller am Gemeinwesen – mithin Dinge, die klassisch unter Gleichheit verstanden wurden. Der **zweite** Schritt besteht in der Aufstellung eines Diskriminierungsverbotes; niemand soll anders behandelt werden, nur weil er einer anderen Religion, Nation, einem anderen Geschlecht oder einer anderen Rasse angehört. Dadurch, so Sieferle, ergäben sich eine gesellschaftliche Atomisierung und ein Wettbewerb, die zu Egalisierungsgewinnern und -verlierern führten, was im **dritten** Schritt Programme zur Herstellung von Chancengleichheit notwendig mache. Es liegt in der Logik der egalitären Entgrenzung, daß dies nicht nur auf den Abbau von Zugangsbeschränkungen hinausläuft, sondern schließlich dazu führt, daß die immer noch durch Elternhaus oder ähnliches Begünstigten möglichst nivelliert werden (**vierte** Schritt), indem man ihre Entfaltungsmöglichkeiten beschneidet (etwa durch den Niveauabbau im öffentlichen Schulwesen). In der Konsequenz würde dies, so Sieferle, zu einer viel stabileren Hierarchie führen, da jetzt die Unterschiede allein auf natürlich-genetische Ungleichheit zurückzuführen wären. Um auch das zu kompensieren, müßte der Zufall per Los- oder Rotationsverfahren für Egalisierung sorgen.

Im **fünften** und letzten Schritt schließlich sieht Sieferle als »Ultima ratio« des Egalitarismus die Verwirklichung der kommunistischen

»Siehe, das ist der Tarantel Höhle! Willst du sie selber sehn? Hier hängt ihr Netz: rühre daran, daß es erzittert.

Da kommt sie willig; willkommen, Tarantel! Schwarz sitzt auf deinem Rücken dein Dreieck und Wahrzeichen; und ich weiß auch, was in deiner Seele sitzt.

Rache sitzt in deiner Seele: wohin du beißest, da wächst schwarzer Schorf; mit Rache macht dein Gift die Seele drehend!

Also rede ich zu euch im Gleichnis, die ihr die Seelen drehend macht, ihr Prediger der Gleichheit! Taranteln seid ihr mir und versteckte Rachsüchtige!«

Friedrich Nietzsche: *Also sprach Zarathustra* (Von den Taranteln).

»Die Akzeptanz der Gleichheit als maßgebliche politische Kategorie ist Resultat eines erkenntnistheoretischen Konstruktivismus und Relativismus.«



© FORTEPAN / WFSZ, CC BY-SA 3.0

Forderung, jeder solle nach seinen Fähigkeiten arbeiten und nach seinen Bedürfnissen konsumieren. Da diese natürlich nicht gleich sind und Fähigkeiten und Bedürfnisniveaus einander nicht entsprechen müssen, wären neue Diskriminierungsverbote fällig, die beispielsweise sicherstellen, daß auch die Häßlichen einen schönen Partner bekommen. Vor diesen Konsequenzen der Gleichmacherei hat der französische Philosoph Raymond Aron bereits in den 1960er Jahren gewarnt, auch wenn er damals den »genetischen Zufall« noch dem menschlichen Willen entzogen sah: »Aber wenn der soziale Rang ausschließlich von den in den Chromosomen enthaltenen Fähigkeiten abhängen würde, käme es zu einem neuen Protest: Wieso sollte man dann nicht auch gegen die natürlichen Ungleichheiten kämpfen?«

Damit ist zwar gezeigt, daß eine egalitäre Gesellschaft ihre eigenen Grundlagen in Frage stellt, allerdings noch nicht, warum sie so leicht totalitären Versuchungen erliegt. Da wir es gewohnt sind, Demokratie mit Gleichheit zu identifizieren, und totalitäre Regime als deren Gegenteil gelten, bleibt hier eine Unschärfe. Jacob Talmon hat zwar den Begriff der »totalitären Demokratie« geprägt, dabei aber immer noch einem Idealbild von »offener Gesellschaft« und »liberaler Demokratie« angehangen. Ein Vorläufer Talmons, Alexis de Tocqueville, konnte hier genauer hinschauen, da er selbst noch nicht unter dem Paradigma von Gleichheit und Demokratie stand. In seinem Buch *Die Demokratie in Amerika* (1835/40) hat er allerdings den Weg zur Gleichheit als einen unumkehrbaren Prozeß beschrieben, gegen den kein Kraut gewachsen sei: »Die allmähliche Entwicklung zur Gleichheit ist ein Werk der Vorsehung. Sie trägt dessen Hauptmerkmale: Sie ist allgemein, sie ist von Dauer, sie entzieht sich täglich der Macht des Menschen, die Geschehnisse wie die Menschen haben alle diese Einrichtung begünstigt.«

Tocqueville sieht »kein einziges bedeutendes Ereignis, das sich im Laufe von siebenhundert Jahren nicht zum Vorteil der Gleichheit ausgewirkt hätte«. Daher wird der Griff zur Metapher der »Vorsehung« verständlich, weil sich aus den Ereignissen ein göttlicher Wille zur Gleichheit ableiten läßt. Jedenfalls ist Tocqueville diese Tendenz zur Gleichheit in einer gottähnlichen oder religiösen Unwiderstehlichkeit begegnet. Allerdings sieht er den Grund für die Entwicklung zur Gleichheit nicht in den alten Herrschaftsverhältnissen begründet, jedenfalls nicht, solange jeder an seinem Platz blieb: »Man sah damals zwar Ungleichheit und Elend, aber es gab keine seelische Entwürdigung«. Diese tritt erst dann auf den Plan, wenn unrechtmäßige Gewalt herrscht und es zu einer Vermischung der Ränge kommt. Aus dieser folgt der Neid, mit dem man sich gegenseitig bäugt, mithin das, was heute als gesellschaftliche Spaltung firmiert. Der Verweis auf die »seelische Entwürdigung« folgt aus der Zerstörung der Ordnung. Ein Haufen gleicher Teile läßt sich leichter spalten als ein gewachsenes Gebilde, in dem jedes Teil seinen Platz hat und mit anderen Teilen in einem gewohnheitsmäßigen Zusammenhang steht.

Ein ganz wesentlicher Aspekt, der auch bei der Bewertung der Französischen Revolution immer wieder auftaucht, ist die damals aufkom-

mende Überzeugung, daß der Mensch zu unbegrenzter Vervollkommnung fähig sei. Tocquevilles Meinung nach ist dieser Glaube in seiner Unbegrenztheit und Absolutheit eine Folge der Gleichheit. Daß der Mensch sich, im Gegensatz zum Tier, weiterentwickelt, war schon den Griechen klar. Allerdings, so Tocqueville, hätten die Völker, die nach Rang gegliedert lebten, nicht an unbegrenzte Vervollkommnung geglaubt, sondern an Verbesserung. Der Nachteil des Glaubens an die entgrenzte Vervollkommenbarkeit liege in der Entwertung der Vergangenheit und vor allem der Gegenwart, die nur dazu da ist, überwunden zu werden, und das möglichst sofort. Dieser Aspekt der Gleichheit hat für den technischen Fortschritt und die Industriekultur den Durchbruch bedeutet. Dennoch ist der irrationale, religiöse Furor, der sich mit Gleichheit verbindet, hier ganz besonders zu spüren, insbesondere dann, wenn er sich von den Dingen auf die Menschen stürzt. Die Gleichheit wird dann zu einer Art Selbstzweck, dem man, weil es dem Zeitgeist gefällt, alles opfert: Würde und Freiheit.

Der Glaube an die immerwährende Verbesserung, die Neophilie, funktioniert nur, wenn ein leichtverständliches Ziel am Ende des Weges steht, das Meßbarkeit garantiert. Gleichheit korreliert mit dem Neidfaktor der Fastgleichen und treibt voran. Der Sieg der »Ewigen Linken« (Ernst Nolte) hat ein Differenzierungsverbot etabliert, das obendrein jegliche Unterschiede für unerwünscht und krank erklärt und damit das Ziel zu einem moralisch wünschenswerten gemacht hat. Unabhängig von der Tatsache, daß sich unwichtige Ungleichheiten, in Form der Moden, etabliert haben, ist der Konformismus ein Ziel, das logisch aus dieser Forderung folgt. Die egalitäre Gesellschaft steht jedem Übernahmever such hilflos gegenüber, weil sie über keinerlei Resilienz mehr verfügt. Das klingt schon bei Tocqueville an: »Ich bezweifle nicht, daß in einem Zeitalter der Bildung und der Gleichheit wie dem unsrigen die Souveräne es leichter fertigbrächten, alle öffentlichen Gewalten allein in ihrer Hand zu vereinigen und in die privaten Bereiche gewohnheitsmäßiger und tiefer einzudringen, als es jemals irgendeiner des Altertums zu tun vermochte.«

Tocqueville sieht auch bereits, daß der Individualismus aus der Gleichheit folgt, weil die menschlichen Bande zerschnitten werden, die eben vor allem hierarchischer Natur sind, sei es zeitlich oder real: »So läßt die Demokratie jeden nicht nur seine Ahnen vergessen, sie verbirgt ihm auch seine Nachkommen und trennt ihn von seinen Zeitgenossen [...].« Die abstrakte Sache der Menschheit ist wichtiger als die der konkreten Gemeinschaft, in der die »Einsamkeit des eigenen Herzens« bestimmend wird. Daraus folgen zwei Tendenzen, die im 20. Jahrhundert zu voller Entfaltung gelangten: der gesellschaftliche Konformitätsdruck und der totale Staat. In den Worten Tocquevilles: »In den Aristokratien besitzen die Menschen oft eine ihnen eigentümliche Größe und Stärke. Stehen sie mit der Mehrzahl ihrer Mitmenschen in Widerspruch, so ziehen sie sich zurück, finden in sich selber Halt und Trost. In den demokratischen Völkern verhält es sich anders. Dort erscheint die öffentliche Gunst ebenso nötig, wie die Luft, die man atmet, und mit der Masse nicht im Einklang zu sein, heißt sozusagen nicht leben. [...] Die Zentralgewalt, der Staat, breitet sich aus, weil sich die Gleichen nicht verpflichtet fühlen, sich gegenseitig zu helfen.«

Was wir gegenwärtig erleben, ist also nicht die Wiedergeburt des Staates als Hüter der Gesellschaft, sondern die Zerstörung der letzten Grundlagen des Gemeinnsinns. Nach Überzeugung der Gleichheitsapologeten bedürfen wir dieser Grundlagen nicht mehr, weil sie aus der natürlichen Ungleichheit des Menschen folgten. Der Umbau der Gesellschaft befindet sich in vollem Gange. Die Akzeptanz der Gleichheit als maßgebliche politische Kategorie ist Resultat eines erkenntnistheoretischen Konstruktivismus und Relativismus. Er geht davon aus, daß die Welt nicht unabhängig von unserem sozialen Kontext existiert, sondern alle vermeintlichen Tatsachen soziale Konstrukte sind, in denen sich herrschende Bedürfnisse widerspiegeln. Ungleichheit existiert nur, weil jemand daran Interesse hat, daß sie existiert. Sie ist nur Folge eines sozialen Konstrukts, das verbindlich tradiert wurde – und was konstruiert wurde, kann auch wieder dekonstruiert werden. Diesem Prozeß wohnen wir bei. Angesichts des Auslösers der neuen Stufe des Umbaus, eines Virus, ist es jedoch auch nicht ganz unwahrscheinlich, daß Jacob Burckhardt recht behält und »die menschliche Ungleichheit wieder zu Ehren kommen« wird. ■

Literaturhinweise:

Raymond Aron: *Fortschritt ohne Ende?*, Gütersloh 1970;

Hannah Arendt: *Über die Revolution*, München 1974;

Paul Boghossian: *Angst vor der Wahrheit. Ein Plädoyer gegen Relativismus und Konstruktivismus*, Berlin 2013;

Wolfgang Kersting: *Kritik der Gleichheit. Über die Grenzen der Gerechtigkeit und der Moral*, Weilerswist 2002;

Erik Lehnert: »Gleichheit als Problem und Quelle der Ungerechtigkeit«, in: Gerit Dworok, Thomas Exner (Hrsg.): *Komplexität und Wahrheit. Wissenschaft im Spannungsfeld von Beschreibung, Deutung und Verzerrung*, Baden-Baden 2019, S. 85–107;

Rolf-Peter Sieferle: *Epochenwechsel. Die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, Berlin 2017;

Alexis de Tocqueville: *Über die Demokratie in Amerika*, München 1976.



»Wir passen aufeinander auf!«

Alexander Wallasch im Gespräch mit Götz Kubitschek

WALLASCH: Es ist stiller um Sie geworden. Ihre Freunde wie Martin Sellner und Teile der AfD sind mit dem stärksten Bannstrahl der Republik bedacht, stehen im Verfassungsschutzbericht und wer auf den konventionellen Kanälen noch über diese Personen berichtet oder mit ihnen kommuniziert, wird ebenfalls gebannt mindestens auf Facebook, YouTube und Twitter. Was haben Sie also besser/anders gemacht oder nicht gemacht, daß Sie nicht im aktuellen Verfassungsschutzbericht auftauchen? Aber halt, Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang hatte Sie extra noch auf der Pressekonferenz zur Veröffentlichung des Berichtes erwähnt, fast so, als wären Sie ihm versehentlich im Druckwerk durchgeflutscht. Was ist da passiert?

KUBITSCHKEK: Ich weiß nicht, was da passiert ist. Vielleicht mußte sich Thomas Haldenwang in der Nacht vor dieser Pressekonferenz mit schlechtem Sex zufriedengeben oder hatte einen Alptraum. So jedenfalls erklärten wir uns beim Militär neunzig Prozent aller schrägen oder böartigen Befehle. Haldenwang, von dem ich keinesfalls Befehle annehmen würde, bezeichnete auf seiner Pressekonferenz Leute, unter anderem mich, als die eigentlichen »Superspreader von Haß und Gewalt«, obwohl wir gar nicht in seinem blöden Bericht auftauchen. Ihm trudelte also irgendeine Corona-Analogie durchs Gehirn, während er tat, was man tut, wenn man jemand ist, der sonst nicht viel hinkriegt: dummes Zeug quatschen, »liefern«, den politischen Beamten spielen. Ich muß Ihnen sagen: Eigentlich interessiert mich das alles gar nicht mehr. »Das alles« ist nämlich so sehr auf den Hund gekommen und zugleich so sehr systemisch abgesichert, daß an Reparatur, Reform oder Abschaffung gar nicht zu denken ist. Daher: Abwendung. Sollen die doch Staat spielen. Ich guck noch nicht mal mehr zu dabei.

WALLASCH: Nach über eintausendfünfhundert Artikeln, die ich seit 2016 veröffentlicht habe, und der Erkenntnis, daß damit zwar viele erreicht wurden, aber nichts erreicht wurde, bin ich leider auch ziemlich ratlos geworden. Aber

Sie und ich, wir beide publizieren, teilen uns also schon von Berufs wegen anderen mit. Das will ja nicht aufhören. Und Ihr Verlag erreicht auch immer mehr Menschen. Erzählen Sie bitte etwas über diesen Teil Ihrer Arbeit. Wo sind die Erfolge, wo die Schwierigkeiten, was hat gar nicht geklappt, was soll zukünftig klappen, was machen die Mitbewerber?

KUBITSCHKEK: Ich bin viel bescheidener als Sie. Ich ging nie und gehe nicht davon aus, daß mit den Mitteln, die dem Publizisten und dem Verleger zur Verfügung stehen, im großen Rahmen etwas erreicht werden könnte. Wir haben mit unserem Verlagsstand die Berichterstattung über die Frankfurter Buchmesse 2017 dominiert und 2018 mit dem Fake-Verlag »Loki« nachgelegt: Auch damit waren wir Messeggespräch. Und dann? Dieses bunte Treiben aus Mainstreamverlagen, gepamperten »Unabhängigen«, Förderprogrammen, Literaturpreiskarussells, Selbstreferentialität, Selbstbeweihräucherung, Selbstgefälligkeit, Selbstzufriedenheit, Selbstbefriedigung und dauernder Selbstbestätigung: Das geht einfach so weiter. Das ist noch nicht mal mehr eine »Gesellschaft des Spektakels«, sondern zu neunzig Prozent eine verhuschte Branche, die jedes Jahr schwitzend darauf hofft, daß ihr »der Steuerzahler« den ganzen Müll, den sie produziert, auch weiterhin finanzieren wird. Diese neunzig Prozent sind gar keine »Mitbewerber«, sondern die vom Staatstropf abhängige soziale Unterschicht meines Berufszweigs. Das einzige, was mich an solchen Verlegern interessiert, ist: Woher kommt bei denen das Selbstbewußtsein, an Ständen, die sie nicht bezahlt haben, Häppchen zu fressen, die sie nicht bezahlt haben, und über Bücher zu plaudern, deren Autoren und Übersetzer und deren Satz und Druck sie nicht bezahlt haben und deren Inhalte bloß wieder diejenigen interessieren, die sich von Berufs wegen dafür interessieren müssen (und meist ist dieses Interesse auch noch geheuchelt)?

WALLASCH: Nun führen wir nicht das erste Interview über die Jahre, also stelle ich zunächst mal fest, daß Ihre Sprache härter geworden ist, unbedingter. Was konkret ist da passiert in den

letzten drei Jahren von außen und von innen? Denn noch im Oktober 2017 berichtete keine Geringere als die *New York Times* über »The Prophet of Germany's New Right« – eine Headline, die Sie sich selbst wohl kaum getraut hätten. Wie fällt so etwas nieder auf einen gläubigen Katholiken Kubitschek, fragt man sich da? Davor standen die großen deutschen Altmedien bei Ihnen auf der Matte zum Ziegenmelken und zum heimlich schüchtern-lauernden Blick ins Bücherregal. Redakteurinnen wie Melanie Amann vom *Spiegel* schienen bald Ihre persönliche Hofberichterstatteurinnen zu werden. Jetzt ist Stille, einige Ihrer engen politischen Freunde und Weggefährten stehen im Verfassungsschutzbericht. Also ausgerechnet wieder dort, wo man schon meinte, sich von da aus zurück ins bürgerliche Leben gearbeitet zu haben. Der Marsch durch die Institution jäh beendet?

KUBITSCHKEK: Meine Sprache ist nicht hart, sondern gelangweilt abschließend. Ich will keine Zeit mehr darauf verschwenden, von den Überempfindlichen verstanden zu werden, also anschlussfähig, ertragbar, kompatibel zu sein. Was vor drei Jahren geschah, hätte zu ausführlichen Debatten mit uns über die Lage und die Zukunft führen müssen, in allen großen Sendern und Medien. Statt dessen köchelt man dort lieber weiter im selben Sud, diskutiert mit denen, die schon immer diskutierten, über das, wovon alle dieselbe Meinung haben. Das bedeutet: Man hat auf keinem Feld, weder in der Politik noch im Vorfeld, die jeweils einzige Opposition als das begrüßt, was sie qua Wahl oder Auflage oder Aufmerksamkeit automatisch war und ist: eine Notwendigkeit, ein notwendiges Anzeichen, eine Massenäußerung. Aber: Mit aller Macht, mit Lüge, Verdrehung, Kriminalisierung, mit Denunziation, Ämtermißbrauch und auf Kosten des Steuerzahlers bekämpft und besudelt die selbstgefällige, fette Mitte die Opposition. Das lasse ich nicht mit mir machen, dem weiche ich aus. In diese Institutionen will ich gar nicht mehr einwandern, und vielleicht könnte das Ihren Begriff von Bürgerlichkeit korrigieren: Bürgerlich in diesem Sinne bedeutet Abstand vom Dreck, von der Verkommenheit, bedeutet Abstand von Personen, die ihr Leben auf Gefasel und Intrige aufbauen. Man wendet sich lieber ab und macht schöne Bücher oder geht Beschäftigungen nach, die in den Augen der Beutemacher völlig sinnlos sind.

WALLASCH: Sie stehen zwar nicht im Verfassungsschutzbericht, wurden aber Ende Frühjahr 2020 ein sogenannter Verdachtsfall wegen »Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung«. Was bedeutet das genau für Sie? Gab oder gibt es dazu eine Kommunikation mit Ihnen von Amts wegen, wird so was also offiziell in Schnellroda mitgeteilt? Stehen da jetzt verdunkelte Fahrzeuge ums Eck, womit müssen Sie da rechnen, was für Folgen hat das für Ihren Tagesablauf und was machen Sie automatisch anders?

KUBITSCHKEK: Als ich davon hörte, beschleunigte oder verlangsamte sich mein Puls nicht um einen Schlag. Ich bin selbständiger Verleger, habe die beste Leserschaft, die man sich denken kann, und es ist mir und meinem Ruf völlig egal, was irgendein Amt für Einstufungen vornimmt, um weitere Arbeitsstellen für jene Art Soziologe oder Jurist zu schaffen, die es bloß auf kahle Zweige bringt. Als in dem Dorf, in dem ich lebe, nach der Wende aufflog, wer für die Stasi gearbeitet hatte, hat man die beiden Typen beinahe aufgeknüpft. Heute zecht man längst wieder mit ihnen und macht Scherze. So wird's wieder kommen, hoffentlich: erst ein bißchen Angst, dann geläutert und leutselig. Fürs »Schwamm drüber« bin dann sowieso ich zuständig, ich kann einfach nicht anders. Ich schau mir selbst jemanden wie Anetta Kahane oder wie Haldenwang an wie Romanfiguren, wie schäbige Nebenrollen in einem Theaterstück.

WALLASCH: Allerdings gehört es auch zur Wahrheit, daß eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz – gar eine Erwähnung im Bericht – eine gesellschaftliche Ächtung nach sich zieht. Insbesondere Plattformen wie Facebook, YouTube, Twitter und Co. löschen Accounts stringent. Solche Protagonisten wie beispielsweise Martin Sellner, der einmal einer ihrer engen Vertrauten war, sind damit faktisch nicht mehr öffentlich und müssen eine Art Gegenöffentlichkeit erst noch aufbauen via Telegram usw. Das führt mich zur Frage der Radikalisierung. Wie sehr radikalieren solche Maßnahmen beispielsweise auch die AfD? Wer nirgends mehr publiziert wird, weil die Verlage schon die drei Buchstaben AfD scheuen, wie der Teufel das Weihwasser, bzw. wo die Öffentlich-Rechtlichen in keine Talkshow mehr einladen, da bleiben selbst den Bundestagsabgeordneten der AfD nur noch zweifelhafte und radikalere Räume. Wer radikalisiert hier eigentlich wen?

KUBITSCHKEK: Ich lasse mich nicht radikalieren, nicht vom Verfassungsschutz und nicht vom sogenannten politischen Gegner. Ich kann da gleich für meine Frau, die Publizistin Ellen Kositzka, mitreden: Unser Leben ist ein gewachsenes Gewebe aus Verlag, Kinder, Schreibtisch, Garten, Alltag, Küche, Glaube, Lektüre, Freiheit und Pflicht. Entscheidend ist, daß der handwerkliche Anteil so groß ist: Wir schreiben nicht nur, wir machen Bücher, lagern sie ein, verkaufen sie, haben zuvor das Papier, den Einband ausgewählt, haben das alles in der Hand gehabt und arbeiten mit, wenn die Paletten abgeräumt und in Einzelsendungen für die Post fertig gemacht werden – wie will jemand, den wir zum Kotzen finden, so ein Leben radikalieren? Für Sellner, der nach wie vor eng mit uns zusammenarbeitet und einer der wichtigen strategischen Köpfe ist, sieht die Sache anders aus: Das »Deplatforming« muß ihn ganz anders, sehr vehement treffen: Wir sind analog, er ist digital. Aber: Wir passen aufeinander auf, er ist hier jederzeit willkommen, und das weiß er auch.

WALLASCH: Welches Gefühl haben Sie bei der Querdenken-Bewegung? Überraschend, daß die überhaupt so wachsen konnte, nicht überraschend, daß es mutmaßlich so enden wird wie PEGIDA und AfD? Angela Merkel hat dazu im ZDF gerade formuliert: »Das übliche Argumentieren hilft da nicht. Und das wird vielleicht auch eine Aufgabe für Psychologen sein oder für ... also wir werden da noch sehr viel erforschen müssen: Wie verabschiedet man sich eigentlich aus der Welt der Fakten und gerät in eine Welt, die sozusagen eine andere Sprache spricht und die wir mit unserer faktenbasierten Sprache gar nicht erreichen können? Es gibt ja dann eine richtige Diskussionsverweigerung: Man arbeitet nicht auf einer Ebene. Sie aus dieser Welt wieder in eine Welt zu holen, wo wir uns gegenseitig zuhören können, das wird sehr, sehr schwer sein, und da muß man auch noch mal verstehen, was soziale Medien zum Teil machen, was diese Räume machen, in denen man eigentlich nur sich bestätigt fühlt und hinreichend viele Leute hat, die einen unterstützen, die aber gar keine Verbindung mehr zu anderen Räumen haben. Ich habe darauf die perfekte Antwort nicht, aber das beschäftigt uns in der Politik auch sehr.«

KUBITSCHKEK: Angela Merkel spricht aus ihrer Blase heraus über Leute, die nicht drin sind, und behauptet, es seien immer nur diese anderen, deren Räume keine Verbindung mehr zu den anderen Räumen hätten. Sie behauptet, die Fakten seien auf ihrer Seite, und vermutet, daß denen, die das nicht so sehen, nur noch ein Psychologe helfen könne. Sie begreift nicht, daß sie immer wieder eine der Urheberinnen des immer wieder gleichen Vorgangs ist: Protest und Opposition werden für dumm erklärt, ausgesperrt und kriminalisiert, und wenn dadurch die Opposition die Gesprächsbereitschaft aufgibt und zur Parole und zur Verweigerungshaltung übergeht, wird ihr genau dies vorgeworfen. Am Ende kommt immer »Cancel Culture«, »Deplatforming«, Verbotsbestrebung, Kriminalisierung heraus. Ob Merkels »Raum«, dieser Riesenraum, dieser politisch-mediale Komplex, genau diese Art Gegner braucht – das ist die Frage, die mich seit PEGIDA beschäftigt, und mit derselben Fragestellung denke ich auch über die Querdenker nach.

WALLASCH: Haben die Deutschen nicht die Merkel bekommen, die sie wollten bzw. verdient haben?

KUBITSCHKEK: Ja und nein. Unser Volk wird auf denkbar sanfte Art umgebaut und aufgelöst. Dieses Ergebnis kann das Volk nicht wollen, aber die Angebote zum Nicht-Widerstand sind einfach zu gut und zu verlockend. Selbstkastration unter wirkungsvollster örtlicher Betäubung, Wärmetod, totale Abhängigkeit bei gleichzeitig suggerierter totaler Unabhängigkeit, Gesellschaftsformierung ohne offensichtliche Brutalität. Wollen wir das, haben wir das verdient? Nochmals: Ja und nein.

WALLASCH: Aber der Deutsche will doch, er wählt doch. Und er feindet sogar in überwältigender Mehrheit an, was Sie wollen. Aber viel wichtiger und Ihren Überlegungen hier einmal folgend: Wer sind denn die Umbauer konkret, wer sind die Auflöser, wenn nicht das Wahlvolk mit seinen demokratischen Entscheidungen selbst?

KUBITSCHKEK: Ja, der Deutsche wählt, und in Sachsen-Anhalt wählte jeder vierte die Alternative zur Alternativlosigkeit, gegen das mediale, politische und zivilgesellschaftliche Dauerfeuer eines Parteienblocks von ganz links bis zur CDU. In Thüringen und in Sachsen ebenfalls, auch in Brandenburg. Und wenn man mit Leuten spricht, die das noch nicht getan haben, dann findet man oft keine inhaltliche Hürde vor, aber eine emotionale: Es ist dem Gegner gelungen, die inhaltliche Auseinandersetzung (bei der er wenig Chancen hätte) zu einer Empörungsschleife in Sachen Stil und Vergangenheitspolitik umzubauen: Feindmarkierung mittels Vergangenheitsbewirtschaftung, Feindmarkierung mittels professioneller Vokabelsensibilität – das Ganze 24/7 auf allen Kanälen. Wer dagegen gewählt, ist mündig.

WALLASCH: Und zum zweiten Teil der Frage?

KUBITSCHKEK: Der Umbau der Welt und unserer Nation zu einer diversen, individualisierten, offenen Gesellschaft ist zugleich eine Gesamtbewegung der Moderne, ein weltinnenpolitisches Projekt, eine kapitalistische Folgerichtigkeit, ein bürokratischer Vorgang und eine Karrierechance. Dekonstruktion, Realtranszendenz und die Auflösung aller Dinge liegen im Zuge der Zeit. Wen wollen wir dafür verantwortlich machen? Die Aufklärung? Die Seinsgeschichte? Die menschliche Konstitution an sich? Es läuft ab und bekommt im laufenden Prozeß Gesichter: Mark Zuckerberg, Steve Jobs, Peter Thiel, Angela Merkel, Christine Lagarde und so weiter, bis hinunter zu denen, die Sie persönlich kennen oder über die Sie immer wieder schreiben, weil sie eben das Gesicht des Gegners sind: Anetta Kahane, Melanie Amann, Georg Restle, und immer weiter runter, bis zum Antifa-Faktum von nebenan. Alle diese Leute sind auf den Stromschnellen der Fließbewegung unserer Zeit sehr geschickt unterwegs und treiben die Sache voran, während wir mit unserer Unzeitgemäßheit die Getriebenen sind. Von oben betrachtet, mag sich unser Engagement gegen oder für etwas sogar rührend ausnehmen. Aber unter denjenigen, die ebenfalls zu den Getriebenen gehören, gilt es als richtungsweisend, und der daraus erwachsenden Verantwortung wollen wir gerecht werden, solange wir es können.

Alexander Wallasch und Götz Kubitschek führten dieses Gespräch Ende Dezember als Online-Briefwechsel. Danach wurde es auf der Seite alexander-wallasch.de veröffentlicht.

In zehn oder in hundert Jahren

von Thomas Hoof

2020 war ein Jahr der Offenbarungen. Kräfte, die sich bisher sorgfältig in den Kulissen verborgen gehalten hatten, huschten kurz, aber in den Konturen deutlich erkennbar durch den Hintergrund der politischen Bühnen und ließen keinen Zweifel daran, daß sie dort in der Rolle des Inspizienten oder des Intendanten umherliefen. Zwei Großereignisse und ein seit dreißig Jahren hartnäckig unterhaltener Daueralarm lieferten den Stoff zu weitergehender Erkenntnis darüber, in welchem Maße das Fiktionale die Realitäten überwachsen hat.

Die fiktionale Epidemie

Der Erreger der Seuche wurde (trotz aller gegenteiligen Pressebekundungen) bis heute nicht isoliert, sondern aus Bruchstücken, die China überlieferte, am Computer modelliert (Alignment). In den Sterbetafeln der Statistiker blieb die Seuche unsichtbar, eine vernichtende Wirkung hatte sie nur auf die konkurrierenden Influenza-Erreger (seit einhundertzwanzig Jahren eine verlässliche Herbstheimsuchung), die in den ersten Wochen der Corona-Epidemien völlig vom Erdboden verschwanden und nicht wiederkehrten. Siebzig Prozent der Seuchenopfer starben in Alters- und Pflegeheimen – vermutlich nicht infolge einer Infektion, sondern an ihrer Abriegelung und in einem Alter, das jenseits der durchschnittlichen Lebenserwartung lag.

Menschen, auf deren Schleimhäuten die modellierte Gensequenz zu finden ist, werden als »infiziert« und »ansteckend« klassifiziert, auch dann, wenn sie völlig frei von Symptomen sind, was in den Vor-Corona-Zeiten als Ausweis einer besonders robusten Gesundheit gerühmt worden wäre. Gesundheit wird demnach umgedeutet von einem Zustand gelingender Selbstregulation in einen seltenen Ausnahmezustand unter dem Dauerangriff dämonischer Nanofeinde. Solche Nanofeinde lassen sich künftig sowohl im Labor als auch schon am Computer beliebig erzeugen.

Die fiktionale Demokratie

Der mitteleuropäische Beobachter der US-Präsidentenwahlen am 3. November 2020 ging in die Nachtruhe mit der Gewißheit einer früh entschiedenen Wahl: In den sogenannten Swing-Staaten wuchs der Vorsprung Donald Trumps unaufhaltsam. Man erwachte am nächsten Morgen in der Dystopie. In der Nacht waren die Wahlauszählungen angehalten worden, und es geschah die sogenannte Biden-Schüttung (Biden-Dump). Dieses statistische Mirakel – und das zeigt das Maß an betrügerischer Unverhohlenheit – wiederholte sich bei den Kongreßstichwahlen in Georgia am 6. Januar 2021.

Man könnte von einem algorithmischen Staatsstreich sprechen, wenn ein solcher in den USA nicht schon vor einhundert Jahren stattgefunden hätte und die Trump-Amtszeit deswegen von Anfang an nur eine

»Auch in den letzten Wochen des Jahres 2020 gab es deutlich weniger registrierte Influenza-Fälle als in den Jahren zuvor. Die Entwicklung zeigt sich bundesweit. Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft Influenza des RKI gibt es derzeit deutlich weniger Atemwegserkrankungen als in den Vorjahren.«

o. A. (mit dpa): »Weniger Menschen erkranken an Grippe oder dem Norovirus«, zeit.de vom 24. Januar 2021.

rhetorisch-theatralische, aber strategisch völlig unabgesicherte »konterrevolutionäre« Episode war. Jedenfalls ist mit den Ereignissen in den Vereinigten Staaten die Demokratie rein fiktional geworden; der Souverän wurde vor die Tür gejagt.

Die fiktionale CO₂-Erwärmung

Der dreißigjährige Versuch, in den Folge- und Koppelprodukten von Produktion und Konsumtion ein Korrelat zu finden, das sich dem (bisher) rein konstruierten Anstieg der Oberflächentemperatur des Planeten kausal zuordnen läßt, ist eine ebenso verzweifelte wie komische Veranstaltung. Allein das Verfahren, die an 7000 Stellen in den fünf Klimazonen der Erde gemessenen Tagestemperaturen in einen Jahresdurchschnitt zu verrechnen und aus den so gewonnenen 7000 Jahresdurchschnitten einen »Erddurchschnitt« zu bilden, der im Vergleich zu ebenso berechneten, aber völlig anders gemessenen Erddurchschnitten der Vergangenheit einen dramatischen Temperaturanstieg anzeigt, ist grotesk.

Ein Blick in die großen deutschen Lexika des frühen 20. Jahrhunderts reicht im übrigen aus, um festzustellen, daß die atmosphärischen Volumenanteile des CO₂ – damals mit der Pettenkofer-Methode der Luftgasanalyse regelmäßig und genauer gemessen als mit den heutigen, leicht irritierbaren IR-Sensoren – in der Nordhemisphäre stets und ständig, saisonal und räumlich zwischen 285 und 620 ppm schwankten (heutiger Alarmwert: 400 ppm). Alle Feuer, die wir seit 170 Jahren mit Kohle, Öl und Erdgas genährt haben, sind nur ein Funkenflug.

Das alles ist so grob gestrickt, so jämmerlich konstruiert, so erbärmlich inszeniert und noch erbärmlicher medialisiert, daß man es nicht nur im Namen der Wahrheit, sondern schon zur Wahrung der intellektuellen Selbstachtung für völlig undiskutabel erklären muß. Vermerken sollte man dabei aber doch, daß ganze Subsysteme der Gesellschaft dabei sind, unter dem Druck der Konstruktionen ihre Eigenlogik und ihr Eigenleben einzubüßen.

Wissenschaft: Finalisiert und beendet

Die im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts begonnene Umsiedlung der Wissenschaft aus ihrem angestammten »Elfenbeinturm« war die Befreiung des Delinquenten auf seinem letzten Gang: Er konnte die Zelle zwar verlassen, war aber alsbald kopflos. Indem ihr Zwecke oktroyiert wurden, wurde die epochale abendländische Wissenschaft als Suche nach Kohärenz zwischen Erkenntnis und Realität wieder beendet. Drost und Rahmstorf verkörpern den Typus des postnormalen oder Höflingswissenschaftlers, der im Namen des Herrschers den Konsens der Bekenner einfordert. Übrig bleiben die Leugner.

Außen und innen

Nach mehr als 200 Jahren Vorbereitung und einer wirklich beeindruckenden Planungs- und Handlungstreue über Generationen hinweg, gestärkt von immer frischem Trank aus tiefen freimaurerischen, sektenpuritanischen und talmudischen Weisheitsquellen, kurz vor Schluß dann nur dies: gefälschte Wahlzettel. Das ist ernüchternd. Die USA als Führungsmacht des Westens sind schon länger eine leere Hülle und stehen spätestens nach der letzten Präsidentschaftswahl nun vor aller Welt auch als eine solche dar. Sie sind ein Instrument der globalen Mafia geworden, aber als solches stark geschwächt. Es klappt ja auch nichts mehr: Venezuela, Weißrußland, Ukraine, Syrien, ein Mißlingen nach dem andern. Es gibt einen strategischen Grundfehler parasitärer Organismen, der darin besteht, den Wirt schon auf den Tod geschwächt, aber einen neuen noch nicht gefunden zu haben. Rußland ist für diese Rolle schon 1999 ausgefallen, obwohl die befreundeten Oligarchen in der Aneignung der russischen Ressourcen weit vorangekommen waren – ein schwerer, möglicherweise der entscheidende Rückschlag. Mittlerweile hat Rußland sich militärisch nicht nur als unangreifbar, sondern auch als interventionsfähig erwiesen und aus der Not von 46 Sanktionspaketen des Westens die Tugend energischer Eigenentwicklungen gemacht. China sprang 2012 von der Schippe, und zwar beim Übergang von der korruptionsanfälligen Gruppe um Hu Jintao auf den machtorientierten Xi Jinping. Die Wall Street wurde ausgesperrt. China teilt aufgrund seiner völlig hypertrophen Industriekapazitäten allerdings

Gernot Böhme hat die Entwicklung schon 1973 vor-
ausgesehen:

»In der Perspektive der Finalisierung der Wissenschaft liegt eine zunehmende Koinzidenz von theoretischen Zwecken und sozialen Normen.«

Gernot Böhme u. a.: »Die Finalisierung der Wissenschaft«, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 2, Heft 2, April 1973, S. 128–144.



© Bundesarchiv, Bild 183-19287-0004 / CC-BY-SA 3.0

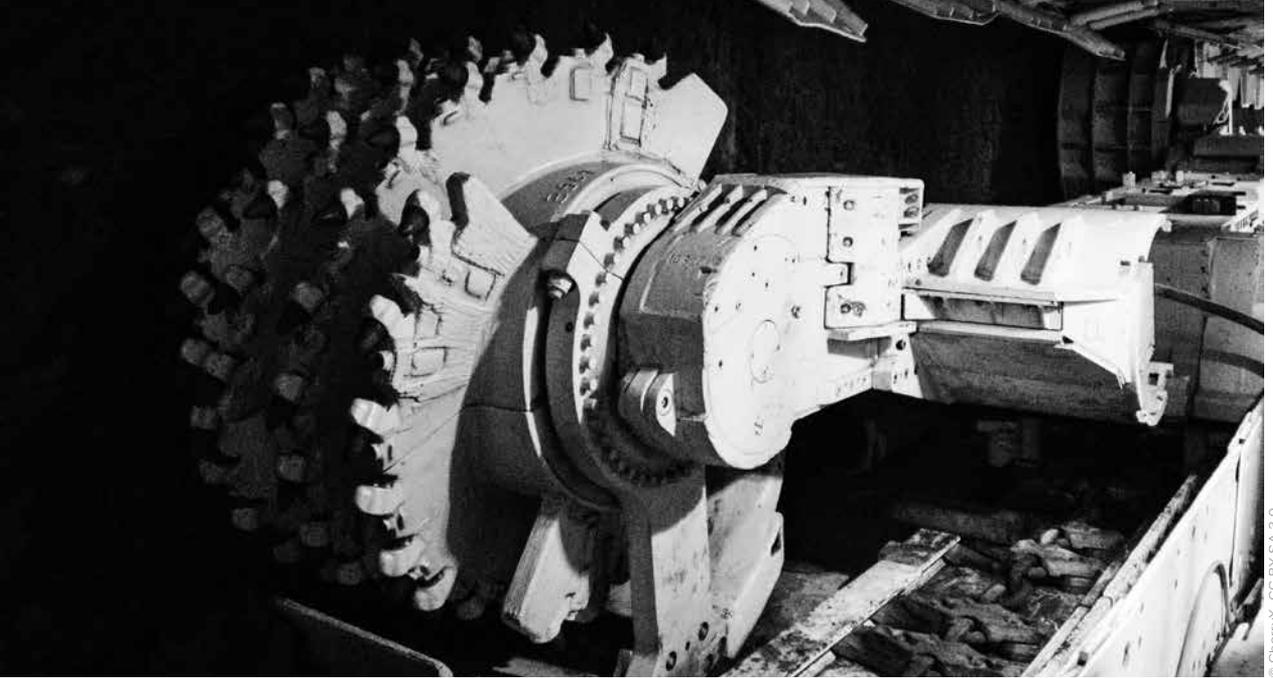
Erneuerbare Energien fördern nichterneuerbare Energien (Bild oben links); überwiegend erneuerbare fördern nichterneuerbare (Bild oben rechts); nichterneuerbare Energien fördern nichterneuerbare (Bild nächste Seite).

eine dystopische Perspektive mit der globalistischen Mafia: die Aufteilung der Welt in Konsumenten und Produzenten. China wäre dabei der einzig verbleibende große Produzent (und Big Tech kriegte mit seinen Versorgungsplattformen 20 Prozent vom Umsatz). Jedes westliche »Make x great again« mit wirtschaftlichem Repatriierungsehrgeiz ist eine existentielle Herausforderung für China. Das erklärt seine undurchsichtig-zweifelhafte Rolle bei der getürkten Abwahl Donald Trumps. Die Schwächung des Westens ist ein chinesisches Strategem. Darum unterschreiben sie jede Klima-, Gender- und Minderheiten-Resolution, wenn sie für China nicht gilt.

Die Globalmafia verbirgt sich hinter einer kleinen, aber medial mächtig vergrößerten Fassade aus lauter Verrückten. Hinter den Antifa-Tagelöhnern tobt eine Prozession von zum Irrsinn »erweckten« jungen Menschen. Der weibliche Anspruch aufs Versorgtwerden (während der generativen Lebensphase und bei traditioneller Arbeitsteilung völlig legitim) hat sich bei ihnen zu einem Menschenrecht ausgewachsen: Ein jeglicher hat unabhängig von seinem Tun und Lassen Anspruch auf Versorgung. Dies könnte man als eine fast unvermeidbare Drift in Regression und Infantilisierung abtun, wenn es sich nicht groteskerweise mit einem tiefen Haß auf die Versorger mengen würde. Die Gestalten des toxischen Mannes oder des »alten weißen Mannes« bilden die Projektionsfläche für die Idee, daß mit den Pflichtbewußten auch die Pflichten, mit den Selbstverantwortlichen auch jegliche Verantwortung und mit den Könnern auch das Können müssen endlich aus der Welt verschwänden. Sie löchern die Wand von innen, an die von außen schon der Meißel schlägt. Sie werden ihre Wunschwelt mit einem »Bedingungslosen Grundeinkommen«, das gerechtigkeitshalber ein weltweit gleiches sein wird (siehe globalincome.org), wahrscheinlich noch erleben. Als Konsumenten werden sie damit auf Sparflamme gesetzt: In einer Mikrowohnung, mit veganem Dosenfutter im Lieferabo und einem Facebook-Konto fürs Soziale. *Soylent Green* spielt 2022.

Die »heimische« Wirtschaft

Von 51 Millionen Einwohnern im Erwerbsalter zwischen 18 und 65 sind 44 Millionen erwerbstätig. Davon sind 27 Millionen Nettosteuerzahler, von denen wiederum zwölf Millionen direkt vom Staat alimentiert werden und demnach Steuerverbraucher sind. Folglich bleiben 15 Millionen übrig, die ihre Einkommen nicht dem Staatssäckel entnehmen, sondern Steuern tatsächlich aufbringen. Vier Millionen organisieren diesen Sektor als Unternehmer oder als Selbständige und Freiberufler. Genau diese Gruppe trifft die hygienepolitisch begründete Abriegelung der Wirtschaft. Das heißt, es gibt keinerlei staatliches Interesse mehr an einer produktiven Wirtschaft. Die Bereiche der kleinteiligen, alltagsnahen Produktion, der Dienstleistungen und des Handels werden als Marktlücke an die Internetplattformen und die Leasingketten weitergereicht. Es bewegt sich einiges aus dieser Gruppe in Richtung auf die Querdenker und eine grundsätzliche Opposition. Leider geschieht das hinter dem Rücken von Herrn Meuthen.



© Chernix, CC BY-SA 3.0

Die physische Seite: Industrielle Muskelatrophie

Der Kern der industriellen Revolution im späten 19. Jahrhundert waren der Fund und die Erschließung von leicht zugänglichen, nahe der Erdoberfläche lagernden Brennstoffen von so hoher Energiedichte, daß der Energiegewinn aus ihrer Verbrennung den Energieaufwand für ihre Förderung und Aufbereitung bei weitem überstieg. Auslöser dieser Revolution war also kein technischer Fortschritt (der folgte dann in großen Sprüngen), sondern ein ökonomisch selten glückliches Verhältnis zwischen den beiden Grundgrößen allen Wirtschaftens: Aufwand und Ertrag. 1880 förderte jeder im Untertagebau beschäftigte Ruhrbergmann im Jahresdurchschnitt 240 Tonnen Steinkohle. Deren Energiegehalt betrug fast zwei Millionen Kilowattstunden (kWh) und damit das 1300fache seines jährlichen physiologischen (1500 kWh) und das 400fache seines kulturellen Jahresenergiebedarfs (5000 kWh). Vom Gesamtertrag mußten freilich die energetischen Vorleistungen für die technische Infrastruktur zur Förderung, Aufbereitung und Verteilung bestritten werden. Sie werden 1880 in etwa mit 20 Prozent der Gesamterträge zu Buche geschlagen haben.

1968 waren im Ruhrbergbau die Teufen (Abbautiefe) auf über 1000 Meter gewachsen, die Kapitalausstattung je Arbeitsplatz (von der Spitzhacke 1950 zum Schrämautomaten 1980) hatte sich verzehntausendfach, aber auch der lohnbestimmende kulturelle Jahresenergiebedarf des Bergarbeiters war auf etwa 30000 kWh gestiegen. Anfang der 1970er Jahre war der deutsche Steinkohlebergbau nicht nur der Konkurrenz durch Erdöl und Importkohle nicht mehr gewachsen, sondern hatte wegen dieser Umstände die Grenze seiner energetischen Profitabilität überschritten. Er mußte fortan mit Fremdenergien subventioniert werden. Das ist das Muster des Verfalls, eben nicht nur der Bestände (die liegen noch reichlich unter dem Deckgebirge des nördlichen Ruhrgebiets), sondern des Mehrprodukts bei ihrer Ausbeutung. Dieses Muster wird sich bei allen fossilen Brennstoffen innerhalb der kommenden zwei Jahrzehnte ergeben.

Technischer Fortschritt ...

Der technische Fortschritt kann daran nichts ändern, denn seine Richtung und Logik sind seit 200 Jahren fixiert: die Ersetzung temporär ermüdender, aber erneuerbarer, durch nie ermüdende, aber nichterneuerbare Energiedienstleistungen. Wir kennen nichts anderes: All die technische Leistungsfähigkeit, die dem Menschen in den vergangenen 150 Jahren zugewachsen ist, beruht darauf, über einem Feuer aus brennbaren Stoffen Wasser zu erhitzen und den entstehenden Dampf zu spannen und in Arbeit zu setzen. Auch die Hitze, die bei der Sprengung der atomaren Bindekräfte entsteht (Atomkraft), dient nur zum Wasserkochen. Die sogenannten Erneuerbaren Energien sollen Elektrizität erzeugen, entweder aus der mechanischen Energie der Luftströmungen oder photovoltaisch, indem kristalline Halbleiter durch Sonnenlicht Ladung bilden. Beide Techniken lieferten nach langer Förderung und intensivem Ausbau im Jahr 2020 vier Prozent des deutschen Primärenergieverbrauchs und

»Es deutet alles darauf hin, daß das 21. Jahrhundert Veränderungen der Energieproduktion und der gesellschaftlichen Organisation bringen wird, die alles seit Beginn der Evolution des modernen Menschen Dagewesene in den Schatt stellen.«

Ian Morris: *Beute, Ernte, Öl. Wie Energiequellen Gesellschaften formen*, München 2020, S. 214.

Dazu genauer Thomas Hoof: »Immer weniger vom Mehr. Das Ende der Reichlichkeit«, in *TUMULT – Vierteljahresschrift für Konsensstörung* (Sommer 2018), S. 7–17.

sind prinzipiell zur Herstellung ihrer Apparaturen auf eine volle thermoindustrielle Infrastruktur angewiesen, die sie deshalb auch selbstverständlich nicht ersetzen können. Sie haben zudem den genetischen Nachteil aller Techniken, die auf die primäre Energiequelle Sonne und deren Ableitungen zurückgreifen, nämlich ihre Erträge nur stark fluktuierend bereitstellen zu können. Das eben war ja das prozeßlogische Motiv für die Energierevolution im 19. Jahrhundert, die Kraftflüsse so zu verstetigen, daß sie 24/7/12 arbeitsbereit anliegen. Speichertechniken, um den Kraftfluß aus »Erneuerbaren« in volkswirtschaftlichem Maß zu glätten, gibt es nicht einmal als Konzept, und es ist überdies sehr zweifelhaft, daß die »Erneuerbaren« in einer vollständigen Entropiebilanz ihres gesamten Lebenszyklus vom Bau bis zur Entsorgung überhaupt einen positiven Energiesaldo hätten.

Im Überblick: Einhundert Jahre Industrie – ein Niedergang

In den vergangenen siebzig Jahren gab es unter Energiegesichtspunkten vier einander schnell ablösende Zeitabschnitte:

- ▼ Die **1:50-Jahrzehnte** (ca. 1950 bis 1970), in denen mit einem Barrel Öl 50 neue Barrel Öl gefördert, aufbereitet und bereitgestellt werden konnten. Aus dem Verhältnis 1:50 entsprang der Massenwohlstand der Nachkriegszeit; Arbeit und Kapital teilten sich den springflutartigen Überschuß im Verhältnis 3:1. Schulden spielten nur zu Beginn als Hinterlassenschaft des Zweiten Weltkriegs eine Rolle.
- ▼ Die **1:18-Jahrzehnte** (ca. 1970 bis 1990), in denen mit einem Barrel Öl 18 neue Barrel Öl gefördert, aufbereitet und bereitgestellt werden konnten. Das verengte Verhältnis schmälerte die Verteilungsspielräume zu Lasten beider Seiten, Arbeit und Kapital. Die Staaten machten sich als Lückenbüßer bereit und sprangen mit steigenden Staatsschulden in die Wohlstandsbresche; die Finanz- und die privaten Akteure folgten. Die nachfolgende Grafik zeigt die in den 1980er Jahren abhebende Schuldenkurve (globale Schulden von Staaten, Körperschaften, Banken, Nichtbanken und Privaten). In dieser Periode: 1970: fünf Billionen, 1980: neun Billionen, 1990: 28 Billionen.
- ▼ Die **1:10-Jahrzehnte** (ca. 1990 bis 2010), in denen mit einem Barrel Öl nur noch zehn neue Barrel Öl gefördert, aufbereitet und bereitgestellt werden konnten. Der weiter geschrumpfte Überschuß wurde schmerzlich. Der Wohlstand schmolz real. Die Schuldenmassen wuchsen kompensatorisch. Weltschuldenverlauf: 1990: 28 Billionen, 2000: 61 Billionen, 2010: 170 Billionen.
- ▼ Die **1:5-Jahrzehnte** (ca. 2010 bis 2025/2030), in denen mit einem Barrel Öl nur noch fünf neue Barrel Öl gefördert, aufbereitet und bereitgestellt werden können. Die weiter gestiegenen Schuldenvolumina haben einen Finanzsektor aufgeblasen, der die Realwirtschaft inzwischen um das Fünffache überwachsen hat. Die Finanzökonomie simuliert mathematisch, was in der physischen Wirtschaft mangels eines Energieüberschusses nicht mehr realisiert werden kann: Wertschöpfung. Weltschuldenverlauf: 2010: 170 Billionen, 2020: 258 Billionen.

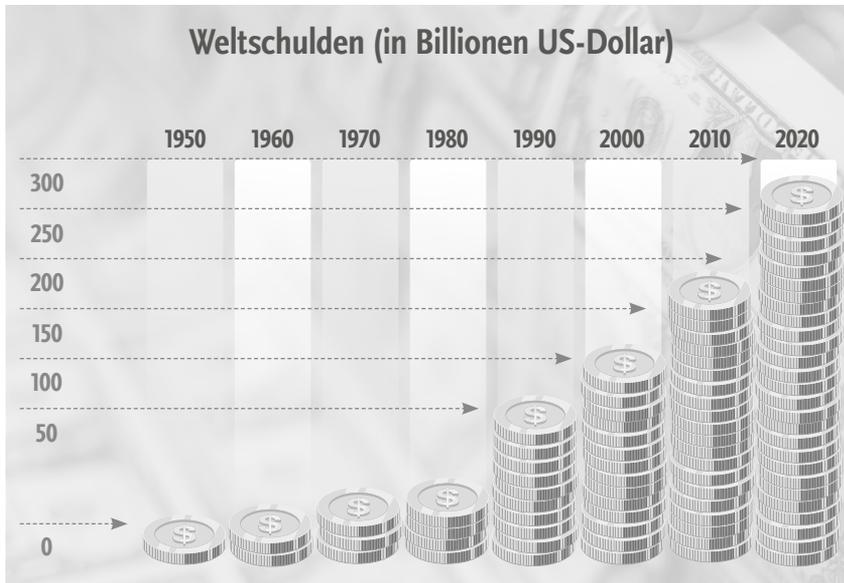
Es wird nun eingeläutet: Das **2:1-Jahrzehnt** (202x bis 203x), in dem zwei Barrel Öl nötig sind, um ein Barrel Öl zu fördern, aufzubereiten und bereitzustellen. Die Periode ist logischerweise nur sehr kurz, wenn sie sich auch tatsächlich über etliche Jahre erstrecken wird, weil die hier skizzierten Wirkungen des Ertragsgesetzes je nach Energierohstoff und Fördergebiet mit Zeitversatz einschlagen. Die Erdgasvorkommen werden nach Wegfall des Erdöls sehr schnell verbraucht. Die Erneuerbaren Energien spielen keine Rolle oder nur eine lokale in verfallenden industriellen Großstrukturen. Für den Umstieg von einer thermoindustriellen auf eine elektroindustrielle Gesellschaft (mit Kernkraft als zentraler Quelle) fehlen sowohl die Zeit als auch die Energieüberschüsse. Der Preis des Barrels Öl wird schließlich gegen unendlich gehen, trotzdem wird niemand mehr fördern, womit dann auch erwiesen wäre, daß keineswegs alles eine »Frage des Preises«, sondern letztlich alles eine Frage der Energie ist.

Die kleine Skizze macht deutlich: Die wirklichen Verluste finden nicht in den Bilanzen statt und können deshalb auch mit weiteren Phantastilliarden nicht ausgeglichen werden. Sie geschehen in der Welt der wirklichen Wirtschaft, wo nicht die Mathematik regiert, sondern die Physik. Geld läßt sich drucken oder noch unkörperlicher durch eine Buchung

schaffen. Energie nicht. Energie im Überschuß noch viel weniger. Und »Wirtschaften« ist niemals etwas anderes als ein Energiemanagement mit dem Ziel eines Energieüberschusses. Alles andere ist nur eine Simulation.

Die virtuelle Seite: Wirtschaft als Fiktion

Wer die im obigen Überblick bereits bezifferten weltweiten Schuldenstände der Staaten, der Banken, der Unternehmen und der Privaten zwischen 1950 und 2020 betrachtet, stellt fest: Der Abhebepunkt liegt um 1980, also in dem Jahrzehnt, in dem auch der Schwund des hohen energetischen Surplus der Nachkriegszeit einsetzte.



Bis dahin war Kapitalbildung als Ersparnis Folge und Ergebnis vergangenen Wirtschaftens. Von nun an wurde sie zur Anleihe auf zukünftige Erträge und damit zur Voraussetzung zukünftigen Wirtschaftens. Eine Epoche des Geldes wurde von einer Epoche des Kredits abgelöst, die Realsphäre der Vergangenheit von der Fiktivsphäre der Zukunft verdrängt. Der eigentlich nur wirtschaftsbegleitende Finanzsektor der Wirtschaft – bis in die 1980er Jahre in etwa ein Spiegelbild der physischen Wirtschaft – begann seinen Riesenwuchs ins Unbegrenzte.

Kurz, knapp und einfach (und ohne die sonst verlangte Kletterpartie durch den Hochseilgarten der Stützelchen Saldenmechanik): Der Kern der unfassbar großen Vermögen, die sich im Finanzsektor gestaut haben, sind schlicht die bankbilanziellen Gegenbuchungen der ab 1980 explodierenden Staatsschulden. Der Finanzbedarf der Staaten wurde von den Banken mit Geld befriedigt, das sie im Wege der Giralgeldschöpfung, also aus dem Nichts, geschaffen hatten. Während ein Darlehen nach seiner Tilgung aus dem Geldkreislauf verschwindet und nur die geleisteten Zinszahlungen als Ertrag der Bank darin verbleiben, sind die Staatskredite dauerhafte Vermögensgrößen in den Bilanzen der Finanzinstitute, denn sie werden nie getilgt, sondern lediglich in ihren Fristigkeiten immer wieder überwältigt und dabei in der Regel erhöht. Die in den Bilanzen der Banken aktivierten Forderungen gegen Staaten sind einerseits also langfristige oder »ewige« Anlagen (von – wohlgemerkt – frisch geschöpftem oder jungfräulichem Geld, dem weder eine Leistung noch ein Konsum- oder Investitionsverzicht zugrunde liegt), andererseits aber hochfungibel und liquide, denn sie sind »notenbankfähig« und in den Sekundärmärkten jederzeit handelbar. Sie können also gefahrlos in Realkapital umgewandelt werden, was dann – zur Inflationsvermeidung auch dringend nötig – über die Aktienmärkte geschieht mit dem erfreulichen Nebeneffekt, auch deren Buchwerte in ungeahnte Höhen zu treiben.

Diese Organisation der Staatsfinanzierung begründete beides: die Akkumulation von »Vermögen aus dem Nichts« im Finanzsektor und eine wachsende Abhängigkeit und Erpreßbarkeit der Staaten, die dann in den späten 1980er Jahren des 20. Jahrhunderts gehorsam damit begannen, den Finanzsektor zu »deregulieren« und damit tatsächlich zu »entfesseln«. Die EWG verbot 1988 Kapitalverkehrskontrollen, und 2001 zog

»Die Industriegesellschaften gingen – in betriebswirtschaftlicher Terminologie – von einer »Innenfinanzierung« (aus thesaurierten Überschüssen) zu einer »Fremdfinanzierung« (aus zukünftigem Sozialprodukt) über. Die Mittel dazu waren: Das Ende der stofflichen Deckung der Währungen mit der Kündigung von Bretton Woods im August 1971. Die Entgoldung des Geldes und seine Verwandlung in frei schöpfbares Schaumgeld; die Loslösung des »Kredits« vom »Geld«, indem die Kreditvolumina sich in steiler Kurve von den Bank-einlagen »emanzipierten.«

Thomas Hoof: »Der Tanz auf der Nadelspitze«, in: *Sezession* 46 (Februar 2012).

Deutschland – stark verspätet – mit dem rot-grünen »Gesetz zur weiteren Fortentwicklung des Finanzplatzes Deutschland« nach. Es folgte nun die Erfindung immer neuer »Finanzinstrumente« zur Vervielfältigung des fiktiven Kapitals auf dem Weg selbstreferentieller Wertsteigerungen (Optionen, Derivate, Swaps, Futures, Junkbonds Asset Backed Securities [ABS], Discount-, Basket-, Index- und Bonus-Zertifikate), eine ganze Sammlung alchemistischer Wundermittel, deren letztes »Bankenrettung« heißt und dadurch funktioniert, daß die Staaten bei ihren »Gläubigern« weiteres Geld leihen, um es ihnen dann zur Vermeidung eines angedrohten Bankrotts zu schenken.

Die Mechanismen dieser Fiktionalisierung des Geldes sind reinweg irrsinnig. Die Finanzwissenschaft muß mittlerweile als eine Disziplin zur maximalen Verdunkelung der Sachverhalte betrachtet werden. Der ganze Gegenstandsbereich sollte ihr eigentlich entzogen und zur Aufklärung an die Parasitologie überwiesen werden.

Natürlich hat es im vergangenen Jahrhundert etliche Anläufe gegeben, diese Tollheit zu beenden, wobei die wichtigsten Maßregeln waren: erstens die institutionelle Rückführung der Geldemission (des Geldregals) in die Hände der Staaten, zweitens eine strikte Begrenzung der Kreditvergabe der Banken auf die bei ihnen von Dritten getätigten Einlagen. Daß daraus nie etwas geworden ist, mag auch daran liegen, daß alle US-Präsidenten, die solchen Ideen nähertraten, von geistig verwirrten Einzeltätern erschossen wurden: Abraham Lincoln 1865, James Garfield 1881 und John F. Kennedy 1963. Wenn andere Staaten entsprechende Wege gingen, waren sie kurz darauf in Kriege verwickelt.

Die physische Wirtschaft als Anhängsel

Die Realwirtschaft ist mittlerweile nur noch ein Spielball für die dirigierenden Bewegungen des fiktionalen Finanzkapitals. Zur Illustration: Blackrock als Ankeraktionär beider Seiten konnte die deutsche Bayer AG dazu nötigen, den von Schadensersatzansprüchen bedrängten US-Roundup-Hersteller Monsanto für 63 Milliarden Dollar zu übernehmen und den Schadensersatz in Höhe von zwölf Milliarden Dollar zu zahlen. Zwei Jahre später hat die Bayer AG (einschließlich Monsanto!) einen Börsenwert von 46 Milliarden Dollar. Wenn der damalige Drahtzieher die neue Bayer AG (inklusive Monsanto) jetzt aufkaufte, hätte er 29 Milliarden Dollar verdient und bekäme die ehemalige Bayer AG als Dreingabe kostenlos dazu.

Die großen Akteure mit Sitz in den USA (Blackrock, Vanguard) verwalten allein ein Vermögen von zusammen rund zwölf Billionen Dollar (eine Billion = 1000 Milliarden). Sie sind in allen großen Unternehmen des Westens aufsichtsrätlich vertreten und können dank ihres Informationsvorsprungs und ihrer schieren Finanzmassen die Kurse in allen Anlageklassen beliebig steuern, weil alle übrigen Anleger ihnen folgen müssen, selbst dann, wenn sie – was häufig geschieht – nach dem Vorbild Stan Libudas links antäuschen, aber rechts vorbeiziehen. »Finanzmärkte« gibt es auch im Singular nicht mehr. Allenfalls offene Frage: Ist es ein Oligopol oder ein Monopol? Eine Vernetzungsstudie der ETH Zürich ermittelte 2014, daß 147 Unternehmen, praktisch alle Finanzmarktakteure, die westliche Wirtschaft kontrollieren. Etliche, allen voran die deutschen Großbanken, sind aus diesem Kreis seit 2014 ausgeschieden. Der Rest dürfte sich, auf einer Ebene personaler, nicht handelsregisterlich beurkundeter Vernetzung, auf ein gutes Dutzend Familien vermindern.

Planetarische Mafia oder planetarische Langfristlenker?

Wir haben also folgende Situation: Den westlichen Industrieländern bricht der stoffliche Unterbau des von ihnen im 18./19. Jahrhundert eingeschlagenen »Europäischen Sonderweges« weg, auf den im 20. Jahrhundert alle anderen Kontinente (bis auf Afrika) einschwenken konnten. Gleichzeitig hat sich in ihrem Inneren ein Zentrum etabliert, das zirkulativ als »Schwarzes Loch« fungiert (indem es die größten Teile der monetären Wertschöpfung aufsaugt) und regulativ über transnationale Institutionen und seine riesigen Kapazitäten an Stiftungen, Forschungseinrichtungen und internationalen Großkanzleien an der Gesetzgebung beteiligt ist – nicht nur wirtschaftsrechtlich, sondern mittlerweile auch bis in die staatlichen und völkerrechtlichen Grundlagen hinein. Dieses Ordnungszentrum hat sich lange hinter den staatlichen und überstaatlichen

Es ist übrigens eine überaus abwegige Idee, zum besseren Verständnis des Räderwerks dieser Klapsmühle Marx zu studieren. Wer sich an Klassikern stärken will, der lese den englischen Chemiker Frederick Soddy (*Wealth, virtual wealth and debts. The solution of the economic paradox*, London 1926). Manuscriptum bringt diesen Titel (zusammen mit Soddys kleineren Schriften zum Thema) in diesem Jahr in seiner neuen PDF-Bibliothek.

Institutionen verborgen gehalten und letztere aus dem Hintergrund angeschoben und dirigiert. Jetzt tritt es, wie ich eingangs sagte, aus den Kulissen hervor und spricht durch den Mund der »eigenen« Regierung.

Über dieses Zentrum ist wenig bekannt, außer man traute den alten verschwörungstheoretischen Quellen. Allerdings hat Immanuel Wallerstein, der 2019 verstorbene, zu Lebzeiten gut vernetzte Doyen der »Welt-systemforschung« einige Hinweise hinterlassen: Das globalistische Lager (von ihm »Der Geist von Davos« genannt) sei tief gespalten. »Eine Gruppe befürwortet unmittelbare und langfristige Repression und hat ihre Mittel in den Aufbau einer bewaffneten Organisation gesteckt, um die Opposition zu zerschlagen.« (Gemeint ist natürlich Blackwater, eine auch im Irak eingesetzte Privatarmee, die gesellschaftsrechtlich später zur Sicherheitsfirma Academi und dann zu Constellis verschoben wurde.) »Es gibt aber auch eine andere Gruppe, die Repression auf lange Sicht für unwirksam hält. Sie befürwortet die Lampedusa-Strategie, alles zu verändern, damit alles beim alten bleibt. Man spricht von Meritokratie, grünem Kapitalismus, mehr Gerechtigkeit, mehr Vielfalt und einem offenen Ohr für die Rebellischen – alles aber im Geiste der Abwendung eines Systems, das auf mehr Demokratie und Gleichheit beruht.« (Immanuel Wallerstein u. a.: *Stirbt der Kapitalismus? Fünf Szenarien für das 21. Jahrhundert*, Frankfurt a. M.: Campus 2014, S. 45)

Endspiel

Das erste Ziel des vom Weltwirtschaftsforum (WWF) ausgerufenen »Großen Neubeginns« (Great Reset) ist bekanntlich die vollständige Dekarbonisierung der Wirtschaft. Das, so die deutsche Bundeskanzlerin am 23. Januar 2020 vor dem WWF in Davos, »sind natürlich Transformationen von gigantischem, historischem Ausmaß. Diese Transformation bedeutet im Grunde, die gesamte Art des Wirtschaftens und des Lebens, wie wir es uns im Industriezeitalter angewöhnt haben, in den nächsten 30 Jahren zu verlassen.« Dekarbonisierung ist Deindustrialisierung. Sie wird als Folge des kommenden Brennstoffmangels ohnehin kommen. In einer solch ersten sozialmetabolischen Krise würde die Realität in vielfacher Weise mit echter Rückmeldung alle fiktionalen Ummantelungen durchschlagen und den darunter fühllos gewordenen Alltagsverstand frappieren und erwecken. Alle Handlungskreise würden sich in einer solchen Krise immer enger ziehen, und die »Menschheitsakteure« würden sich allein und machtlos auf einem Feld finden, das alle anderen fluchtartig verlassen haben. Deshalb werden alle Krisen propagandistisch planetarische Krisen bleiben, und nach COVID-19 wird die globale Erwärmung wieder auf die Bühne geschoben werden. Die konstruierte Pandemie des Jahres 2020 ist eine operative Probe auf die Möglichkeit, Verhaltensänderungen auf globaler Ebene durchzusetzen unter Umgehung der Notstandsregularien der beteiligten Staaten. Es werden weitere Pandemien folgen, fiktionale (aus dem Computer) und echte (aus dem Labor). Es wird – wie der Vorsitzende des Weltwirtschaftsforums Klaus Schwab im Januar 2021 ankündigte – auch »technische Pandemien« geben. Mit inszenierten Infrastrukturabschaltungen ist zu rechnen, allerdings nicht mit lang andauernden Stromausfällen, denn die würden mit Big Tech einen wichtigen Machtpfeiler stürzen lassen.

Der Kraftverlust des Westens hat längst eingesetzt. Man kann ihn geschichtsmorphologisch (Spengler) oder geschichtslogisch (Barnick) deuten. Die Verschwörungspraktiker sind geschickte Entropieverwerter und effektive Destruenten. Ihnen gelingt es, die Zermürbung zur Selbstzermürbung zu verschärfen. Ihr Ziel ist die Entkräftung, die Entkräftung der Individuen, die Entkräftung der Institutionen, die Vernichtung des Volksvermögens, verstanden als die Summe der Tüchtigkeit, die sich aus Wissen, Können, Fleiß und schöpferischem Impuls ergibt.

Das Projekt wird scheitern, denn es versucht nichts Geringeres, als den »Göttlichen Funken« zu ersticken, der nicht nur die Kunst entfacht, sondern im besten Falle auch die Alltagsarbeit. Alles stillzustellen, damit man es in der Hand behält, ist ebenso satanisch wie aussichtslos.

Der Hochwald ist, wenn die Buche als herrschende Baumart den Kronenschluß vollzogen hat, eine tote Höhle geworden, in der Verjüngung keine Chance hat. Das ändert sich erst, wenn ein Mensch die Axt ansetzt und dem Licht Zutritt verschafft. Und wenn die Axt es nicht tut, dann tut dies irgendwann der Blitz. ■

»Auch dem Gastgeber des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, schwebt eine »gerechte Gesellschaftsordnung« vor. Er nennt die Große Transformation einfach Great Reset. In seinem Buch *Covid-19. Der große Umbruch* schreibt Schwab zusammen mit Thierry Malleret: »Viele von uns fragen sich, wann wir wieder zur Normalität zurückkehren. Die kurze Antwort ist: nie.«

Klaus-Rüdiger Mai: »Ein großes Missverständnis«, in: *Tichys Einblick* 2/2021.



Der Globalismus – Terreur und Terroir

von Dimitrios Kisoudis

Wir stehen vor großen Umwälzungen. Im Grunde stehen wir mittendrin. Und nur die Reste hergebrachter Kulissen hindern uns noch daran, dem Schrecken neue Namen zu geben.

»La Terreur« nennen Franzosen die Schreckensherrschaft gegen echte und vermeintliche Gegenrevolutionäre nach 1793. Der Terror der heutigen Weltrevolution spielt sich vorerst in den sozialen Medien ab, durch Deplatforming kann er einen Martin Sellner ebenso treffen wie den US-Präsidenten. Wer gegen den Globalismus aufbegehrt, wird zum Schweigen gebracht. Wo der Stummschalter nicht hinreicht, greifen Verbote und Strafen für neuerfundene Meinungsdelikte.

Aber der Globalismus bringt nicht nur ungeahnte Schrecken, er zwingt uns auch zu politischer Verortung. Der Globalismus ist Globalisierung zum Weltstaat, er macht unsere Heimaten unkenntlich und wirft uns doch auf den Boden zurück, in dem wir wurzeln. Globalismus heißt für uns Terreur und Terroir. »Terroir« kommt aus dem Weinbau und meint mehr als nur die Lage, der Begriff bezeichnet die Rebe, die Beschaffenheit des Bodens und die Neigung des Hangs, das Klima und das Wetter. Nicht weniger Faktoren hat auch die politische Lagebestimmung. Wir müssen die weltpolitische Konstellation und die hiesigen Machtverhältnisse realistisch einschätzen, um den Feind richtig zu erkennen.

Mustergültig bestimmt hat ihn Donald Trump als »Globalismus« in seiner Rede vor der UN-Generalversammlung am 24. September 2019. Als Freunde nannte der US-Präsident die souveränen Nationalstaaten. Der defensive Nationalismus, gefaßt als Gegensatz zum aggressiven Imperialismus, gilt in der Rechten immer noch als Tugend. Dank Yoram Hazony, dem Präsidenten der Edmund Burke Foundation, bekam diese Idee in Europa neuen Schwung. Aber kann der Nationalismus, eine frühere Entwicklungsstufe, überhaupt geschichtlich wirkmächtiger Gegenpart zum historisch späteren Globalismus sein? Ein Witz lautet: Auch Nicht-Interventionismus ist Interventionismus. Gerade weil Rußland die humanitäre Intervention im Völkerrecht ablehnt, mußte es in Syrien intervenieren, um Präsident Assad beizuspringen. Ähnlich könnte es mit dem Anti-Globalismus sein. Um den Globalismus zu bekämpfen, muß er global agieren. So ähneln sich beide Seiten einander an, bis wir jede Entscheidung in der Grauzone der Doppeldeutigkeit treffen, wo sich nicht mehr genau sagen läßt, ob wir das Ende der Geschichte aufhalten oder wider Willen beschleunigen. Was wir haben, sind veraltete Karten und fehlerhafte Instrumente.

Kalibrieren wir den Kompaß zur Lagebestimmung bei den Titanen Carl Schmitt und Ernst Jünger. Zwischen 1950 und 1960 haben der Staatsrechtler und der Soldatenschriftsteller über die Lage gestritten – Schmitt als Aufhalter, Jünger als Beschleuniger der weltpolitischen Tendenz.

Im Januar 1952 veröffentlicht Carl Schmitt im *Merkur* den Aufsatz »Die Einheit der Welt«. Darin weist er die Möglichkeit einer politischen

»Die Zukunft gehört nicht den Globalisten. Die Zukunft gehört den Patrioten. Die Zukunft gehört souveränen und unabhängigen Nationen, die ihre Bürger schützen, ihre Nachbarn achten und die Unterschiede ehren, die jedes Land besonders und einzigartig machen.«

Rede von Präsident Trump vor der 74. Sitzung der UN-Generalversammlung.

Welteinheit aus apokalyptischer Sicht zurück: »Auch das Reich Satans ist eine Einheit«, schreibt er, »und Christus selbst ging von diesem einheitlichen Reich des Bösen aus, als er vom Teufel und Beelzebub sprach.« Im Konflikt zwischen Ostblock und Westblock ergreift Schmitt für keine Seite Partei, sondern lehnt die Weltpläne beider Seiten als Vehikel fortschrittlicher Geschichtsphilosophie ab: einerseits dialektischen Materialismus mit Endziel Kommunismus, andererseits technischen Planungsoptimismus mit Endziel Weltstaat wie beim britischen Historiker Arnold Toynbee.

Stattdessen hält Carl Schmitt am Konzept einer Großraumordnung fest, wie er sie 1941 schon umrissen hat. Vorbild: die Monroe-Doktrin von 1823. Die Vereinigten Staaten hatten den amerikanischen Kontinent als ihre Interessensphäre bestimmt, um ihn den Interventionen raumfremder Mächte zu entziehen. Durch die Multiplikation solcher Großräume, jeweils von Kernstaaten mit deren politischen Ideen durchdrungen, sollte ein neues Gleichgewicht der Mächte entstehen. Nach dem Weltkrieg setzt Schmitt seine Hoffnung in blockfreie Staaten: »Sobald eine dritte Kraft erscheint, öffnet sich sehr schnell der Weg zu einer Mehrheit von dritten Kräften, und es bleibt nicht bei der einfachen Dreizahl.«

Anders Ernst Jünger. In seinem Aufsatz »Der Weltstaat« (1960) erachtet zwar auch er die Blockkonfrontation im Atomzeitalter für zu gefährlich, als daß sie als Dauerzustand zementiert werden dürfe. Auch er hält den Weg zurück zum zwischenstaatlichen Völkerrecht für versperrt, weil Souveränität im vollen Wortsinn angesichts der Globalisierung der Technik nur noch für Atommächte erreichbar sei. Aber Jünger folgt letztlich Toynbee und plädiert für die Überwindung der Blockkonfrontation durch einen Weltstaat, der allein die Vernichtungskraft der Waffentechnik im Atomzeitalter bannen könne. Die Möglichkeit einer multipolaren Ordnung weist er ausdrücklich zurück – ohne Gegenargument.

Reihte sich Ernst Jünger also unter die Globalisten ein, um Anschluß an das Establishment zu halten? Ein Jahr zuvor hatte er das Große Bundesverdienstkreuz verliehen bekommen. Zwei Dutzend weitere Ehrungen sollten folgen. Schon am 27. Januar 1949 notierte Carl Schmitt in seinem *Glossarium* abschätzig: »Ernst Jünger wird reifer und reifer. Jetzt ist er bald reif für den Nobelpreis.« Friedensnobelpreis, Weltfrieden, Weltstaat, all diese hehren Ziele waren für Schmitt nur Verbrämung für einen Pazifismus, der versprach, den Krieg ein für allemal zu beenden, der aber in Wirklichkeit ein globales Interventionsregime aufzog, um den totalen Krieg zur Beendigung aller Kriege in die hintersten Winkel der Welt zu tragen. Auf dieser Gegenseite des europäischen Völkerrechts ortete er nun Jünger.

Wir müssen Ernst Jünger als konservativen Denker ernst nehmen. Jünger war vom Nahen des Weltstaats deshalb überzeugt, weil er beobachtete, »daß Weltbürgerkriegsideen die Politik der Staaten und ihre Händel der Umrisse berauben«. Im Kalten Krieg waren sämtliche Kriege von der Blockkonfrontation durchdrungen – in welchem Ausmaß, blieb dem Publikum oft verborgen. Selbst die Konflikte der alten Bundesrepublik trugen die Signatur des Kalten Krieges. Die Erschießung Benno Ohnesorgs durch einen Inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi war der Startschuß zu Studentenunruhen, die Verbindungen von RAF-Terroristen zur Stasi sind mittlerweile ebenso bekannt wie die Lenkung italienischer Rechtsterroristen durch westliche Geheimdienststrukturen.

Mittlerweile wissen wir aber auch: China wuchs im Schatten des Kalten Krieges zur dritten Kraft heran, um den Sieger dieses Krieges im 21. Jahrhundert zu konfrontieren. So hat die Negation der liberalen Demokratie westlichen Zuschnitts durch den Kommunismus sowjetischer Prägung nicht unmittelbar zur Aufhebung der Gegensätze in einem Weltstaat geführt. Carl Schmitt lag also richtig, als er auf eine dritte Kraft setzte. Und wie im Kalten Krieg wird künftig jeder Konflikt seinen Sinn von der neuen Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und China her empfangen. Handelt es sich bei dieser Konfrontation noch um Außenpolitik oder schon um Weltinnenpolitik, also nur um Reibung bei der Verschiebung von Machtzentren für einen kommenden Weltstaat? Lauschen wir einem weiteren Zwiegespräch zwischen Schmitt und Jünger.

Ernst Jünger veröffentlicht 1953 seinen Essay *Der Gordische Knoten* über die Begegnung von Osten und Westen im Weltgeschehen. Wer

»Die Aussicht auf den Weltstaat ist wahrscheinlicher, sein Kommen ist durch Vorzeichen angekündigt und hinsichtlich des Weltfriedens auch wünschenswerter als eine neue Aufteilung der Macht – etwa im Rahmen eines mundus tripartitus, wie er selbst von scharfsinnigen Beobachtern zuweilen verkündet wird.«

Ernst Jünger: »Der Weltstaat«.

den Knoten löst, wird das asiatische Herzland und somit die Welt beherrschen. Mit mythischen Bildern stilisiert Jünger die Blockkonfrontation zur welthistorischen Endschlacht. Zwar duldet er schon hier keinen »Einwand gegen die Prophezeiung eines Weltstaates«, zwar betont er auch hier die »Verwandtschaft zwischen dem Bürgerkrieg und der Ost-West-Begegnung«, sichtbar in der Verteilung weltrevolutionärer Truppen »in allen Ländern der Erde«; aber Jünger führt die Frontlinie nicht auf Geschichtsphilosophie zurück, sondern auf den Gegensatz zwischen Freiheit und Despotie.

Wie der Historiker Karl Wittfogel über Jahrzehnte ausführte, soll die Despotie das Erzeugnis einer spezifisch asiatischen Produktionsweise gewesen sein, die als kollektive Anstrengung der Bewässerung sogenannte hydraulische Gesellschaften mit einer Bürokratenkaste an der Spitze hervorbrachte. Despotie war der Titel, mit dem Wittfogel und seine Anhänger den Sozialismus sowjetischer und chinesischer Prägung der Hegelschen Geschichtsphilosophie entrissen, um die Schrecken des real existierenden Sozialismus dem »asiatischen Wesen« in die Schuhe zu schieben. Indem Ernst Jünger von Despotie spricht, verlegt er die Ursachen für den Ost-West-Konflikt in die Tiefenschicht kontinentaler Mentalität.

Carl Schmitt antwortet zwei Jahre später in einem Beitrag zur Festschrift, die Armin Mohler zu Jüngers 60. Geburtstag herausgibt. Darin setzt er Jüngers Polarität von Freiheit und Despotie die Dialektik von Land und Meer entgegen. England sei als erstes Land den »Schritt zu einer rein maritimen Existenz« gegangen und habe die Technik durch die industrielle Revolution entfesselt. Dieser Technik bemächtigte sich – Schmitt zitiert Toynbee – der kommunistische Osten, als nehme er einen »Splitter« auf, der sich von der westlichen Kultur abgelöst hat, um ihn ins Fleisch des Westens zu stecken. Den Marxismus nennt Schmitt »ein praktisches Mittel, einen Zustand industriell-technischer Wehrlosigkeit zu überwinden und eine alte Elite abzulösen, die sich dieser Aufgabe nicht gewachsen zeigte.«

Anders als im Aufsatz von 1952 macht Carl Schmitt 1955 nicht mehr Geschichtsphilosophie im Zentrum des Ostens aus, der Marxismus erscheint vielmehr als Mittel zu einem Zweck, der nicht im Kommunismus besteht. Bleibt Carl Schmitt weiter neutral im Hinblick auf die Blockkonfrontation? Offenbar nicht. Er scheint so weit zu gehen, die kommunistischen Führer im elementaren Konflikt zwischen Land und Meer auf der Landseite – seiner eigenen Seite – zu verorten. Gegenüber westlichem Pazifismus verteidigt Schmitt die kommunistischen Partisanen in der *Theorie des Partisanen* als tellurische, erdgebundene Hüter der Feindschaft.

Das ist der Höhepunkt seiner Entfremdung von der Konservativen Revolution, aber nicht der weiteste Punkt seiner Entfernung von Ernst Jünger. Anders als in der Frage des Weltstaats sind sich Jünger und Schmitt in der Frage nach dem Sinn des Gegensatzes von Osten und Westen im Kern einig: Es handelte sich um einen elementaren Kampf um die Herrschaft über die Welt.

Diesem Befund entspricht die Diagnose des heutigen Geisteszustands im ehemaligen Ostblock. Der Westen ist keineswegs »rechts« und der Osten keineswegs »links« aus dem Kalten Krieg hervorgegangen. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs entdeckte Rußland seine orthodoxe Tradition wieder, China knüpfte an konfuzianische Ordnungsmodelle an. Und die Visegrád-Staaten befinden sich nicht nur in einem geerdeten, gesünderen Zustand als Deutschland oder Frankreich, weil sie den Kommunismus innerlich niemals angenommen haben, sondern auch, weil sie über Jahrzehnte einer Schockfrostung unterzogen waren, die ihre Abwehrkräfte gegen multikulturelle Anfechtungen immunisierte.

Deshalb geht es nicht an, für die Fehlentwicklungen im Westen eine kommunistische Verschwörung zu bemühen. »Black Lives Matter« und Antidiskriminierung sind in der Tyrannei westlicher Werte angelegt, die mit der Umerziehung über uns gekommen ist. Wenn wir heute umstandslos dem Antikommunismus folgen, der schon gestern den Kern der ideologischen Auseinandersetzung verfehlte, drohen wir morgen den Anruf der Geschichte zu überhören. Der Feind heißt weder Kommunismus noch Liberalismus.

Der Weltbürgerkrieg hat nach Ende des Kalten Krieges an Gestalt verloren, aber an Intensität gewonnen. Zwischen unsichtbaren Fronten

»Der Osten insbesondere hat sich der Geschichtsphilosophie Hegels nicht anders bemächtigt, wie er sich der Atombombe und anderer Erzeugnisse der westlichen Intelligenz bemächtigt hat, um die Einheit der Welt im Sinne seiner Planungen zu verwirklichen.«

Carl Schmitt: »Die Einheit der Welt«.

tragen schwer greifbare Parteien einen namenlosen Krieg im Medium des Digitalen aus, mit Cyberangriffen, »geframten« Informationen und virtuellen Vernichtungsschlägen. Stärker noch als die Elemente Land und Meer bestimmt das Digitale die Konflikte. Wie die Drohung mit dem roten Knopf eine Frontlinie zwischen die Blöcke zog, so zieht die Betätigung des Löschknopfs durch die Social-Media-Giganten quer durch die Länder eine Linie zwischen Freund und Feind. Jeder Staat, der Twitter und Facebook nicht seinerseits sperrt, gibt seine Bürger dieser politischen Logik des Globalismus preis.

Weltpolitik ist mehr als je zuvor Weltinnenpolitik, aber noch nicht ganz. Außer einer Weltmacht und einer im Werden begriffenen Weltmacht gibt es zahlreiche Regionalmächte, die in ihren Vorhöfen und darüber hinaus Krieg führen. In Syrien konnten wir beobachten, wie sie abwechselnd miteinander und gegeneinander kämpften – eine Erinnerung an europäische Kabinettskriege. Und ein Vorgeschmack auf eine multipolare Weltordnung?

So weh es tut: Politische Denker von Rang hielten den Nationalstaat als maßgebliche Größe schon vor Jahrzehnten für überwunden. Der eine setzte seine Hoffnung in den Weltstaat, der andere in eine multipolare Ordnung der Großräume. An eine Welt der hundert souveränen Nationalstaaten, die sich gegenseitig den Krieg erklären können, glaubte weder Schmitt noch Jünger. Jetzt ist es auch für uns höchste Zeit, im europäischen Maßstab zu denken. Dazu gehört, daß die Parteien und Bewegungen der Gegenglobalisierung europaweit ihre Kräfte bündeln und koordinieren. Der Nationalismus hat sich als zu anfällig für Manipulation globaler Spieler erwiesen, er muß überwunden werden, wenn Europa zu einer dritten Kraft werden soll. Aber taugt Europa zum Großraum, ohne daß ein Kernstaat die Europäische Union mit seiner politischen Idee durchdringt?

Stehen sich die USA und China in einer Systemkonkurrenz gegenüber, die von Ideen geprägt ist? Tarun Chhabra von der Brookings Institution sagt Ja und faßt sie als Konkurrenz zwischen demokratischem und autoritärem Kapitalismus. Wo zwischen diesen Ideen bestehen für Europa Chancen auf eine Umkehr? Die Rechte muß sich in diese geschichtspolitischen Debatten einschalten. Sie muß die Theorien vom Ende der Geschichte und andere Theoreme, die für den Globalismus US-amerikanischer Prägung handlungsanleitend sind, mit asiatischen Theorien abwägen.

Was will China? Der chinesische Philosoph Zhao Tingyang hat »Tianxia« – wörtlich: alles unter dem Himmel – als Prinzip chinesischer Weltinnenpolitik vorgestellt. Den Beteuerungen des Autors zufolge bietet Tianxia Raum für die Kooperation verschiedener Kulturen, deren Verschiedenheit anerkannt wird. Das wäre ein Vorzug gegenüber der US-amerikanischen Hegemonie, die alle Welt in einen Schmelztiegel verwandelt. Wer soll im Tianxia die Welt beherrschen? Nach Zhaos Ausführungen ist das politische Zentrum nicht festgelegt, sondern wird durch Anerkennung oder Revolution bestimmt. Ist diese »Weltsouveränität« besser oder schlimmer als die Neue Weltordnung des Westens?

Widersprechen sich beide Visionen überhaupt, oder kann das System des Westens in das System des Ostens umschlagen? In seinen acht Vorhersagen für die Welt im Jahr 2030 phantasiert das Weltwirtschaftsforum im Corona-Fieber nicht nur von der Abschaffung des Privateigentums, sondern auch von einer multipolaren Welt. Schon wird China von Konservativen als Schreckbild einer globalen Klima- und Gesundheitsdiktatur mit umfassender Datenkontrolle an die Wand gemalt: die digitale als hydraulische Gesellschaft des 21. Jahrhunderts? Ein Witzvogel, wer Böses dabei denkt.

Wir dürfen Verschwörungstheorien, also ganz andere Erzählungen, nicht rundheraus zurückweisen, sondern müssen sie kritisch prüfen. In ihnen meldet sich eine lange unterdrückte gegenrevolutionäre Geschichtsphilosophie zu Wort. Statt den Lauf der Dinge in Gesetzmäßigkeiten des Fortschritts aufzulösen, stellt sie ihn personal und pessimistisch dar.

Hält die Geschichte ein Ende mit Schrecken bereit oder einen Schrecken ohne Ende? Im christlichen Geschichtsbild ist diese Frage immer schon beantwortet. Wir sind nur Arbeiter im Weinberg. Und der Terroir ist uns Lohn und Aufgabe, von der uns keine Terreur dieser Welt abbringen kann. ■

Literaturhinweise:

Tarun Chhabra: »The China challenge, democracy, and US grand strategy«, in: The Brookings Institution: *Policy Brief*. Washington, 15. Februar 2019;

Yoram Hazony: *Nationalismus als Tugend*, Graz 2020 (Original 2018);

Ernst Jünger: »Der Weltstaat. Organismus und Organisation«, in: Walter Bähr (Hrsg.): *Wo stehen wir heute?*, Gütersloh 1960, S. 163–180;

Ernst Jünger: *Der Gordische Knoten*, Frankfurt a.M. 1953;

Hanno Kesting: *Geschichtsphilosophie und Weltbürgerkrieg. Deutungen der Geschichte von der Französischen Revolution bis zum Ost-West-Konflikt*, Heidelberg 1959;

Carl Schmitt: »Die Einheit der Welt«, in: Günter Maschke (Hrsg.): *Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916–1969*. Berlin 1995, S. 496–512.

Carl Schmitt: »Die geschichtliche Struktur des Gegensatzes von Ost und West. Bemerkungen zu Ernst Jüngers Schrift: »Der Gordische Knoten«, in: *Staat, Großraum, Nomos*, S. 523–551;

Carl Schmitt: *Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen*, Berlin 1963;

Zhao Tingyang: *Alles unter dem Himmel. Vergangenheit und Zukunft der Weltordnung*, Berlin 2020 (Original 2005).

Sezession

Überblick 2021, 19. Jahrgang

Programm und Redaktion

Sezession ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

Sezession bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechs Mal im Jahr auf jeweils 72 Seiten – drei Mal thematisch gebunden, drei Mal in einem offenen Heft.

Sezession wird vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben und erscheint 2020 im achtzehnten Jahrgang.

Presse über uns

- ▶ eine »kluge Zeitschrift« (*Die Welt*)
- ▶ die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz« (*Tagesspiegel*)
- ▶ »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will« (*Junge Freiheit*)

Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

- ▶ 50 € im Normalbezug,
- ▶ 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- ▶ 75 € im Förderabonnement,
- ▶ 60 € für Auslands-Abonnenten.

Ihre Prämie 2021

Neuabonnenten erhalten als Prämie das Buch *Nationalmasochismus*, das Martin Lichtmesz herausgab.

Sezession

Rittergut Schnellroda

06268 Steigra



Heft 100 / Februar / 11 €
Thema: »Wo stehen wir?«
76 Seiten, Beiträge u. a.:
Autorenporträt
Francis Fukuyama
Martin Lichtmesz
100
Thomas Hoof
Wo stehen wir?
Dimitrios Kisoudis
Der Globalismus



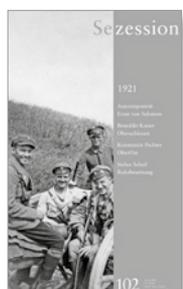
Heft 103 / August / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Autorenporträt
Hans Domizlaff
Erik Lehnert
Vor der Wahl
Nils Wegner
100 Jahre Feme
Caroline Sommerfeld
20 Jahre 9/11



Heft 101 / April / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Autorenporträt
Gerd-Klaus Kaltenbrunner
Jonas Schick
10 Jahre Fukushima
Wiggo Mann
Vor einem Jahr
Dirk Alt
Kulturschwellen



Heft 104 / Oktober / 11 €
Thema: »Zeitgeist«
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Autorenporträt
Herbert Gruhl
Ellen Kositzka
Black and White
Götz Kubitschek
In-Denker – ein Überblick
Dimitrios Kisoudis
Tendenzen 21



Heft 102 / Juni / 11 €
Thema: »1921«
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Autorenporträt
Ernst von Salomon
Benedikt Kaiser
Oberschlesien
Konstantin Fechter
OberOst
Stefan Scheil
Ruhrbesetzung



Heft 105 / Dezember / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Autorenporträt
Fjodor Dostojewski
Jonas Schick
Fastfood (50 Jahre McDonalds)
Benedikt Kaiser
Peronismus
Erik Lehnert
Nach der Wahl

Im Zugriff des Widersachers

von Caroline Sommerfeld

Carl Schmitts berühmter Satz, souverän sei, wer über den Ausnahmezustand bestimme, klang den Bewohnern der BRD immer heroisch-fremd in den Ohren, hatte den Geschmack überwundener Kriege und Totalitarismen. Die demokratische Wählerschaft empfand sich selbst als Souverän, definierte ihre eigene Zuständigkeit allerdings über Begriffe wie »Partizipation« und »Demokratie« statt über »den Ausnahmezustand«.

Das Jahr 2020 stellt *prima facie* einen Bruch dar. Es handelt sich, wie ich darlegen will, aber nicht um den Bruch mit Demokratie und Grundgesetz. An deren Realexistenz hat das BRD-Volk einige Jahrzehnte geglaubt. Mir ist im Lauf dieses Jahres immer wieder schmerzlich bewußt geworden, wie stark das Narrativ von »unserer Demokratie« und deren Verteidigung in *beiden* politischen Lagern wirkt: Die Adepten der Neuen Weltordnung verteidigen sie gegen »Verschwörungsextremisten, Reichsbürger und Querdenker«, und die so titulierte Opposition schwenkt hilflos das Grundgesetz oder trägt es symbolisch zu Grabe.

Wenn 2020 also bürgerliche Grundrechte (zuerst ging es um Versammlungsfreiheit: die »Coronademos«, dann um Meinungsfreiheit: das *Framing* kritischer Bürger als »Coronaleugner«, dann um die Reisefreiheit: Grenzschließungen innerhalb Europas, später Übertritt nur mit nachfolgender Quarantäne oder Test, dann um Redefreiheit: die Löschung »coronakritischer« YouTube-Kanäle und Netzpräsenzen, dann um das Gleichbehandlungsgesetz: Nichtgeimpfte dürfen diskriminiert werden, dann um körperliche Unversehrtheit: die »Coronaimpfung«) ausgesetzt wurden, dann kam diese Entwicklung nicht unerwartbar. Der »demokratische Widerstand« (es gibt sogar eine neue Partei, die sich entsprechend nennt) zehrt von einer Illusion, und er wird – in Abwandlung des Böckenförde-Diktums – auch noch geraume Zeit davon zehren können, nämlich genau so lange, wie ökonomische Sättigung und Propaganda »unsere Demokratie« als Fassade gewährleisten können.

Aus dem Geschehen hinter der Fassade hat der politische Journalist Paul Schreyer in seinem jüngst erschienenen Buch *Chronik einer angekündigten Krise* einen wichtigen Teil herauspräpariert. Mit diesem Buch läßt sich erklären, weshalb es sich bei dem, was derzeit umgesetzt wird, nicht um einen Bruch handelt, sondern um eine Kulmination.

Schreyer schildert, wie die »Pandemie«, die im Januar 2020 in China ausgebrochen sein soll, in sogenannten (erst rein militärischen, später gleichzeitig gesundheitspolitischen) Planspielen vorbereitet worden ist. »Vorbereitet« bedeutet hier präzise, daß natürlich jederzeit reale Pandemien ausbrechen können durch Krankheitserreger, zudem in Zeiten der ABC-Kriegsführung Biowaffen (besonders in den Händen nichtstaatlicher Kriegsparteien) eine ständige Bedrohung darstellen, so daß diese beiden Möglichkeiten es plausibel abstreitbar machen (*plausible deniability*), man plane eine solche Pandemie. Die prinzipielle Planbarkeit liefert

»Die Zeit ist reif für weitere Rebellion, für weitere Katastrophen, Sturz und Irrsinn. Den Braven: ›Kehrt zurück zu eurer Herde!‹ Und dem Rebellischen: ›Erschaff dich neu!‹«

Maximilian Woloschin:
Die Pfade Kains, 1923.

also, dies gilt es festzuhalten, keinen Beweis für die Geplantheit just dieser »Covid-19-Pandemie«. Krisenplanspiele eines verantwortungsbewußten Staates oder Auslotung manipulativer Möglichkeiten? Wer der Regierung nicht mehr viel glaubt, gerät in einen vagen Zwischenzustand und hält fast alles für plausibel.

Der »Kampf gegen die Viren«, so Schreyers Recherche, begann schon in den 1990er Jahren als »Kampf gegen den Bioterror«. Seither wurden in Planspielen immer wieder Pandemie-Szenarien geprobt, erst in den USA, später international abgestimmt, auch mit deutscher Beteiligung. Beteiligt waren stets hochrangige Behörden- und Regierungsvertreter sowie bekannte Journalisten, zuletzt, bei »Event 201« im Oktober 2019, auch Vorstandsmitglieder großer Weltkonzerne. In den »Drehbüchern«, so Paul Schreyer, tauchten schon vor 20 Jahren Passagen wie diese auf: »Der Anblick von bewaffneter Militärpräsenz in amerikanischen Städten provoziert Proteste gegen die Beschneidung der bürgerlichen Freiheiten



[...] Die Frage ist, wie und in welchem Maße wir diese Dinge durchsetzen. Wieviel Gewalt wendet man an, um die Menschen in ihren Häusern zu halten?« Im Falle einer Pandemie könnten »grundlegende Bürgerrechte wie das Versammlungsrecht oder die Reisefreiheit nicht länger für selbstverständlich« genommen werden. Freiheitsbeschränkungen, aber auch Massenimpfungen, waren regelmäßiger Bestandteil der Planspiele.

Paul Schreyers gedankliche Folie ist allerdings »unsere Demokratie«, herrührend aus einem sehr amerikanischen Grundverständnis von bürgerlicher Freiheit (»Erst das gemeinsame, alle Menschen umfassende Erkenntnisinteresse hält die Gesellschaft zusammen«), was seine einzelnen historischen Beobachtungen nicht schmälert. Ich fasse Schreyer zusammen: Die Maschine war seit langem schon einsatzbereit, 2020 wurde nur der Vorhang zurückgezogen.

Der Souverän ist unterderhand, ohne daß es die Öffentlichkeit bemerkt hat, nach oben gewandert: Nicht mehr die Nationalstaaten sind die *Global players*, sondern supranationale Organisationen, Privatfirmen, sogenannte philanthropische Stiftungen und die daraus rekrutierten Beraterstäbe der Regierungen. Sowohl die Verächter des Nationalstaats als auch seine Verteidiger streiten womöglich um einen toten Gaul. Der Souverän ist ein Geflecht aus Experten, Finanziers und in dieses Geflecht eingewobene, durch die Selektionsprinzipien der Macht emporgekommene Politiker. Die Planspiele sind bloß eine medial jederzeit einsehbare öffentliche Ausdrucksform dieser Neuen Weltordnung, ihr fiktionaler Charakter löst jegliche Verantwortung für etwaige Realisierung auf.

Protest gegen die Corona-Maßnahmen, München, Dezember 2020.

Ich warte an dieser Stelle mit zwei Desillusionierungszumutungen auf. Erstens: Es ist nicht innerhalb eines Jahres die Demokratie abgeschafft und die »Coronadiktatur« eingeführt worden – was die Hoffnung der unbeirrbaren Demokraten zunichte machen könnte. Genausowenig sind zweitens die Nationalstaaten erstarkt, weil sie plötzlich sehr wohl Grenzen schließen konnten, den Ausnahmezustand ausgerufen haben und ihn mit harter Hand verwalten – was die Hoffnung der unbeirrbaren Konservativen zunichte machen könnte.

Unter dem Titel »10 Strategien, die Gesellschaft zu manipulieren« findet sich eine ziemlich genaue Bauanleitung zu einem Gesellschaftsmodell, von dem ich im Sommer 2019 in einem Blogartikel auf *Sezession im Netz* annahm, daß es bereits verwirklicht ist (daraus wird zusätzlich erkennbar, daß die Zäsur des vergangenen Jahres keine abrupte ist). Das Manual geht auf eine Schrift zurück, deren Ursprung obskur ist. Sie soll 1986 in einem



Linksradikale Bekenntnisse zu den Maßnahmen der Regierung, Berlin, November 2020.

ausgemusterten Kopierer der US-Streitkräfte gefunden worden sein und wird seitdem in Truther-Kreisen unter dem Namen »Silent Weapons« im Internet als Handreichung für *Social engineering* gehandelt. Auch wenn der Inhalt älteren Weltherrschaftsanleitungen aus trüber Quelle gleicht, wirken die Aussagen für diejenigen, die nach einem Sinn im gegenwärtigen Geschehen suchen, wie der Schlüssel zum Schloß. Aber die Tür wird sich nicht öffnen. Hier gilt das Prinzip der rückwirkenden Prophezeiung: Sie ist gleichzeitig relativ (im Wust der geleakten, gestreuten, vergessenen und aufgetauchten Pläne findet sich immer ein gerade passender) und absolut (das Beschriebene wird heute tatsächlich Punkt für Punkt ausgeführt). Auch hier ist der Beobachter in einem Vexierbild gefangen.

1. **Von großen Problemen durch Nebenschauplätze und »Haltet den Dieb«-Manöver ablenken** – Das sind aktuell die Maskenzwang-Diskussion und die atemberaubende Gleichsetzung von Terrorismus, Rechtsextremismus und »Verschwörungstheorien«, in deren Schatten der *Great Reset* installiert wird.
2. **Probleme schaffen, deren Lösung man dann selber anbietet** – Das ist die »Plandemie«, die unverzüglich weltumspannende Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung einfordert, oder auch die »Corona-Finanzhilfen« für Lockdown-Pleiten aus dem Staatsbudget, das seinerseits u. a. durch ewige Anleihen bei der Weltbank aufrechterhalten wird.

3. **Stückelung der durchzusetzenden Maßnahmen in Scheibchen, die alle nach und nach geschluckt werden** – Das ist die Steigerung Maske – Test – Impfung. Hinzu kommt das expertokratische »An-diskutieren« möglicher, zuerst vehement ausgeschlossener, dann wie selbstverständlich umgesetzter Maßnahmen nach der Devise: »Niemand hat die Absicht ...«.
4. **»Opfer bringen für das höhere Ziel« schweißt die Geopferten zusammen und macht sie gefügig** – Das ist das »One world together at home«, die Weltvolksgemeinschaft im Kampf gegen den unsichtbaren Feind, gegen den, eben weil er nicht menschlich ist, wenn man Carl Schmitt weiterdenkt, ein »Krieg bis zur äußersten Unmenschlichkeit getrieben werden« kann.
5. **Infantilisierung der Sprache vernebelt Zusammenhänge und gibt griffige Formeln fürs Volk aus** – Das sind der »Babyelefant«, »deine Alltagsmaske« und der neue deutsche Gruß »Bleiben Sie gesund!«; das Sprachregime befließigt sich aber auch tiefergehender Metaphorik, z. B. die Grundrechte in »Sonderrechte für Geimpfte« umzubenennen oder die »neue Normalität« als vollendete Tatsache zu kommunizieren.
6. **Emotionalisierung der Politik biegt diese aufs Subjektiv-Persönliche zurück** – Das Argument: »Sonst sterben Menschen!« dient als Passepartout-Holzhammer und führt zu einer Eskalation der Gewalt-rhetorik (»Ich wünsche Ihnen, daß Sie ohne Beatmung elend krepieren!«) und der schwarzen Pädagogik (»Du willst doch, daß Oma Weihnachten noch lebt?«).
7. **Unbildung durch systematische Nivellierung des Bildungssystems** – Autoritätshörigkeit gegenüber der Wissenschaft bei gleichzeitiger Ausschaltung der »Irrtumswahrscheinlichkeit« (Peter Strohschneider); das Narrativ der »Infodemie« schaltet Kritik aus zugunsten »verlässlicher Quellen« aus derselben ideologisierten Wissenschaft. Die Virus-Metapher läßt unter der Wahrnehmungsschwelle Medien- und Medizinsystem miteinander verschmelzen.
8. **Verblödung: Man befeue das Volk, seine eigene Primitivisierung, Barbarisierung und Proletarisierung »geil« zu finden** – Die Helden des »Coronawinters 2020« sind – so trug es eine geniale Propagandakampagne der Bundesregierung in jedes Wohnzimmer – die Normalameisen, die auf dem Sofa gammeln, schnelles Futter angeliefert bekommen, ihrem Sexualtrieb frönen und zur Abwechslung Netflix-Serien schauen. Also: nach innen Faulheit, Konsumabhängigkeit und Mediensucht, nach außen Herdenverhalten und Aggressivität gegenüber den neuen Sündenböcken – das ist als neue Gemeinschaftsmoral besonders den entsprechend vorideologisierten Generationen leicht vermittelbar.
9. **Schuldskult: Wer den Leuten einreden kann, an irgend etwas schuld zu sein, macht sie erpreßbar** – Schon Kinder lernen, sich selbst als gefährliche Seuchenüberträger zu sehen; das Verhalten der Normabweichler dient als Rechtfertigung für immer härtere Maßnahmen. Die Kombination: »Die Politiker sind dafür, daß alle Leute immer Maske tragen, weil sie wollen, daß wir Kinder weiter zur Schule gehen dürfen, und nicht wegen der Blöden ohne Masken zu Hause bleiben müssen.«
10. **Gläserne Menschen: über den einzelnen mehr zu wissen, als er selber weiß, und ihm dies subtil zu verstehen zu geben** – Soziale Kontrolle mit Hilfe von Kontaktverfolgung, Gesichtserkennung, Gesundheitsdatenspeicherung, E-Impfpaß etc. wird als neue Selbstverständlichkeit kommuniziert. Der wesentliche Mechanismus ist dabei, daß man zu Wohlverhalten nicht offen gezwungen wird, sondern sich selbst zwingt, weil man Angst vor den Folgen hat, oder umgekehrt für Wohlverhalten belohnt werden möchte.

»Die Flutwelle an falschen und irreführenden Inhalten über das Coronavirus ist kein isolierter Ausbruch von Desinformation, sondern Teil eines globalen Problems. [...] Diese Lügen sind von Bedeutung, weil sie [...] die Menschen von Impfungen [...] abbringen wollen. Deswegen rufen wir heute die Technologieunternehmen dazu auf, sofort und systematisch aktiv zu werden, und die Flut an medizinischen Fehlinformationen sowie die dadurch ausgelöste Gesundheitskrise zu stoppen.«

Aus einem im Mai 2020 veröffentlichten offenen Brief zahlreicher Ärzte, darunter Christian Drosten, zitiert nach Schreyer 2020, der seinerseits zitiert: avaaz.org: »Ärzte schlagen Alarm wegen Infodemie auf Social Media«.

Ausweglosigkeit haben wir uns immer anders vorgestellt: verlorene Posten, Verteidigung, Selbstversorgung, Zurückgeworfensein auf die eigenen physischen und geistigen Bestände, auf Disziplin und Maß. Im Grunde genommen sind dies die Siebensachen der Konservativen Revolution.

Der Souverän bestimmte den Ausnahmezustand nun anders, und unsere daraus resultierende Ausweglosigkeit ist eine andere. Wir befinden uns mitten im Manipulations- und Planspiel, und dieses wird auch

lange noch nicht an sein Ende kommen. Andere Siebensachen werden nötig sein.

Rudolf Steiner beschreibt in einigen Vorträgen des Jahres 1919, an welchen Stellen der heutige Mensch dafür empfänglich ist, sich Manipulationen hinzugeben und sich bereitwillig verplanen zu lassen, sowohl von konkreten Mitmenschen als auch von übergeordneten Prinzipien.

Eine Zugriffsstelle der Widersacherkräfte ist die schier grenzenlose Autoritätshörigkeit in Form der Wissenschaftsgläubigkeit. Es ist ebendeshalb überhaupt erst möglich geworden, fast die gesamte heutige Menschheit in das »Pandemie«-Szenario zu verwickeln, weil die materialistische Wissenschaft unumstößliche religiöse Autorität erlangt hat. Ganz ähnlich wie bei der Verteidigung der Demokratie, die sowohl von den Eliten als auch von ihren Gegnern vorgebracht wird, verhält es sich mit der Wissenschaft: Der Ausdruck »evidenz-« oder »faktenbasiert« wird exzessiv ins Feld geführt, und zwar, ohne daß die jeweilige Gegenseite sich davon beirren ließe.

Die zweite offenliegende Zugriffsstelle für den ahrimanischen Gegeiste ist die Spaltung der Gesellschaft. *Divide et impera* ist sein uraltes Herrschaftsprinzip. Was wir 2017 in *Mit Linken leben* als Riß zwischen Vertrauen und Mißtrauen in die Massenmedien, zwischen Identitären und Globalisten, zwischen Realisten und Utopisten beobachtet hatten, war bereits eine krasse Polarisierung. Dieser Riß ist noch vertieft worden durch das politische Großnarrativ »Corona«. Eine gespaltene Gesellschaft läßt sich trefflich regieren und unbemerkt umgestalten, während sie sich in Lagerkämpfen zerreibt, die Feindmarkierung wirkt stabilisierend.

Die dritte Zugriffsstelle ist metaphysischer Natur. Solange die Beschreibung des Status quo auf den Ebenen der Wissenschaft und der Politik liegenbleibt und »Religion« als moralisch-psychologischer Kitt für die Risse verwendet wird (»Die Krise hat uns alle achtsamer gemacht, es gibt eine neue Solidarität«, heißt es fürs Volk, die Eliten schlagen aus der menschlichen Verletzlichkeit unter dem Schlagwort *Vulnerability* perverse Profite), sind die Leute leichte Beute des unsichtbaren Bösen.

Was hilft dagegen?

Im Denken: Zuvörderst der unablässige Versuch, mit weit aufgesperrten Augen die Zeitläufte zu beobachten, keiner ungeprüften Vorstellung Einlaß in das eigene Bewußtsein zu gewähren. Die medialen Meldungen auch insoweit zu überdenken, wie sie in einem selbst Antipathie und Sympathie erzeugen, also den Bestätigungsfehler bei der Rezeption der eigenen Lieblings-»Verschwörungstheorien« mitzureflektieren. Dazu gehört, eigene alte Illusionen und Notnägeln des Denkens loszuwerden, aber nicht vorschnell etwa »die Wissenschaft« oder »die Demokratie« zu verwerfen. Diese wären als regulative Ideen im Kantschen Sinne zu verstehen.

Im Fühlen: Hier sind Sympathie und Antipathie eigentlich beheimatet. Interessant zu beobachten war im Sommer 2020 die Einschätzung vieler Rechter gegenüber den »Querdenkern«. Massenbegeisterung steckt an und schreckt ab: Diese Mechanismen gilt es, auf sich wirken zu lassen, indem man etwa vor Ort die Emotionen aufsucht und sich dabei nicht anstecken läßt. (Das ist fast wie eine Meditationsübung.) Die Lagerspaltung immer wieder zu unterlaufen und zu probieren, noch mit den vernageltsten »Zeugen Coronas« oder den verängstigtsten Impfgegnern ohne Polemik ins Gespräch zu kommen, schult die eigene Menschenkenntnis. Wer sich in dieser sozialen Praxis übt, verstellt dem Teile-und-herrsche-Prinzip den Weg.

Im Wollen: Die göttliche Tugend der Hoffnung wird derzeit besonders hart auf die Probe gestellt. Das Spiel gaukelt ständig sein eigenes Ende vor (»Erst mit der Impfung ist die Krise vorbei«), doch einmal installierte Machtmechanismen haben die Tendenz, nicht mehr zu verschwinden. Die Devise sollte lauten: die Lage als Wirklichkeit annehmen und nicht utopisch wegflitzen in die Zeit »nach Corona« oder, invers-utopisch, in die Zeit davor, »als alles noch heile war«. Die Hoffnung richte sich also nicht auf Loswerden des Unglücks, sondern auf seine heilsame Wirkung: am Unglück erst zu bemerken, daß der Mensch auf Gnade angewiesen ist. Die Hoffnung auf Erlösung nicht mehr politisch zu denken, sondern auf Gott hinweisend, würde die dritte offene Zugriffsstelle des Bösen zu verschließen helfen. ■

»Wir sehen, wie gestrebt wird aus einer gewissen medizinischen Dogmatik heraus nach einer Erhöhung der Macht des Ärztstandes. Und das ist das Wesentliche des jesuitischen Strebens auch auf verschiedenen anderen Gebieten. Dies wird immer stärker und stärker werden. Die Menschen werden immer mehr und mehr eingeschnürt werden in das, was die Autorität über sie verhängt.«

Rudolf Steiner, GA 168.

Literaturhinweise:

Carl Schmitt: *Der Begriff des Politischen*, Hamburg 1933;

Paul Schreyer: *Chronik einer angekündigten Krise. Wie ein Virus die Welt verändern konnte*, Frankfurt a.M. 2020;

Rudolf Steiner: *Der innere Aspekt des sozialen Rätsels. Luziferische Vergangenheit und ahrimanische Zukunft*. Band GA 193, Dornach 1907;

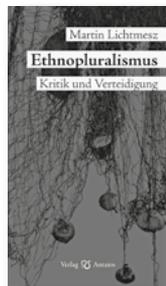
<http://alchimie.over-blog.com/article-0-58212003.html>;

Simone Weil: *Schwerkraft und Gnade* (1947), München 1952.

Theoriereihe bei Antaios



Benedikt Kaiser
Solidarischer Patriotismus
Die soziale Frage von rechts
296 S., *brosch.*, 18 €



Martin Lichtmesz
Ethnopluralismus
Kritik und Verteidigung
320 S., *brosch.*, 18 €



Karlheinz Weißmann
Nation
Eine Begründung
232 S., *brosch.*, 18 €



Frank Lissou
Die Verachtung des Eigenen
Über den kulturellen Selbsthaß in Europa
296 S., *brosch.*, 18 €



Caroline Sommerfeld
Wir erziehen
Zehn Grundsätze
328 S., *brosch.*, 18 €



Martin Lichtmesz
Caroline Sommerfeld
Mit Linken leben
328 S., *brosch.*, 18 €



Manfred Kleine-Hartlage
Die liberale Gesellschaft und ihr Ende
Über den Selbstmord eines Systems
296 S., *brosch.*, 18 €



Erik Lehnert
Wiggo Mann
Das andere Deutschland
Neun Typen
152 S., *brosch.*, 16 €

Die Theoriereihe bei Antaios ist der große Bruder der *reihe kaplaken*: dort die knappen Essays, hier die gründlichen Analysen und Konzepte. Die Reihe wird fortgesetzt!

Verlag  Antaios

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel.: (034632) 90 43 96 · Fax: (034632) 90 43 97 · e-Post: vertrieb@antaios.de
www.antaios.de

Ohnmacht und Phantasie

von Dirk Alt

Folgt man einer im oppositionellen Milieu gängigen Argumentation, so gilt die Abgrenzung vom Eliminatorischen als eines der Hauptkriterien zur Unterscheidung der Neuen Rechten vom Nationalsozialismus. Daß die gleichgeschaltete Öffentlichkeit dieser Unterscheidung nicht folgt, sondern das Eliminatorische vielmehr zum Wesenskern der gesamten Rechten erklärt, bedarf an dieser Stelle ebensowenig näherer Ausführungen wie die Tatsache, daß sich Vertreter der Systemmedien die Hände reiben, wenn es ihnen gelingt, Aussagen zu erbeuten, mit denen sich das gewünschte Bild zementieren läßt. Im September vergangenen Jahres lieferte ihnen Christian Lüth, wenige Monate zuvor noch Leiter der Pressestelle der AfD-Bundestagsfraktion, unfreiwillig Material, als er gegenüber einer mit dem Fernsehen konspirierenden Ex-IB-Sympathisantin ausführte, wie fürderhin mit den in Deutschland befindlichen Migrant*innen verfahren werden könne, nachdem – dies implizit – eine politische Wende vollzogen sei. »Wir können die nachher immer noch alle erschießen. Das ist überhaupt kein Thema. Oder vergasen, oder wie du willst. Mir egal!« (Zitiert nach der ProSieben-Produktion *Rechts. Deutsch. Radikal*, ausgestrahlt am 28. September 2020, in der Lüths Identität noch im dunkeln blieb.)

Die Aussage ist exemplarisch für eliminatorische rechte Rhetorik im Sinne des »Man sollte«, des »Man müßte« oder des »Wenn es soweit ist, werden wir«. Nun ist die eliminatorische Rhetorik bekanntlich kein rechtes Phänomen, sondern wuchert dank guter Düngung um so üppiger auf der Gegenseite. Dennoch wäre es unredlich, vorzugeben, man kennte keine Personen, die sich im nichtöffentlichen Raum der Lüthschen Formulierungen bedienen. Natürlich kennt man sie; nennen wir sie der Einfachheit halber »die Eliminatorischen«, auch wenn Leute unter ihnen sind, die keiner Fliege etwas zuleide tun. In jedem Fall wäre es ein Irrtum, anzunehmen, es seien die besonders Dogmatischen, die weltanschaulich Militanten oder die der NS-Affinität Verdächtigen, die sich auf diesem Gebiet hervortun. Statt dessen kann man erleben, wie Personen, die derlei Aussagen tätigen, bereits im nächsten Atemzug die Hoffnung äußern, »der Merz« werde bald »die Merkel« ablösen, damit die CDU wieder wählbar werde, sei doch die AfD »wegen dem Höcke« indiskutabel. Diese Beobachtung bestätigt und widerlegt das mediale Stereotyp gleichermaßen: Einerseits ist die Lüthsche Vernichtungsphantasie tatsächlich sehr viel weiter verbreitet, als die Wortführer sowohl der parlamentarischen als auch der aktivistischen Rechten gerne eingestehen; andererseits geht dies aber offenbar keineswegs zwingend mit praktischen Handlungsabsichten oder einer entsprechenden ideologischen Aufrüstung einher. »Verbalradikalismus« ist, um einem Diktum von Heiko Maas vom Februar 2016 zu widersprechen, eben *nicht* »immer auch die Vorstufe zu körperlicher Gewalt«. Deshalb soll an dieser Stelle auch nur von eliminatorischer

»Leider findet sich auch auf der Rechten eine Menge destruktiver und dummer Gestalten, von denen manche sämtlichen Klischees der Linken entsprechen [...]. Hier wären auch die zur Diplomatie unfähigen Polterbären zu erwähnen, die ihre Zunge und ihre Wortwahl nicht unter Kontrolle haben, und damit, mit oder ohne Absicht, das Geschäft unserer Gegner verrichten. Analog zu den Ressentimentlinken gibt es auch Ressentimentrechte (wobei das linke Narrativ behauptet, dies wäre die einzige Art von Rechten), die mindestens so giftig sind und deren Umgang man ebenfalls vermeiden sollte.«

Martin Lichtmesz, Caroline Sommerfeld: *Mit Linken leben*, Schnellroda 2017, S. 304–305.

Rhetorik die Rede sein, und höchstens am Rande von den Taten, die mit ihr in einen kausalen Zusammenhang gestellt werden.

Tatsächlich scheinen die Eliminatorischen im Regelfall nicht davon auszugehen, daß ihre Aussagen praktische Folgen haben werden, wenigstens keine in dem von ihnen angeregten Sinne. Was aber bewegt sie dann dazu, diese Aussagen zu tätigen? Vier mögliche Gründe kommen in Betracht, von denen der erste und der dritte sowie der zweite und der dritte oftmals miteinander zu tun haben dürften:

1. **Maulheldentum.** Dies setzt ein Milieu voraus, das bereits eine gewalttätige Rhetorik kultiviert hat, so daß derjenige, der sich ihrer bedient, auf Zustimmung rechnen kann. Die Gefährlichkeit von Maulhelden hängt grundsätzlich von der Dynamik ebenjenes Milieus ab, das sich im heutigen Deutschland jedoch auf Kleinstgruppen und abgeschottete Zirkel beschränkt. Daß solche Zirkel auch Psychopathen anziehen, ist zumindest wahrscheinlich; ebenso wahrscheinlich ist jedoch, daß diese sich in kurzer Frist von dem nur kaschierten Mangel an Tatbereitschaft abgestoßen fühlen.
2. **Provokation.** Die kollektive Vernichtung einer Volksgruppe zu wünschen ist bekanntlich das größte dem autochthonen Deutschen auferlegte Tabu und das maximale Meinungsverbrechen, insbesondere dann, wenn es mit einer Adaption jener Tötungsmethode einhergeht, die mit der NS-Vernichtungspraxis synonym geworden ist. Daß hiervon seit jeher ein Reiz ausgeht, dem sich unruhige, verächtliche, meist jugendliche Geister nicht entziehen können, ist leicht nachzuvollziehen. Sie benötigen ein Umfeld, das sich darüber noch entsetzen kann, mithin dem des Maulhelden konträr sein muß.
3. **Ohnmacht.** Unter dem Eindruck dieses Gefühls, das beträchtliche Teile der systemkritischen Bevölkerung erfaßt hat, ist man leicht verleitet, zu rhetorischen Mitteln zu greifen, die kompensatorischen Zwecken dienen und einem wenigstens kurzzeitige Erleichterung versprechen. Das bezeichnet man gemeinhin als Schimpfen; die eliminatorische Rhetorik ist in diesem Falle eine Sonderform des Schimpfens mit ausgeprägtem Drohcharakter. Diejenigen, die diesem Drang nachgeben, sind in der Situation eines Schuljungen, der von mehreren älteren in den Staub des Pausenhofes gedrückt wird und, dadurch aufs äußerste gedemütigt, seine Peiniger mit den schrecklichsten Drohungen für den Fall bedenkt, daß er wieder auf die Beine kommt.
4. **Planmäßige Diskreditierung.** Je öffentlichkeitswirksamer eliminatorische Rhetorik gebraucht wird, insbesondere von anonymen Gestalten, die sich am Rande oppositioneller Kundgebungen und vor den Kameras der Systemmedien äußern, desto näher liegt natürlich der Verdacht, daß es sich bei ihnen um eingeschleuste Störer und Agenten handelt.

Unter den genannten Motiven ist die Ohnmacht eindeutig das hauptsächliche; dies sollte begriffen werden, damit ein angemessener Umgang mit eliminatorischen Äußerungen gefunden werden kann. Für ihre Beurteilung dürfte wesentlich sein, daß in ihnen nicht eine Gewalt-, sondern eine Machtphantasie zum Ausdruck kommt: die Vorstellung, mit großer Wirkung einen Schalter umzulegen, der die Bedrohung in Luft auflöst. Daher steht auch nicht der Vollzug der Tat, sondern deren angestrebte Wirkung im Vordergrund. Plastisch formuliert: Wer vom Eliminieren spricht, der phantasiert nicht vom Genickschuß am Grubenrand oder vom Verriegeln der Gaskammer. An solchen Handgriffen delectieren sich die Psychopathen; die Eliminatorischen jedoch sind weder sadistische noch übermäßig morbide Naturen. Für den absoluten Großteil von ihnen ist »das Vergessen« ebenso wie »das Erschießen« eine quasimagische Chiffre; sie beruht auf dem Wunschdenken, man könne jedes Problem in den Griff bekommen, wenn die Schritte, die man ergreife, nur drastisch genug seien.

Auf die Umsetzung dieser Schritte, die Frage der Machbarkeit, verwenden die Eliminatorischen zumeist keine Gedanken. Wer schimpft, äußert viele Dinge, die er bereits in dem Moment, in dem er sie ausspricht, nicht in die Tat umzusetzen gedenkt. Stehende Wendungen wie »Ich könnte ihn/sie erschlagen/erwürgen« legen davon Zeugnis ab. So erklärt

»Woher kommt diese blinde Wut, die überhaupt keinen Respekt vor anderen Menschen mehr kennt? Die Gewalt rechtfertigt, Opfer von Anschlägen verhöhnt, und bei der über das Leid der Angehörigen gespottet wird?«

Wolfgang Schäuble: Ansprache zur Eröffnung der »No Hate«-Konferenz, 14. Oktober 2019.

sich auch, daß das Phantasma der Ohnmächtigen meist nicht einmal von denjenigen ernst genommen wird, die es beschwören. Tatsächlich sind die Eliminatorischen in der Regel einverstanden damit, daß ihr Umfeld über ihre Äußerungen mit den gleichen Reaktionen hinweggeht, die auch einem besonders deftigen Fluch gelten, nämlich mit pikiertem, nachsichtigem oder zustimmendem Schweigen; dann kann das Gespräch fortgesetzt werden, als wäre das eliminatorische Wort nie gefallen, an das man auch später ungern erinnert wird. Es ist durchaus glaubwürdig, daß Christian Lüth die eigene Wortwahl im Rückblick als »aufgeheizt, ironisch und übersteigert« empfindet, wie er in einer medial verbreiteten Stellungnahme beteuerte. Auch fällt es nicht schwer, sich in ihn hineinzusetzen, nachzuempfinden, wie er gegenüber seiner attraktiven Gesprächspartnerin eine breite Brust zur Schau stellen und über die eigene Ohnmacht hinwegtäuschen wollte – darüber, daß er in Wahrheit nicht die leiseste Ahnung hat, wie die immer bedrohlichere Umrisse annehmenden Konflikte gelöst oder entschärft werden können. Bei umgekehrter Rollenverteilung tritt übrigens ein Sonderfall ein, der hier nur gestreift werden soll, jedoch der näheren Beschäftigung wert wäre. Auch wenn die Funktion im wesentlichen die gleiche bleibt, unterliegt der eliminatorischen Rhetorik dann ein Vorwurf an den männlichen Zuhörer, dem wenig mehr übrigbleiben wird, als beschämt zu schweigen.



»Nicht reden!« – Bedeutung des Schweigens für die Rote wie die amerikanische Armee im letzten Jahrhundert.

Daß sich *eigentlich* kultivierte, *eigentlich* friedfertige Menschen eliminatorisch äußern, ist, wenngleich erklärlich, ein Warnsignal, das nicht bagatellisiert werden darf: Es ist symptomatisch für jenes Stadium des Vor-Bürgerkriegs, in dem sich die Lager unwiderruflich voneinander abgrenzen. Dabei haben diejenigen, denen die Drohung gilt, das gleiche Recht, darüber alarmiert und entrüstet zu sein, wie wir, wenn, was oft genug der Fall ist, unsere Vernichtung gefordert wird. Man kann zu den Aussagen der Eliminatorischen daher sittlich-moralisch stehen, wie man will, man kann sie als charakterschwach, als anstands- oder disziplinos geißeln – aber man schafft sie damit nicht aus der Welt; man verlangsamt nicht einmal ihre der eskalierenden gesamtgesellschaftlichen Entwicklung folgende Verbreitung. Aufrechter und vorausschauender wäre daher ein entkrampfter Umgang mit ihnen, der den Skandalisierungsstrategien des politisch-medialen Komplexes den Boden entzieht. Die Feindschaft liegt ja offen zutage; von ihr zu sprechen heißt nicht, sie zu mehrern, insbesondere dann nicht, wenn man ihre Ursachen verortet und sich dabei einer sachlichen Sprache bedient.

Richtig gekontert, fällt die von Systemvertretern oft gestellte, besonders scheinheilige Frage, woher der Haß oder die Wut bloß kämen, auf diese zurück. Denn es ist ja *ihr* System, das ebenjene ursächliche Ohnmacht erzeugt; *ihr* System, das durch ständig erhöhten ethnokulturellen Verdrängungsdruck, durch Repressionen und Meinungsgesetzgebung,

durch Aushebelung des Rechtsstaates, durch Gleichschaltung und ideologische Durchdringung sämtlicher Lebensbereiche die potentiellen und tatsächlichen Widersacher – das heißt: Nonkonformisten und Oppositionelle, Skeptiker und Zweifler – in die Rolle eines unfreiwilligen Zuschauers drängt, der der Zerstörung seiner Zukunft und seiner Kultur beiwohnen muß, während das System gleichzeitig die Kohorten und Vollstrecker des gesellschaftlichen Umbaus unter seinen Schutz stellt, ja ihnen besondere Pflege angedeihen läßt. Wenn aber das System für die Entstehung und die Verbreitung der Ohnmacht verantwortlich ist, so muß es auch verantwortlich sein für die Folgen, die daraus erwachsen.

Die Geschichte der organisierten Gegenwehr wird zwingend aus der Opferperspektive erzählt. Die Linken haben dies stets meisterlich verstanden – und ihre Verbrechen im Namen der Geknechteten und Unterdrückten aller Herren Länder, als deren selbsternannte Wohltäter und Erlöser begangen. Während die Zigmillionen von ihnen Hingemordeten in der öffentlichen Wahrnehmung effektiv unsichtbar gemacht wurden, sind die Toten, die man der Rechten zur Last legt, omnipräsent – mit der Folge, daß, wie Konstantin Fechter ausführte, die bundesrepublikanische Öffentlichkeit Gewalt ohne Bezug zum Nationalsozialismus nicht mehr thematisieren könne, geschweige denn überhaupt als Gewalt erkenne.

Diese Feststellung unterstreicht die entscheidende Bedeutung, die der Popularisierung gegenläufiger Narrative zukommt. Unnötig zu sagen, daß diese gesetzmäßig, unzweideutig und jedem verständlich sein müssen. Eines könnte folgendermaßen lauten: Wenn die von den Eliten planmäßig betriebene Ersetzungsmigration unsere Lebensgrundlagen zerstört, so muß jede gegen diesen Prozeß und die dafür Verantwortlichen gerichtete Äußerung oder Aktion, wenn schon nicht ihrer Methode, so doch ihrer Intention nach berechtigt sein; auch eliminatorische Äußerungen müssen daher als Akte der Gegenwehr, die Eliminatorischen selbst als Opfer des Systems gelten.

Manchen dürfte diese Argumentation unangenehm an jene mindestens stillschweigende Solidarität erinnern, die der linke Extremismus in seinem Milieu genießt; sie mögen sich aber auch daran erinnern, daß die Robustheit und die Ausdehnung dieses Milieus eben darauf basieren, daß hier, bei programmatischen Zwistigkeiten und auseinanderstrebender Wahl der Mittel, über wesentliche Ziele und insbesondere über Feindbilder eine sehr weit gehende Einigkeit herrscht. Man halte es daher ebenso und distanzieren sich bei Bedarf höchstens von den Mitteln oder vom Tonfall, niemals jedoch unter Verwendung jener Begriffsschablonen wie Extremismus, Rassismus, Menschenfeindlichkeit, Verschwörungstheorien usw., die die Deutungsmacht des politisch-medialen Komplexes bekräftigen. Man übe Kritik an der Methode, wo diese – wie das Vergessen, Erschießen – unzuweckdienlich ist, schädliche Illusionen schürt oder auf falschen Voraussetzungen beruht, belaste sich aber ansonsten keinesfalls weiter mit den Auswüchsen jenes Hasses/jener Wut, die das System erzeugen und die allein dem Konto dessen verheerender Politik zugeschlagen werden müssen. Nicht nur im Umgang mit eliminatorischer Rhetorik, sondern auch mit Verzweiflungstaten wie der des Stephan Ernst, von deren Art weitere zu erwarten sind, wird diese Strategie gute Dienste leisten.

Soweit der Umgang mit den Eliminatorischen nach außen; nach innen sollte eine Disziplinierung über die Einsicht erreicht werden, daß Drohungen, hinter denen keine Macht steht, wertlos sind und auf denjenigen, der sie ausspricht, zurückfallen. Auch sollte unmißverständlich klargemacht werden, daß, wer für die Massenvernichtung die Trommel rührt, nicht nur die eigene Seele vergiftet, sondern auch mit unserer Volksseele bricht, die zwar bereit war (und ist?), für eine Sache bis zum Letzten zu streiten – aber nicht gegen Frauen und Kinder, nicht gegen Alte und Schutzwürdige. Wichtig bleibt indes, die Ohnmächtigen nicht zu pathologisieren, sondern die Berechtigung ihrer Gefühle anzuerkennen, gleichzeitig aber darauf hinzuwirken, daß sie für ihren Groll andere, sinnvolle Ventile suchen. Ohnmacht ist nichts Ehrenrühriges, zumindest dann nicht, wenn man nach ihrer Überwindung strebt. Der Schuljunge, der in den Staub gedrückt wurde, muß Methoden erlernen, sich seiner Peiniger zu erwehren. Er muß Allianzen mit seinesgleichen schmieden, sich für die nächste große Pause, die entscheidende Auseinandersetzung rüsten – und vor allem muß er Disziplin, muß er zu schweigen lernen. ■

»Die nationalsozialistische Diktatur stellt für die Berliner Republik den Urzustand der Gewalt dar, eine Mythologie des Bösen. [...] Die bundesrepublikanische Öffentlichkeit kann Gewalt ohne diesen Bezug nicht mehr thematisieren. Das bedeutet einerseits, daß sie jede Form von Gewalt, die sie erkennt, in einen Zusammenhang mit dessen Mythologemen, also Rassismus, Chauvinismus und Nationalismus, stellt, andererseits aber auch, daß sie alle Gewaltformen, die nicht in dieses Denkmuster passen, aussondert und nicht wahrnimmt. Insofern ist der Nationalsozialismus alle Gewalt und alle Gewalt nationalsozialistisch oder ein Destillat seiner Mythologeme.«

Konstantin Fechter: *Bürgerkrieg und Sündenbock. Eine Deutung*, (= *reihe kaplaken* 64) Schnellroda 2019, S. 59–60.

»Der linke Journalist, der Gewerkschafter und der Kommunist haben eine gemeinsame Ideologie: den Marxismus. Ihre Doktrin ist mithin dieselbe, ihre Sicht der Welt ähnlich. Die Worte, die sie verwenden, verstehen sie untereinander. Sie gehören zur selben Familie. Obgleich ihre jeweilige Art zu kämpfen völlig unterschiedlich ist, tragen sie alle zum Erfolg ihrer Ideologie bei.«

Dominique Venner: *Für eine positive Kritik* (1962), Dresden 2017, S. 37.

Die Kunst der Krisenklugheit

von Till Kinzel

In einer unheilen Welt, in der das Leben sich als täglicher Kampf gegen die Boshaftigkeit und den Irrsinn erweist, bedarf jeder Versuch der Selbstbehauptung kluger Maßregeln. Im 17. Jahrhundert, in dem vieles drunter und drüber ging, entwickelte der spanische Jesuit Baltasar Gracián als Reaktion auf die Krisen der Zeit seine Lehre der Desillusionierung. Schein und Sein galt es zu scheiden, und nirgends wird das Spektakel einer vom Schein beherrschten Welt eindrucksvoller in Szene gesetzt als in Graciáns Roman *Der Kritikon (El Criticón)*, später dann Namensgeber einer legendären Zeitschrift. Als Quintessenz seiner Überlebensmaximen wurden Graciáns Weisheiten in einem Buch mit dem seltsamen Titel *Handorakel und Kunst der Weltklugheit* zusammengefaßt: Es ist das Lehrbuch einer skeptischen Anthropologie für diejenigen, die »nicht zu einem Ungeheuer von Narrheit« werden wollen (Sentenz Nr. 168).

Es gehört zu den unausrottbaren anthropologischen Gegebenheiten, daß die Menschen sich in der Hoffnung einrichten. Sie hoffen, daß die seit Jahren im Krisenmodus operierende Politik sich ändern wird. Sie hoffen, daß endlich wieder eine bodenständige Gruppe von Politikern aufkommen möge, die ohne ideologische Scheuklappen sich an tatsächlich bestehenden Problemen abarbeiten, statt symbolpolitische Schwerpunkte zu setzen und mit lustvollem Eifer an der Verschärfung bestehender und der Schaffung neuer Probleme zu arbeiten. Sie hoffen aber auch, daß die sachlich erforderlichen Nejustierungen der politischen Lage ohne eine Fortsetzung jener inneren Feinderklärungen vonstatten geht, die sich nicht nur in Deutschland innerhalb wie außerhalb der politischen Parteien zu einem beliebten Genre entwickelt haben.

Hoffnungen sind aber, wie man weiß, eitel, Erwartungen wenig wert, wenn keine Macht existiert, die ihnen Geltung verschaffen kann. Und was Julien Freund einmal einem Pazifisten gegenüber mit schlagenden Worten auf den Punkt gebracht hat, gilt auch generell: Man kann sich den Feinderklärungen derjenigen, die jede Opposition macht- und wehrlos machen wollen, nicht dadurch entziehen, daß man ihnen erklärt, man sei nicht ihr Feind: »Es ist der

Feind, der Sie selbst dazu erklärt. Und wenn er möchte, daß Sie sein Feind sind, dann können Sie ihnen die schönsten Freundschaftsbekundungen erweisen. In dem Moment, in dem er Ihr Feind sein will, sind Sie es. Und er wird Sie selbst noch daran hindern, Ihren Garten zu kultivieren.« Heute zielt diese Feinderklärung im Zeichen der neofeministischen, antirassistischen und dekolonisierenden Diskurse auf den »fast vollkommenen Schuldigen«, nämlich den weißen Sündenbock (Pascal Bruckner), und sie zielt auf den Gedanken der Kontinuität einer Kultur.

Die – wie Jacques Ellul schlagend nachgewiesen hat – auch für Demokratien charakteristischen Formen der Propaganda laufen gegenwärtig auf Hochtouren; ein Ende des alle gesellschaftlichen Bereiche erfassenden »zivilgesellschaftlichen« Gesinnungsmoralismus ist nicht absehbar und auch von seiten der herrschenden Postdemokraten nicht erwünscht. Denn die Widerstrebenden müssen in ihren Handlungsoptionen so stark eingedämmt werden, daß ihnen jegliche Hebelwirkung entzogen wird, die durch eine stärkere mediale Präsenz ihrer Dissidenz zu wachsen könnte. »Trump« – wohlgemerkt nicht die konkrete Person dieses Namens, sondern bildhaft verstanden als die Option, der herrschenden Hauptstromrichtung überhaupt etwas entgegenzusetzen, wie unvollkommen es auch aussehen mag –, »Trump« darf sich nach dieser herrschenden Weltsicht unter keinen Umständen wiederholen.

Dem entspricht nicht nur die offensichtlich manipulative Ankündigung der großen Netzkraken, Berichte über Wahlmanipulationen in den USA von ihren Netzwerken zu löschen – und kurz vor Ende seiner Amtszeit auch die faktische Löschung von Trump selbst. Dem Ziel entspricht vor allem die immer weitere Verbreitung gleichsam subkutaner Dauerpropaganda, die den Widerstand rationalen Denkens allein schon durch Ermüdung zu verhindern vermag. Gegenüber einer solchen Propaganda wird man nur schwer strategisch operieren können, wenn man nicht über sehr große finanzielle Mittel verfügt. Nicht nur ohne Macht läßt sich nichts machen, auch ohne Geld sieht es schlecht aus.

Wir müssen uns also auf (un)absehbare Zeit darauf einstellen, daß in diesem unserem täglich wunderlicher werdenden Land eines nicht mehr möglich ist: die sachliche Diskussion samt anschließender Entscheidung von Fragen, die für das gute Leben aller Staatsbürger einer Entscheidung zugeführt werden müssen. Dazu gehört an erster Stelle die Einwanderungsfrage, die deshalb in besonderer Weise unter dem inzwischen fest etablierten Moralisierungszwang steht: Wo Argumente fehlen, da stellen sich die nötigen moralisierenden Etiketten und Phrasen rechtzeitig ein. Wie sich das auswirkt, hat Alexander Wendt in prägnanter Form zusammengefaßt: »Ob es um Windräder geht, Klimapolitik, den Weg zum EU-Einheitsstaat, Rundfunkgebühren, selbst Eindämmungsmaßnahmen gegen ein Virus: In diesen permanenten Endkämpfen bildet immer der Nationalsozialismus und ziemlich oft Auschwitz den zentralen Punkt der historischen Perspektive, das absolut Böse.«

Der praktische Nutzen dieses allzeit griffbereiten Nazi-Kurzschlusses als einer Form der *reductio ad Hitlerum* liegt auf der Hand, wie Michael Klein von Sciencefiles schreibt: »Fake News [...] sind im Arsenal der politischen Propaganda ebenso unverzichtbar wie der Allzweck-Nazi, den man zu jeder Zeit, jeder Gelegenheit und an jedem beliebigen Ort demjenigen anheften kann, der widerspricht.« Nur vor diesem Hintergrund ergibt es auch Sinn, angesichts einer real weitgehend phantasmatischen Rechtsextremismus-Gefahr sowie einer eigentlich mit anderen Problemen belasteten Gegenwart eine außerordentliche Ressourcenvergeudung ins Werk zu setzen, wie sie das sogenannte Demokratiefördergesetz nun der Bundesregierung ermöglicht. Statt des Volkes – wie es die tatsächliche demokratische Tradition immer hielt – wird hier der Staat selbst zum Träger einer »Demokratie« gemacht, die sich zu einer Formel entleert hat und damit im Bereich des Politischen eben jenen Substanzverlust verkörpert, der im Bereich von Bildung und Kultur schon länger mit Händen zu greifen ist.

Einmal mehr befeißigen sich diejenigen Cliquen, die sich den Staat und die von ihm gehätschelte »Zivilgesellschaft« zur Beute gemacht haben, eine ideologische Hegemonie auszubauen, deren Grundlagen in der nachhaltigen Dekonstruktion aller abendländischen Traditionen gelegt wurden. Das freiheitswidrige Definitionsmonopol über zentrale Begriffe wie »Demokratie«, »Parlamentarismus«, »Grundrechte«, »Grundwerte«, »Meinungsfreiheit« usw. wird von Institutionen in Anspruch genommen, denen das schlicht nicht zukommt. Milliarden schwere Propaganda-Anstrengungen des Staates gegen seine eigenen Bürger, die paternalistisch-moralisierend diffamiert und stigmatisiert werden, sind eine neue Qualität innerer Unruhestiftung, die vom Staat selbst ausgeht und über die Transmissionsriemen der sogenannten Zivilgesellschaft mit ihren sattem bekannten »Akteuren« den Souverän selbst – nämlich die Nation als die Gemeinschaft der Staatsbürger – als politisches Subjekt ausschalten soll. Wir sind also jenseits aller

ideologischen Verschleierungsbemühungen der offiziellen »politischen Bildung« konfrontiert mit einer »Macht ohne Souverän«, deren Triumph einhergeht mit einer »Demontage des Bürgers im Gesinnungsstaat« (Ulrich Schödlbauer). Behält man diesen Zusammenhang im Auge, begreift man die tiefere Wahrheit, die in der Erklärung der Amadeu-Antonio-Stiftung, »Die Zivilgesellschaft braucht das Demokratiefördergesetz!«, enthalten ist.

Eine Gesellschaft, die von einer derart tiefgreifenden Soziopathie durchdrungen ist, läßt sich wohl eher nicht kurzfristig durch eine andere Zweckprogrammierung des institutionellen Handelns ins Lot bringen. Wer sich in der heraufziehenden politischen Kälte warm anziehen muß, ist nun wieder mehr und vielleicht in ganz anderer Weise als in früheren Zeiten auf Verhaltenslehren der Kälte angewiesen. Ihre Notwendigkeit kann nicht auf Schlagworte eingedampft werden. Die Suche nach einem neuen Handorakel, für das vieles aus dem von Gracián übernommen werden muß, ist deshalb nicht vorbei, sondern geht gerade erst los.



Es muß dazu die ganze Tradition in ihrer historischen, philosophischen und religiösen Tiefe angezapft und neu erschlossen werden. Es genügt nicht mehr, zu Carl-Schmitt-Exzerpten zu greifen. Es muß wieder angeknüpft werden an Hegel und Fichte, an Schopenhauer und Gracián, an Gehlen und Schelsky, aber auch an diejenigen Denker anderer Nationen, die in Kritik und Gegenkritik die zentralen Errungenschaften des »Abendlandes« bzw. Europas auch gegen die selbstdestruktiven eigenen Tendenzen verteidigt haben – Denker wie Rémi Brague, Edmund Burke, James Burnham, Chantal Delsol, Julien Freund, Romano Guardini, Russell Kirk, C.S. Lewis, Pierre Manent, Josef Pieper, Roger Scruton oder Alexander Solschenizyn. Es ist keine beliebige Nebensache, wenn hier auf konkrete Personen verwiesen wird, nicht auf Parteien, Organisationen oder Institutionen. Denn diese sind nur soviel Wert, wie es in ihnen entwickelte Persönlichkeit und damit personale Verantwortung – auch im Denken – gibt. Eine Maxime für das zu schreibende Handorakel von Verhaltenslehren für unsere Krisenwelt findet sich bei Nicolás Gómez Dávila: »Was entpersonalisiert, verschlechtert.« Und Gracián selbst, für den es darauf ankam, »das Licht der Desillusion zu gewinnen« und im emphatischen Sinne Person zu werden, mahnt: »Nicht wirksam scheinen, sondern sein.« ■

Volk – zwanzig Thesen

von Thor v. Waldstein

- 1 *Volk* ist eine naturhafte und eigenständige Wesenheit *sui generis*, es ist kein Artefakt. Volk ist eine metaphysische Kraft, ein lebendiges Wir-Ich, ein Werdewesen, das – unabhängig von Staat und Individuum – ein ursprüngliches Lebensrecht besitzt und einen selbständigen Anspruch auf Würde erhebt.
- 2 Volk ist eine gewachsene Gesamtpersönlichkeit, die von einem *Volksgeist* (Herder) bestimmt ist und als »lebendig leiblicher Ausdruck einer gesamt-seele« (Karl Wolfskehl) Gestalt annimmt. Diese geistige Verfaßtheit und diese seelische Widerstandskraft sind es, die ein Volk im Innern zusammenhalten.
- 3 In den Wechselfällen der Geschichte kann ein Volk nach außen nur Bestand haben, wenn es eine politische Einheit verkörpert. Diese politische Einheit hält Belastungen nur stand, wenn das Volk in Form gehalten wird von synergetischen Elementen, mit denen die griechische Antike den Terminus *ethnos* und die Staatslehren von Hermann Heller und Carl Schmitt den Begriff *Homogenität* verbanden. Dessen entscheidende politische Potenz verdichtet sich – unbeschadet der im einzelnen noch zu beschreibenden (s. Ziff. 4) Wesensmerkmale – klassisch in der nicht zufällig angelsächsischen und ganz unwissenschaftlichen Formel: »It goes without saying.«
- 4 Zu den einen unverkennbaren Volkscharakter formenden Faktoren zählen als bedeutendste die gemeinsame Abstammung, die gemeinsame Sprache und ein gemeinsam beherrschtes und durch Grenzen gesichertes Territorium. Daneben wird die Identität eines Volkes aber auch bestimmt von einem gemeinschaftlich durchlebten historischen Schicksal, von Übereinstimmungen in Religion, Kultur, Sitte sowie von Mythen, die ein gesundes Volk in Nationaldenkmälern, Festtagen, Hymnen, Heldensagen und Volksliedern wachhält.
- 5 Volk ist kein kristallener Block, sondern ein semi-permeables Gebilde, bei dem es laufend – etwa durch Geburt, Tod, Ein- und Auswanderung – zu Ein- und Ausvorkungen kommt. Hierdurch verändert sich die Zusammensetzung des Volkes stetig; so wie man nach Heraklit nicht zweimal in denselben Fluß steigen kann, so sieht ein Fremder, der ein Land zu verschiedenen Zeitpunkten bereist, immer auch ein anders modifiziertes Volk. Solange dessen Substanz keinem disruptiven Umvolkungsprozeß ausgesetzt wird, solange das Volk also seine wesentlichen Charaktereigenschaften bewahrt, bleibt es trotz der vorbeschriebenen Wandlungen dasselbe Volk.
- 6 Ein Volk stellt nicht nur die Verbundenheit der im Hier und Jetzt Lebenden dar. Zu den Kernmerkmalen eines Volkes gehört die Empfindung einer Zusammengehörigkeit, die die Generationen umgreift. Ein freies Volk räumt den Toten wie den Ungeborenen ein mittelbares Stimmrecht ein: Ein Volk ist »die erhabene Gemeinschaft einer langen Reihe vergangener, jetzt lebender und künftiger Generationen, die alle in einem großen, innigen Bündnis auf Leben und Tod zusammenhängen« (Adam Müller). Nach dieser ungeschriebenen Übereinkunft muß die gegenwärtige Lebensform der Zeitgenossen sowohl mit dem Erbe der Ahnen (Fortleben ihrer Werke) als auch mit dem zukünftigen Sein der Nachfahren (Erhaltung der – nicht nur ökologischen – Lebensgrundlagen) harmonieren.
- 7 Entgegen der Behauptung des Bundesverfassungsgerichts zählte der ethnische Volksbegriff nicht zu den zentralen Prinzipien des Nationalsozialismus. Der Zentralbegriff des Nationalsozialismus war *Rasse* und nicht *Volk*. Soweit die NS-Ideologen nach 1933 Worte wie Volk, Volksgemeinschaft, Volksgenosse, völkisch usw. weiterverwendeten, waren diese rassebiologisch ausgehöhlt und zudem sozialdarwinistisch aufgeladen. Bis zum bitteren Ende, bis zu dem Schlußsatz seines politischen Testaments vom 29. April 1945, in welchem er seinen Nachfolger »zur peniblen Einhaltung der Rassegesetze« verpflichtete, verstand sich Adolf Hitler als ein Politiker, »der doch nur an die Rasse glaubte und dem 1945 das Schicksal der Deutschen vollständig gleichgültig war« (Günter Maschke).

8 Die auf die Aufklärung zurückgehende, in Deutschland seit 1945 forciert gepredigte Antinomie zwischen Volk und Individuum ist ein lebensfeindliches Konstrukt. Tatsächlich benötigt ein selbstbestimmtes Volk nichts dringlicher als frei, unabhängig und verantwortungsvoll handelnde Individuen; und der einzelne wiederum entfaltet seine Persönlichkeit, seine Individualität gerade dadurch, daß er sie freiwillig in den Dienst einer höheren Sache als seiner selbst, in den Dienst der Sache des Volkes stellt. In einer solcherart synthetisierten Volksliebe überwindet der einzelne seinen zentrifugalen *sacro egoismo* und findet als ein sich zentripetal auffassendes *zoon politikon* innere Erfüllung in der Bezogenheit seines Lebens zu dem eigenen Volk.



9 Diesem Weltbild entspricht ein (ein)gebundener Freiheitsbegriff, bei dem der Blick des einzelnen auf das Ganze gerichtet ist und bei dem nicht die Frage *Freiheit wovon?*, sondern die Frage *Freiheit wozu?* im Vordergrund steht. Im Gegensatz zu liberalistischen Anschauungen, bei denen die »entfesselte Freiheit [...] den allgemeinen Kehraus aller höheren Gültigkeiten« feiert (Nicolai Hartmann), überwindet die idealistische Vorstellung von Freiheit solche Ichverpanzerungen und bahnt damit erst den Weg für echte Freiheit: Die Beschränkung der Freiheit des einzelnen, seiner Triebe und seiner Willkür ist »schlechthin die Bedingung, aus welcher die Befreiung hervorgeht, und Gesellschaft und Staat sind die Zustände, in welchen die Freiheit vielmehr verwirklicht wird« (Hegel).

10 Zur *Nation* reift ein Volk heran, sobald es einen Machtanspruch anmeldet, sobald es den Willen entwickelt, als Nation eine historische Aufgabe zu erfüllen. Als »Makroanthropos und potenziertes Individuum« (Novalis) zieht die Nation ihre Identität, ihre Kraft aus geheimen mythischen Quellen und aus einem raumbherrschenden Wir-Bewußtsein, das nach außen für »Selbstbehauptung und Anerkennung« (Bernard Willms) bürgt. Die Nation steht nicht nur für die Eigenständigkeit,

sondern auch für die Ausgezeichnetheit dieses Wir. Zu einem intakten Nationalbewußtsein gehört immer auch eine Prise an überschießender Selbstsicherheit, die, ist sie durch politische Intelligenz geerdet, mehr nützt als schadet.

11 Verbindet man mit Volk vor allem die mütterlich geprägte Herkunft, so steht die Nation eher für die väterlich angestrebte Zukunft. Im Gegensatz zu der historisch häufig passiven Rolle des Volkes besteht das Wesen der Nation gerade darin, daß sie ihr Schicksal aktiv formt: »Völker erleben Geschichte. Sie erfahren und erleiden sie und werden durch sie erst geschaffen – Nationen aber sind Geschichte.« (Heinrich Jordis v. Lohausen)

12 Der *Staat* ist Ausdrucksform des politischen Willens eines Volkes; er ist die »organische Erscheinung des Volkes« (Savigny) und das »Organ der Nation« (W. v. Humboldt). Im Gegensatz zu dem Nachwächterstaat (Lassalle) des Liberalismus, bei dem allein die Rechtsgüter der *bourgeois* und deren Schutz durch den Staat im Vordergrund stehen, versteht sich der wahre Staat als ein Volk im Zustand politischer Einheit, also als »eine in sich befriedete, territorial in sich geschlossene und für Fremde undurchdringliche, organisierte politische Einheit« (Carl Schmitt).

13 Die von Hegel geprägte Formel von dem Staat als der »Wirklichkeit der sittlichen Idee« und die hierauf seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zurückgehende Überschätzung des Staatsgedankens gegenüber Volk und Nation war notwendig, um Deutschland aus seiner von Kleinstaaterei gekennzeichneten historischen Objektrolle zu befreien und im Zuge der 1871 vollzogenen Reichsgründung zu den Standards souveräner Staaten wie Frankreich, Großbritannien und anderer aufzuschließen. Diese für einen historischen Moment gerechtfertigte Absorption von Volk und Nation durch den Staat hat sich indes bereits im Kaiserreich, erst recht nach den verlorenen Kriegen des 20. Jahrhunderts, in eine gefährliche, weil volksabgehobene Staatsvergötterung verwandelt: »Wie ein neuer Leviathan droht der Hegelsche Staat die ursprünglich volkhaften Kräfte, aus denen er sich entfaltet hat, zu überdecken und zu erdrücken.« (Ernst Rudolf Huber)

14 In der bundesdeutschen Elementarteilchenrepublik, die nicht nur vom Volk nichts wissen will, sondern zwischenzeitlich sogar dessen Existenz leugnet, hat sich der Staat zu einer monströsen, omnipräsenten Apparatur entwickelt. Diese beherrscht den einzelnen, der von vermittelnden Gewalten wie Familie, Gemeinde und Genossenschaft kaum oder nicht mehr geschützt wird, in einer noch nie dagewesenen Totalität. Neuerdings wird diese Unterwerfung des Bürgers unter den im smarten Infotainmentdreß daherkommenden Obrigkeitsstaat auch optisch durch Vermummungsbefehle

dokumentiert, die das Angesicht und die Würde des Deutschen beschädigen. Diese Maskentyrannei kann nicht zuletzt deswegen so hemmungslos durchregieren, weil sie auf eine mehr und mehr vergreisende Gesellschaft trifft, die in einem zerrütteten Verhältnis zu der Vergänglichkeit des menschlichen Lebens steht und allen Ernstes der Auffassung zu sein scheint, ausgerechnet ihre mitunter bizarren Lebensformen verdienen eine Art Ewigkeitsgarantie.

15 Nietzsches Dystopie von dem Staat als dem »kältesten aller kalten Ungeheuer«, dem Staat als der »fressenden Fackel des Menschengeschlechts« nimmt in unseren Tagen psychopolitische Gestalt an: Nach jahrzehntelanger staatlich kanalisierter Meinungslenkung geht die neudeutsche »Republik ohne Volk« nunmehr zur unmittelbaren Angststeuerung des Individuums über. Als medial außengesteuerter Massenereimit, als ohnmächtiger Digitalfetischist geht dem isolierten und auf sich zurückgeworfenen Individuum von vorneherein jegliche Möglichkeit ab, zusammen mit anderen den Allmachtsphantasien eines Staates entgegenzutreten, »der es uns allen gründlich besorgt und uns allen gleichermaßen das Fell über die Ohren zieht und unsere Haut brennt und stempelt« (Gottfried Benn).

16 Diese stetig wachsende, den Bürger entmündigende und die Nation demütigende Übermacht des Staates konnte nur entstehen, weil sich die Deutschen der BRD nicht mehr als Volk begreifen. Der erste Schritt zur Brechung dieser zwischen Niederschlesien und Ostfriesland obszön aufgeblähten Staatsmacht ist daher die Rückbesinnung auf die Eigenständigkeit des Volkes. Erst wenn dieses wieder das Bewußtsein und den Willen entwickelt, sich selbst zu behaupten und dem fatalen Volksbeseitigungsräderwerk in die Speichen zu greifen, besteht Hoffnung, die Krake Staat in ihre Schranken zu weisen.

17 Die Rückgewinnung politischer Handlungsfähigkeit steht und fällt mit der schmerzlichen Einsicht, daß es ohne die Verabschiedung des soziologischen Typus des *bourgeois* kaum gehen wird. »Das Volk der Bundesrepublik ist keine Nation, sondern eine bürgerliche Gesellschaft« (Golo Mann), und wenn es nicht gelingt, den in seinem Materialismus, in seinen Eitelkeiten und in seinen Lebenslügen eingemauerten BRD-Bürger, der weder dienen noch herrschen will, durch den dem Volk verpflichteten und für die Nation verantwortlich handelnden *citoyen* zu ersetzen, ist an einen Neuanfang der Deutschen nicht zu denken.

18 Daneben gilt es jenem unseligen Kosmopolitismus adieu zu sagen, durch den in Deutschland, einem von zwei verheerenden Dreißigjährigen Kriegen (1618–1648 und 1914–1945) niedergeworfenen Land, die unbefangene, in anderen Völkern ganz selbstverständliche Voreingenommenheit für das Eigene versperrt

wird: »Wer Fremden nachhäft, wie weit er es auch bringe, offenbart immer eine nichtige Eitelkeit oder einen hündischen Sklavensinn. Wie wir uns achten, werden wir geachtet werden: in deutscher Kraft, in deutschem Ernst, in deutschem Sinn und deutscher Treue ist uns gegeben, groß und verehrlich zu scheinen [...]. Wer sich selbst verläßt, der wird verlassen; das Volk, das an sich verzweifelt, an dem verzweifelt die Welt, und die Geschichte schweigt auf ewig von ihm.« (Ernst Moritz Arndt)

19 Ebenso zu beenden ist die Vergangenheitsbewältigung und damit die von ihr unablässig befeuerte, sich moralisch wahnende Pseudoüberlegenheit des gelernten BRD-Bürgers über seine braunen Vorfahren. Wenn die Deutschen als Volk noch eine Zukunft haben wollen, dann muß dieser pausenlos bespielte, geschichtspolitisch-zivilreligiöse Klangraum sofort abgeschaltet werden. Ein solcher Negativpatriotismus, ein solch absurder Minusnationalsozialismus steht dem emotionalen Zugang zum Eigenen im Wege, ohne den kein Volk auskommt.

20 Grundvoraussetzung für eine Erhebung des Volkes ist dessen rückhaltlose Identifizierung mit sich selbst, mit dem eigenen Herkommen und mit der zu sichernden Zukunft der Kinder und Enkel. Erst ein solcher ungebrochener ethnischer Fundamentalismus, erst ein solches seelisches Widerlager »Right or wrong, my country« eröffnet die Chance für eine deutsche Renaissance, die in den Stürmen der kommenden Jahrzehnte zugleich die einzige Überlebenshoffnung für unsere europäische Heimat darstellt.



Zitatnachweise bei:

Thor v. Waldstein: *Der Zauber des Eigenen. Volk und Nation in der deutschen Geistesgeschichte*, Lüdinghausen und Neuruppin 2021

Institut für Staatspolitik – neue Studien



**Aktualisierte, um aktuelle
Debatten und »Polizei-Skandale«
ergänzte Neuauflage**

Institut für Staatspolitik

Der Weg in den Mainstream

Wie linke Journalisten den Ton angeben

72 S., brosch., 7 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 40

Restle ist kein Einzelfall, Gensing ebensowenig. Wieso dürfen radikal linke Publizisten in der *Tagesschau* und in eigenen Formaten auf Steuerzahlerkosten Propaganda verbreiten? Warum sind viele extreme Linke bei den Massenmedien in Lohn und Brot? Was sagt das über unsere Medienlandschaft aus? **Diese Studie enthüllt Netzwerke und Seilschaften linker Agitatoren.**

Josef Schüßlburner

Scheitert die AfD?

Die Illusion der Freiheitlichkeit
und die politische Alternative

72 S., brosch., 7 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 39

Die AfD-Führung hat sich die offizielle Auffassung zu eigen gemacht, das Grundgesetz sei die freieste Verfassung der deutschen Geschichte. Mit dieser Kapitulation beginnt sie, ihr Grab auf dem Parteienfriedhof der BRD zu schaufeln.

Josef Schüßlburner zeigt, daß solche Fehlwahrnehmungen ihren Grund in der bundesdeutschen Sozialisierung der AfD-Führung haben. Man hofft bis heute, daß Anpassungsleistungen und Zugeständnisse belohnt würden – von einem Establishment, das nichts anderes zu tun hat, als die Alternative zu zerschlagen.

Eine wichtige Studie über den Zustand einer großen Hoffnung.



Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra
Tel.: (034632) 904396 · Fax: (034632) 904397
www.staatspolitik.de

1871

von Dag Krienen

Den im deutschen Bürgertum seit den Napoleonischen Kriegen wachsenden Wunsch nach einem Staatswesen, das alle Deutschen in Mitteleuropa vereint, erfüllte der Deutsche Bund von 1815 in keiner Weise. In der Revolution von 1848/49 gelang es auf demokratischem Weg nicht, diesen Wunsch auch nur als kleindeutsche Lösung (unter Ausschluß der Habsburgermonarchie) gegen den Willen der deutschen Fürsten und den sich im ersten Krieg um Schleswig-Holstein bemerkbar machenden Druck der ausländischen Mächte zu realisieren. Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. lehnte die ihm von der Nationalversammlung angetragene deutsche Kaiserkrone ab, um massiven Konflikten mit den übrigen Mächten zu entgehen. 1849/50 versucht er allerdings, auf der Basis einer konservativ modifizierten Frankfurter Reichsverfassung mit anderen deutschen Staaten außerhalb Österreichs eine (klein)deutsche Union zu gründen. Doch nur einige meist kleinere Staaten schlossen sich der »Erfurter Union« an. Im November 1850 zwang der Habsburgerstaat, unterstützt von Rußland, Preußen durch ein militärisches Ultimatum zur endgültigen Aufgabe des Union-Projekts und zur Wiederbelebung des Deutschen Bundes von 1815 (»Olmützer Punktation«).

Für den 1862 zum preußischen Ministerpräsidenten berufenen Otto von Bismarck war die (klein)deutsche Einigung zunächst nicht das zentrale Ziel seiner Politik. Als seine wichtigste Aufgabe sah er vielmehr an, die Großmachtstellung des preußischen Staates in Europa zu sichern. Preußen in den Grenzen von 1815 war die kleinste, territorial zudem zweigeteilte und von den übrigen Mächten eingekeilte Großmacht in Europa. Für Bismarck war die Demütigung durch Olmütz ein politisches Schlüsselereignis, das Preußens elementare Schwäche im überkommenen europäischen Mächtesystem mehr als deutlich gezeigt hatte. Seine Großmachtstellung konnte nach Bismarcks Überzeugung nur dann Bestand haben, wenn es in Norddeutschland expandierte und sich dort eine hegemoniale Stellung verschaffte. Das war nur mit militärischen Mitteln und gegen den innerdeutschen Rivalen Österreich durchzusetzen. Der gemeinsam mit Österreich geführte Krieg von 1864 gegen Dänemark verdrängte einen ausländischen Monarchen aus der Herrschaft über deutsche Gebiete, wo 1848/49 eine ausländische (britische) Intervention gedroht hatte. Im deutsch-deutschen Krieg von 1866 nötigte Preußen dann den österreichischen Kaiserstaat nach der Schlacht von Königgrätz zu einem Frieden, der ihm zwar keine Gebietsverluste abverlangte, aber zur Anerkennung der Auflösung des Deutschen Bundes und zum Rückzug aus Deutschland zwang. Gleichzeitig arrondierte Preußen rücksichtslos sein Territorium in Norddeutschland durch Annektierung dortiger Kriegsgegner und dominierte als Hegemon den mit den verbleibenden Staaten nördlich der Mainlinie geschlossenen Norddeutschen Bund von 1867. Mit den nun vollständig souveränen süddeutschen Staaten Baden,

»Ja, ich habe den Krieg von 1866 gemacht in schwerer Erfüllung einer harten Pflicht, weil ohne ihn die preußische Geschichte stillgestanden hätte, weil ohne ihn die Nation politischer Versumpfung verfallen und bald die Beute habsüchtiger Nachbarn geworden wäre, und stünden wir wieder da, wo wir damals standen, würde ich entschlossen wieder den Krieg machen. Niemals aber werde ich seiner Majestät zu einem Krieg raten, welcher nicht durch die innersten Interessen des Vaterlandes geboten ist.«

Bismarck im Gespräch mit dem Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, Eduard Graf Bethusy-Huc, Ende März 1867.

Württemberg und Bayern konnte Bismarck zugleich unbefristete und unkündbare *Schutz- und Trutzbündnisse* abschließen, da sich diese nach dem Ende des Deutschen Bundes einer möglichen französischen Bedrohung alleine nicht erwehren konnten.

Bismarck hatte damit bereits sein zentrales Ziel, die Großmachtstellung Preußens auf ein sicheres Fundament zu stellen, erreicht. Von einem rein preußischen Standpunkt aus gesehen, waren nach 1867 weitere Schritte zur Erweiterung seiner Machtbasis nicht mehr zwingend notwendig. Er war sich aber auch bewußt, daß Preußen seinen Aufstieg der Unterstützung durch die deutsche Nationalbewegung verdankte, die es zu erhalten galt. Deshalb gehörte es offiziell zum Selbstverständnis des Norddeutschen Bundes, sich allmählich zu einem (klein)deutschen Gesamtbund weiterzuentwickeln.

Es gibt Indizien dafür, daß Bismarck nun auch realpolitisch die Vollendung der deutschen Einheit als Fernziel ins Auge faßte. Allerdings hatte er dabei keine Eile. Der nunmehrige norddeutsche Bundeskanzler lehnte jedes überhastete Vorgehen in der Angelegenheit ab. Die Verbesserung der Großmachtstellung Preußens 1866/67 war von den meisten europäischen Mächten noch nicht als *bedrohliche* Veränderung des europäischen Gleichgewichts wahrgenommen worden. Die Bildung eines kleindeutschen Nationalstaates wäre allerdings zwangsläufig als eine erneute, viel einschneidendere Veränderung dieses Gleichgewichts angesehen worden. Jeder weitere Schritt in diese Richtung mußte aufgrund seiner außenpolitischen Konsequenzen und Kriegsrisiken wohlherwogen werden.

Zum anderen war sich Bismarck bewußt, daß der Krieg von 1866 in den süddeutschen Staaten viele antipreußische Ressentiments hinterlassen hatte. Ihre Angliederung an den Norddeutschen Bund durch Zwang oder Druck und ohne echte Zustimmung der betroffenen Staaten und ihrer Bürger hätte statt zu einem weiteren Kraftgewinn nur zu einer Belastung geführt. Insbesondere die Könige von Bayern und Württemberg waren strikt gegen jede Einschränkung ihrer Souveränität. Daß viele ihre Untertanen ähnlich dachten, zeigte sich 1867/68 nach der Reform des Deutschen Zollvereins. Um die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu stärken, sollte der Verein mit eigenen Organen, etwa auch einem Zollparlament ausgestattet werden. Doch sowohl bei den Wahlen zum Zollparlament als auch bei den Landtagswahlen gewannen in Württemberg und Bayern 1868 die Gegner der kleindeutschen Einigung die Mehrheit, nur in Baden und in Hessen-Darmstadt erwiesen sich die Wähler als »anschluß«-freundlich. Bismarck unterband nun jeden Versuch einer Forcierung der Einheit durch den Norddeutschen Bund. Er bekundete zudem wiederholt, daß die deutsche Einheit zwar gewiß kommen werde, aber vielleicht erst von den folgenden Generationen vollendet werden könne. Allein kriegerische Ereignisse könnten den Prozeß beschleunigen. Solche bewußt herbeizuführen, lehnte er ab.

Preußen sah sich allerdings mit der wachsenden Gegnerschaft des französischen Zweiten Kaiserreichs unter Napoleon III. konfrontiert. Sein Machtzuwachs 1866 drohte die von Kaiser wie Volk weiterhin wie selbstverständlich in Anspruch genommene *Prépondérance légitime*, die »legitime Vormachtstellung« Frankreichs in Europa, in Frage zu stellen. Napoleon III. hatte schon vor dem Krieg von 1866 »Kompensationen« für Preußens Zugewinne verlangt. Doch konnte der Kaiser Gebietserweiterungen auf Kosten Belgiens und Luxemburgs nicht realisieren, denen Bismarck damals zwar vage und unverbindlich zugestimmt hatte, ohne sie aber nach 1866 außenpolitisch wirklich zu unterstützen.

In Frankreich wurden nun Rufe nach »Rache für Sadowa« (=Königgrätz) laut. Napoleon III. sah sich gezwungen, jeden weiteren Machtgewinn Preußens zu verhindern, zumal die Legitimität des bonapartistischen Regimes von außenpolitischen Erfolgen abhing. Beide Seiten kalkulierten nun die Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes mit ein. Die Kandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (aus der süddeutschen, katholischen Nebenlinie) für den seit 1868 vakanten Thron Spaniens wurde schließlich zum Zündfunken. Als diese Anfang Juli 1870 in Frankreich bekannt wurde, war dort die Empörung groß. Die übertriebene, aber noch verständliche Befürchtung Frankreichs, von einer mächtigen Dynastie von Ost und Südwest umklammert zu werden, wurde an sich durch Leopolds Rückzug am 12. Juli gegenstandslos. Doch

»Daß die deutsche Einheit durch gewaltsame Ereignisse gefördert werden würde, halte auch ich für wahrscheinlich. Aber eine ganz andere Frage ist der Beruf, eine gewaltsame Katastrophe herbeizuführen, und die Verantwortung für die Wahl des Zeitpunktes. Ein willkürliches, nur nach subjektiven Gründen bestimmtes Eingreifen in die Entwicklung der Geschichte hat immer nur das Abschlagen unreifer Früchte zur Folge gehabt; und daß die deutsche Einheit in diesem Augenblick keine reife Frucht ist, fällt meines Erachtens in die Augen. Wenn in die Richtung auf dieselbe die kommende Zeit ebenso fortschreitet wie die seit dem Regierungsantritt Friedrich des Großen verflossene und namentlich wie die seit 1840, dem Jahre, wo zuerst seit den Befreiungskriegen eine nationale Bewegung fühlbar wurde, so können wir der Zukunft in Ruhe entgegensehen und unseren Nachkommen das Weitere zu tun überlassen.«

Bismarck an den preußischen Gesandten in München, Georg Freiherr von Werthern-Bleichlingen, am 26. Februar 1869.



»1870 – Verlesung der französischen Kriegsdepesche auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin bei der Rückkehr König Wilhelms aus Ems am 15. Juli«

»Bismarck kontrollierte die Ereignisse nicht. Er hatte die Kandidatur Leopolds nicht geplant, und obwohl er sie im Frühjahr und Sommer nach Kräften unterstützte, war er doch bereit, klein beizugeben, als es danach aussah, als habe der König dem Rückzug zugestimmt und sich mit einem französischen Sieg auf dem diplomatischen Parkett abgefunden. Man kann ohne Übertreibung noch nicht einmal behaupten, die Franzosen hätten ihm in die Hand gespielt, da ihre Bereitschaft, einen Krieg zu riskieren, nicht auf Bismarcks Handlungen an sich zurückging, sondern vielmehr auf die grundsätzliche Weigerung, eine Gefährdung ihrer privilegierten Stellung im internationalen System hinzunehmen.«

Christopher Clark: *Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947*, S. 628.

nun setzten sich in der französischen Regierung jene Kräfte um Kaiserin Eugénie und Außenminister Gramont durch, die dem Rivalen Preußen auf jeden Fall eine schwere diplomatische Niederlage zufügen wollten. Gramont ließ den französischen Botschafter Benedetti am 13. Juli bei dem in Bad Ems zur Kur weilenden preußischen König Wilhelm vortreten. Dieser solle eine Entschuldigung für den Versuch der Installation eines Hohenzollern auf dem spanischen Thron aussprechen und eine Garantieerklärung abgeben, einen solchen Versuch nie wieder zu gestatten. Indirekt hätte der König damit eingeräumt, daß die Kandidatur nicht als dynastische Privatangelegenheit, sondern, was er stets bestritten hatte, von Staats wegen betrieben worden sei, ihr Zurückziehen also ein Nachgeben Preußens angesichts der Macht Frankreichs darstellte. Wilhelm verweigerte dies und lehnte weitere Unterredungen mit Benedetti ab.

Bismarcks ließ die Mitteilung des Königs über den Vorfall in einer von ihm gekürzten, die Zurückweisung Benedettis schroffer darstellenden Form veröffentlichen (*Emscher Depesche*). Von einer Provokation der Franzosen zum Krieg konnte jedoch nicht die Rede sein. Die Kriegspartei in Paris hatte sich vielmehr zuvor aus eigenem Antrieb selbst in eine Falle manövriert, aus der sie nach dem Scheitern der diplomatischen Demütigung Preußens in Bad Ems ohne Gesichtsverlust nur noch durch den Krieg herauskommen konnte. Nach der Zurückweisung ihrer Forderungen durch Wilhelm I. beschloß die Regierung am 14. Juli die Mobilmachung; am 15. Juli bewilligte das Parlament fast einmütig die Kriegskredite; am 19. Juli 1870 erklärte das Kaiserreich Preußen formell den Krieg.

Bismarck, der den Krieg nicht von langer Hand vorausgeplant und die Krise nicht von sich aus inszeniert hatte, nahm nun die Gelegenheit wahr, die deutsche Einigung durch einen – mit überschaubaren Risiken verbundenen – Duellkrieg mit einer einzelnen europäischen Macht zu beschleunigen. Deren Suche nach Verbündeten in Europa hatte er durch diverse politische Manöver bereits konterkariert. Frankreich steigerte durch sein Verhalten in der Julikrise seine internationale Isolierung noch, da es nun in den Augen der meisten Mächte als der alleinige Aggressor dastand, der aus nichtigem Grunde eine an sich schon entschärfte Krise zum Krieg eskaliert hatte. In Deutschland hingegen lösten die unverschämten französischen Forderungen – nicht nur in Norddeutschland, sondern auch den süddeutschen Staaten – eine nationale Begeisterung aus, die in die Bereitschaft zum militärischen Beistand für Preußen in diesem Krieg mündete.

Die verbündeten Streitkräfte des Norddeutschen Bundes und der süddeutschen Staaten gingen Anfang August 1870 gegen die zwar in bestem Ruf stehenden, aber schlecht organisierten und geführten kaiserlichen Truppen in die Offensive, drängten sie von der Grenze ab, schlossen die »Rheinarmee« in Metz ein, vernichteten Anfang September die zum Ersatz heraneilende »Châlons-Armee« bei Sedan und nahmen Na-



oleon III. dort gefangen. Damit war der Krieg allerdings noch nicht entschieden. Die in Paris ausgerufene Dritte Republik setzte ihn unter Ausrufung der *Levée en masse* fort. Es gelang den Franzosen, in den unbesetzten Teilen des Landes neue Armeen aufzustellen. Diesen mangelte es allerdings an erfahrenen Offizieren und Unteroffizieren als Ausbilder und taktische Führer im Gefecht, so daß die kriegserfahrenen deutschen Verbände auch zahlenmäßig überlegene Truppen der Republik meist, allerdings nicht immer und nicht immer entscheidend, schlagen konnten. Erst im Januar 1871 wurde der Krieg militärisch definitiv entschieden, als vier große koordinierte Vorstöße der Franzosen – darunter ein großer Ausbruchversuch aus Paris am 19. Januar, dem Tag nach der deutschen Kaiserproklamation in Versailles – allesamt katastrophal scheiterten und sich die Ersatzarmeen, auch durch Desertationen, weitgehend auflösten.

»1870 – Begegnung mit Kaiser Napoléon am Morgen des 2. September«

Die lange Kriegsdauer stellte ein außenpolitisches Risiko dar. Zwar war aufgrund von Bismarcks politischen Manövern vor dem Krieg und vollends nach den ersten deutschen Schlachtensiegen die Gefahr gering, daß andere Mächte militärisch auf seiten Frankreichs eingriffen. Doch fürchtete Bismarck bis zum endgültigen Friedensschluß im Mai 1871 eine »Vermittlung« des Friedens durch andere Großmächte oder gar die Einberufung einer europäischen »Friedenskonferenz«. Diese hätte den Verzicht auf alle deutschen Gewinne erzwingen oder gar in die Gestaltung der deutschen Einheit eingreifen können. Durch eine Reihe von diplomatischen Maßnahmen konnte er diese Gefahr am Ende neutralisieren.

Die milde Behandlung Frankreichs in den Friedenspräliminarien von Versailles vom 26. Februar und dem endgültigen Frieden von Frankfurt vom 10. Mai 1871 erfolgte auch aus der Erwägung, daß die anderen Großmächte eine völlige Degradierung Frankreichs und damit eine gravierende Störung im europäischen Gleichgewicht kaum tolerieren würden. Nicht nur aus persönlicher Neigung hatte Bismarck deshalb von Anfang an, anders als Moltke, keine völlige militärische Niederwerfung Frankreichs mit anschließendem *Diktat*-, sondern einen *Verhandlungsfrieden* angestrebt. In den Friedensverhandlungen 1871 machte Bismarck dann den Franzosen durchaus substantielle Konzessionen und verzichtete zur insgeheimen Erleichterung der französischen Verhandlungsführer auf alle die Souveränität Frankreichs beeinträchtigenden Bestimmungen. Das Land mußte zwar das Elsaß und Teile Lothringens abtreten sowie eine beträchtliche Kriegsentschädigung zahlen, blieb jedoch als ein in vollem Umfang souveräner, wenn auch etwas zurechtgestutzter Mitspieler im Konzert der europäischen Großmächte erhalten.

Für den innerdeutschen Einheitsprozeß war die lange Kriegsdauer teilweise auch von Vorteil. Als die süddeutschen Staaten im Juli 1870 erklärten, daß sie nach der französischen Kriegserklärung an Preußen



»1871 – Der Bundeskanzler begiebt sich zur Kaiserproclamation in den Spiegelsaal des Schlosses von Versailles«

den militärischen Bündnisfall im Sinne der Schutz- und Trutzbündnisse von 1866 als gegeben ansahen, war damit noch kein Bekenntnis zur Bildung eines gemeinsamen deutschen Staates verbunden. Bismarck blieb vorsichtig und wies noch Anfang August an, die Presse davon abzuhalten, von »Kaiserideen« zu schwärmen, weil dies die »süddeutsche Bundesgenossenschaft« stören könnte. Doch auch dort nahm der nationale Enthusiasmus breiter Volksschichten, vor allem nach den ersten, gemeinsam erfochtenen Siegen, ebenso zu wie das Bestreben, den gemeinsamen Kriegsanstrengungen die Bildung eines gemeinsamen Nationalstaates folgen zu lassen. Dem dadurch aufgebauten Druck mußten schließlich auch jene Regierungen, Monarchen und Parteien in Württemberg und Bayern nachgeben, die an sich gegen die Eingliederung in ein von Preußen dominiertes Kleindeutschland eingestellt waren.

Technisch gesehen wurde 1870/71 die Einheit (ähnlich wie 1990) durch den Anschluß der süddeutschen Staaten an den schon existierenden Norddeutschen Bund bewerkstelligt. Dieser besaß bereits gemeinsame Verfassungsorgane wie einen (mit gleichem Stimmrecht gewählten) Reichstag, einen Bundesrat (aus Vertretern der Regierungen der Einzelstaaten), einen Bundeskanzler (Bismarck) sowie einen »Präsidium« (Vorsitz), das dem preußischen König zustand. Bismarck war aber weiterhin bemüht, jeden Eindruck zu vermeiden, daß die Initiative zum »Anschluß« von ihm bzw. Preußen ausging. Nach dem Sieg von Sedan bat er den von sich aus zum Anschluß bereiten Großherzog Friedrich I. von Baden, bei dem als unwillig geltenden bayerischen König Ludwig II. zu sondieren, wie das Verhältnis zwischen Norddeutschem Bund und Süddeutschland zukünftig zu gestalten sei. Es folgten längere Verhandlungen zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten. Baden zusammen mit Hessen-Darmstadt (dessen nördliche Hälfte schon zum Bund gehörte) sowie jeweils Bayern und Württemberg vereinbarten in separaten Verträgen vom 15., 23. und 24. November ihren am 1. Januar 1871 wirksam werdenden Beitritt zum nunmehrigen »Deutschen Bund«, wobei Württemberg und vor allem Bayern jeweils umfangreiche Sonderrechte herausschlügen. Die Verträge wurden durch den norddeutschen Reichstag und die süddeutschen Landtage ratifiziert, der bayerische Landtag brauchte allerdings bis zum 21. Januar 1871, bis die notwendige Zweidrittelmehrheit zusammengebracht war.

Am 9. Dezember beschloß der Norddeutsche Bund im Einvernehmen mit den süddeutschen Regierungen die Umbenennung des Bundes in »Deutsches Reich« und seines »Präsidiums« in »Deutscher Kaiser«. Auch in diesem Fall hatte Bismarck zuvor den badische Großherzog vorgeschickt. Dieser bat Ende Oktober den bayerischen König, dem preußischen König im Namen aller Bundesfürsten die Kaiserkrone anzubieten. Ludwig II. zierte sich eine Weile, schickte aber schließlich Ende Novem-

»Die Zeitungen werden nicht zufrieden sein, und wer einmal in der gewöhnlichen Art Geschichte schreibt, kann unser Abkommen tadeln. Er kann sagen [...], der dumme Kerl hätte mehr fordern sollen: er hätte es erlangt, sie hätten gemußt; und er kann recht haben – mit dem Müßen. Mir lag aber mehr daran, daß die Leute mit der Sache innerlich zufrieden waren – was sind Verträge, wenn man muß! – und ich weiß, daß sie vergnügt fortgegangen sind. Ich wollte sie nicht pressen, die Situation nicht ausnutzen. Der Vertrag hat seine Mängel, aber so ist er fester. Was fehlt, mag die Zukunft beschaffen.«

Bismarck zu seinen Mitarbeitern nach Abschluß der Verhandlungen mit den bayerischen Bevollmächtigten, 23. November 1870.

ber – nach der Zusage umfangreicher Finanzhilfen für den Bau seiner Schlösser – auf der Basis eines von Bismarck angefertigten Konzepts ein entsprechendes Handschreiben an Wilhelm I. Dieser war allerdings davon nicht begeistert, zerstritt sich mit Bismarck über seine Titulatur und ließ sich nur mit großer Mühe dazu bewegen, im Spiegelsaal von Schloß Versailles am 18. Januar 1871 zum Kaiser proklamiert zu werden.

Der 18. Januar 1871 gilt zu Recht als das eigentliche Gründungsdatum des Deutschen Kaiserreichs, auch wenn es staats- und verfassungsrechtlich bereits am 1. Januar 1871 ins Leben getreten war, und damit des ersten deutschen Nationalstaates. Der an diesem Tag zum Kaiser ausgerufenen König Wilhelm sollte mit seiner Befürchtung recht behalten, daß das altehrwürdige preußische Königtum hinter der Kaiserwürde rasch verblassen würde. Die Umbenennungen von »Präsidium« in »Deutscher Kaiser« und »Bund« in »Reich« änderten zwar an der institutionellen Struktur des neuen Staatswesens nichts, außer daß eine Reihe von Ämtern und Organisationen nun als »kaiserlich« oder »Reichs-« bezeichnet wurden. Für die meisten Deutschen, auch wenn sie weiterhin ihre landsmannschaftlichen Identitäten pflegten, waren aber »Kaiser« und »Reich« weit attraktivere Symbole als ein schnöder »Bund« und sein »Präsidium«, um sich mit dem neuen Staatswesen zu identifizieren. Im Bewußtsein der Deutschen und dadurch auch in der politischen Realität verwandelte erst der Kaisertitel einen Staatenbund – unter der in Süddeutschland nicht sonderlich beliebten preußischen Führung – in einen gemeinsamen Bundesstaat, in ein »Reich« unter einem gemeinsamen Kaiser, der *nebenher* auch noch der König eines der Gliedstaaten war.

Dieses Reich war keine Schöpfung allein von »oben«. Neben der Ratifizierung der Novembervträge durch den norddeutschen Reichstag und die süddeutschen Landtage verabschiedete auch der am 3. März 1871 gewählte gesamtdeutsche Reichstag am 14. April mit überwältigender Mehrheit (rückwirkend zum 1. Januar) die Verfassung des Deutschen Reiches. Diese faßte zwar »nur« mit wenigen kleinen Modifikationen die in den Novembervträgen vereinbarten Veränderungen der norddeutschen Bundesverfassung samt Sonderbestimmungen für Württemberg und Bayern zu einem neuen Dokument zusammen. Sie entsprach damit nicht dem Ideal von 1848, der Neuschöpfung »von unten« durch eine durch demokratische Wahl dazu legitimierte Nationalversammlung, deren staatsrechtliche und verfassungsgebende »Allmacht« allerdings den Zusammenstoß mit den realen politischen Mächten der Zeit nicht überlebt hatte.

Die gern zitierte Dichotomie einer »von oben« geschaffenen Einheit von 1871 und dem Anlauf dazu »von unten« 1848/49 verkennt, wie sehr die Reichsgründung von 1871 erst durch den Beitrag und den Einfluß von »unten« möglich wurde. 1848/49 hatte sich gezeigt, daß allein von »unten« her gegen die überkommenen deutschen Fürstenstaaten und die europäischen Großmächte eine deutsche Einheit, selbst in der abgespeckten kleindeutschen Form, nicht herzustellen war. »Unten« brauchte »oben«, also die machtpolitische Durchsetzungsfähigkeit einer deutschen Großmacht, um seine nationalen Wünsche zu realisieren. Zwischen »oben« und »unten« entwickelte sich zwischen 1864 und 1871 dabei eine seltsame Dialektik: Bismarcks Preußen nutzte die nationalen Einheitswünsche der deutschen Bürger dazu, ein ursprünglich mit diesen nicht identisches Ziel zu verfolgen, geriet aber, indem es dabei erfolgreich war, in den Sog, den Wünschen von »unten« nachkommen zu müssen. Bismarck gelang 1870/71 das Kunststück, die Macht der »Oberen«, der deutschen Fürstenstaaten, mit den nationalen Wünschen der »Unteren« zu verbinden, ohne irgendeiner Seite Gewalt anzutun, und dabei auch noch ausländische Interventionen (außer der diplomatisch und militärisch beherrschbaren französischen) zu vermeiden. Das war das Maximum dessen, was damals in Mitteleuropa politisch erreichbar war. Am Ende ratifizierte »unten« nahezu einstimmig das, was von »oben« mit politischer Macht und Raffinesse sowie auch mit »Blut und Eisen« geschaffen worden war, und zwar in der demokratischsten Weise, die es damals gab, durch ein nach gleichem und direktem Männerwahlrecht gewähltes Parlament. Das Deutsche Reich von 1871 war kein Obrigkeits- und Fürstenstaat, sondern der Staat der gesamten Nation, eine sowohl nationale als auch demokratische Errungenschaft ersten Ranges. ■

Literaturhinweise:

- Otto von Bismarck: *Werke in Auswahl*, Bd. 4: *Die Reichsgründung 1866–1871* (hrsg. v. Eberhard Scheler), Darmstadt 2001;
- Klaus-Jürgen Bremm: *70/71. Preußens Triumph über Frankreich und die Folgen*, Darmstadt 2019;
- Christopher Clark: *Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947*, München, 102008;
- Michael Epkenhans: *Die Reichsgründung 1870/71 (= Beck'sche Reihe, Bd. 2902)*, München 2020;
- Hans Fenske: *Auf dem Weg zur Demokratie. Das Streben nach deutscher Einheit 1792–1871*, Reinbek bei Hamburg 2018;
- Eberhard Kolb: *Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870*, Göttingen 1970;
- Ders.: *Der Weg aus dem Krieg. Bismarcks Politik im Krieg und die Friedensanbahnung 1870/71*, München 1990;
- Maik Ohnezeit: »Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgesichte, Ursachen und Kriegsausbruch«, in: Jan Ganschow, Olaf Haselhorst, Maik Ohnezeit: *Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgesichte, Verlauf und Folgen*, Graz 2009, S. 17–82.

Wir Nachhelden

von Erik Lehnert

In einem Land, das sich als postheroisch befreift, gibt es für das Betreiben von Militärgeschichte nur eine plausible Begründung: Der Postheroismus soll als Konsequenz der dunklen Vorzeit wissenschaftlich belegt werden. Alle anderen Interessen, die in früheren Zeiten Militärgeschichte umtrieben – sei es das Erarbeiten von Lehrbeispielen, das Herausstellen von Vorbildern oder die Begründung von Traditionen –, gelten in der Bundesrepublik zumindest als fragwürdig und werden auch in der Bundeswehr kaum noch gepflegt. Besser als posthistorische Militärgeschichte ist offenbar nur: gar keine Militärgeschichte. Es ist daher wenig verwunderlich, daß es in Deutschland derzeit genau eine militärhistorische Professur gibt, die obendrein den gewundenen Zweitnamen »Kulturgeschichte der Gewalt« trägt, so als befänden sich häusliche Gewalt und militärische Feldzüge auf derselben Ebene.

Seit 2015 hat Sönke Neitzel (*1968) diese Professur inne. Neitzel hatte bereits während seines Studiums ein Buch über deutsche U-Boot-Bunker veröffentlicht und wurde 1994 in Mainz mit einer Arbeit über den Einsatz der Luftwaffe über dem Atlantik und der Nordsee promoviert. Bekanntheit erlangten vor allem seine beiden Bücher zu Äußerungen kriegsgefangener Wehrmachtsangehöriger (*Abgehört*, 2005; *Soldaten*, 2011, zus. mit Harald Welzer), mit denen er die These von der verbrecherischen Wehrmacht zu untermauern suchte.

Der Titel seines neuesten Buches, *Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte* (Berlin: Propyläen 2020, 816 S., 35 €), offenbart bereits die Hauptthese Neitzels. Über alle Brüche des deutschen Soldatentums hinweg betont er die Gemeinsamkeit deutscher Heeresangehöriger: Krieger sein zu müssen. Dieser Anspruch mußte nicht immer eingelöst werden, da nur kaiserliches Heer, Wehrmacht und, bei mikroskopischer Vergrößerung, die Bundeswehr des wiedervereinigten Deutschlands in die Verlegenheit kamen zu kämpfen, wohingegen das bei Reichswehr, Bundeswehr zu Bonner Zeiten und NVA nicht der Fall war. Aber auch sie hätten Krieger sein müssen, wenn sie im Kampf hätten bestehen wollen.

Diese verwickelte Geschichte des deutschen Militärs erzählt Neitzel in einer nüchternen Diktion, die sich von den moralinsauren Hervorbringungen vieler seiner Vorgänger wohltuend unterscheidet. Er ist immer bemüht, die jeweils herrschende Auffassung vom Soldatsein in den Kontext ihrer Zeit zu stellen. Dazu bedient er sich für jeden Abschnitt dreier Perspektiven: Neben die Beschreibung der jeweiligen politischen Rahmenbedingungen tritt die Untersuchung des inneren Gefüges der Streitkräfte. Dabei bemüht sich Neitzel besonders um die Herausarbeitung der von ihm als »tribal cultures« bezeichneten Kohäsionskräfte der einzelnen Truppengattungen und Einheiten, die er als eine konstante Grundvoraussetzung für das erfolgreiche Bestehen im Kampf identifiziert. Die dritte Perspektive gilt dem jeweiligen Führungsverständnis, mit dem Ausbildung und Kriegsführung den Rahmenbedingungen angepaßt wurden.

Das Buch legt einen starken Fokus auf die Bundeswehr, der allein 300 von 600 Textseiten gewidmet sind, was den Zweck des ganzen Unternehmens unterstreicht. Neitzel will mit dem Mythos aufräumen, mit dem es sich die postheroische Gesellschaft bequem gemacht hat: nämlich, daß nach 1945 eine neue Zeitrechnung begonnen habe, die alle Verbindungen zur Reichswehr und kaiserlichen Armee, vor allem aber zur Wehrmacht gekappt habe. Damit weist Neitzel auch der Militärgeschichte wieder eine Aufgabe zu, die über die pazifistische Selbstvergewisserung der Gegenwart hinausgeht: die militärische Vergangenheit nüchtern zu analysieren, um daraus für die nach wie vor von militärischen Auseinandersetzungen geprägte Gegenwart etwas zu lernen. Der Krieg ist dementsprechend der »Fixpunkt der vorliegenden Untersuchung«.

In allen Kapiteln finden sich Revisionen des als gegeben angenommenen Geschichtsbildes. Die durchgreifende Militarisation des Kaiserreichs ist eine solche These, die Neitzel nicht gelten läßt, ebenso die Behauptung, unter der Obersten Heeresleitung sei das Kaiserreich zwischen 1916 und 1918 eine Militärdiktatur gewesen. Auch die Kritik am Militär der damaligen Zeit (bisher vor allem an den Schikanen gegenüber den Soldaten festgemacht) ordnet Neitzel

als Überbewertung von Einzelfällen ein, die verfolgt wurden. Er stellt ihnen die Tatsache entgegen, daß es im Deutschen Heer keine Meutereien gegeben habe, auch wenn es zum Ende des Ersten Weltkrieges durchaus zu Auflösungserscheinungen kam, die Neitzel auf die auch im Militär dominante Klassengesellschaft zurückführt. Er betont hingegen die Lernfähigkeit des Militärs, dem es gelang, auch den Stellungskrieg zu meistern, der ihrer bisherigen Doktrin, in einem raschen Feldzug die Entscheidungsschlacht zu suchen, so fundamental widersprach. Aber auch hier gab die legendäre Auftragstaktik den Ausschlag, wenn es darum ging, die Stellungen mit Stoßtrupps in Bewegung zu bringen.

Die Reichswehr war aufgrund der Beschränkungen des Versailler Vertrags nicht mehr als eine Grenzschutztruppe, in der ausgiebig Sport getrieben wurde. Entgegen landläufiger Meinung sei sie kein »Staat im Staate« gewesen, sondern akzeptierte das Primat der Politik. Interessant ist die Reichswehr für Neitzel vor allem als Zwischenstation auf dem Weg zur Wehrmacht, die ohne Lernbereitschaft der Reichswehr und ohne deren hervorragende Ausbildung und Führerauswahl niemals in der Lage gewesen wäre, in wenigen Jahren eine Millionarmee auf die Beine zu stellen. Allerdings hatte dieses Tempo seinen Preis: »Selten gingen deutsche Streitkräfte so unvorbereitet in einen Krieg wie 1939.« Mit diesem erstaunlichen Satz will Neitzel allerdings nur eine Überschätzung der eigenen Kampfkraft andeuten. Auch wenn Polen in einem Blitzkrieg, mit einer Operationsführung, die auf Schnelligkeit, Bewegung und Entscheidung setzte, besiegt wurde, merkten genaue Beobachter doch, daß der deutsche Soldat seit 20 Jahren keinen Krieg mehr geführt hatte. Die Erfahrungsberichte, auf die sich Neitzel stützt, deckten Mängel in der Kampfführung, in der Koordination und in der Aufklärung auf, die durch die Leistung einzelner Führer ausgeglichen wurden.

In der Folge gelang es, diese Mängel weitgehend abzustellen, so daß die Wehrmacht bis zum Winter 1941/42 von Sieg zu Sieg eilte. Der entscheidende Bruch setzte laut Neitzel ein, als die Wehrmacht sich nicht in der Lage zeigte, den Kampf an die neuen Gegebenheiten, in denen man nicht mehr über die Initiative verfügte, anzupassen. Die Wehrmacht fand keine Antwort mehr, kämpfte aber weiterhin zäh bis zum bitteren Ende. Die Gründe für diese Opferbereitschaft sieht Neitzel in verschiedenen Faktoren begründet, die in allen Phasen des Krieges zu einer starken Kohäsion der Truppe führten, so daß die Wehrmacht nie Auflösungserscheinungen zeigte.

Daß die 1955 gegründete Bundeswehr eine ganz andere Armee sein sollte, lag damals weniger an den von Neitzel ausgiebig behandelten Verbrechen, als an der beeindruckenden Kampfkraft der Wehrmacht. Diese wollten sich die Alliierten im Kalten Krieg zunutze machen, ohne jemals wieder Gefahr zu laufen, ihr gegenüberstehen zu müssen. Die mit dem Aufbau der Bundeswehr betrauten Wehrmachtsoffiziere hatten dementsprechend ihren Frieden mit der Teilung

Deutschlands gemacht. Als schwere Bürde erwies sich, daß die Bundeswehr zum einen als militärisches Tauschobjekt für die Erlangung einer politischen Teilsouveränität gedacht war. Zum anderen stellte sich durch die atomare Rüstung bald die Sinnfrage für eine konventionelle Armee, die im Kriegsfall als erstes vernichtet zu werden drohte. Um sich von der Tradition zu distanzieren, konzipierte man den »Staatsbürger in Uniform«, der weniger sein Land als seine Verfassung verteidigen sollte. Das ließ Unmut unter denjenigen Aufkommen, die den Soldatenberuf ganz bewußt als den eines Kriegers und nicht eines Militärbeamten gewählt hatten.



Sönke Neitzel: Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte
Erhältlich bei antaios.de

Die Thesen der »Hauptleute von Unna« von 1971 markieren den Anfang einer Debatte über den Zustand und die Aufgabe der Bundeswehr, die bis heute anhält. Mangelnde Einsatzorientierung, zunehmende Politisierung und nachlassende Disziplin wurden zwar auch vorher hin und wieder beklagt. Seit 1971 ist aber klar, daß solche Kritik, von Ausnahmen abgesehen, kaum mit Unterstützung aus der Generalität rechnen kann. Die Ereignisse der letzten Jahre haben oft genug gezeigt, daß sich die Bundeswehrführung im Zweifel nicht vor ihre Soldaten stellt. Neitzel deutet an, ohne es auszusprechen, daß der Bundeswehr seitdem gelungen ist, was keiner gesamten deutschen Armee zuvor gelang: den politischen Soldaten als das Maß aller Dinge zu etablieren. Mit Rechtsabweichlern hat die sich zunehmend als linksliberal verstehende Bundeswehr seit den »Hauptleuten von Unna« keine Debatten mehr geführt, sondern diese in den Ruhestand versetzt oder aus der Truppe vergrault.

Daß Neitzel einen Franz Uhle-Wettler (*Gefechtsfeld Mitteleuropa*, 1980) nur in einer Fußnote und einen Gerd Schultze-Rhonhof (*Wozu noch tapfer sein?*, 1997) gar nicht erwähnt, obwohl beide für eine Wiederbelebung der Tradition des Kriegers eingetreten sind, trübt den guten Eindruck seines Buches. Man kann diese Vermeidung von Kontamination durch in der Öffentlichkeit schlecht beleumdete Namen für geschickt halten. Das verlorene Terrain des Kriegerischen kann nicht im Handstreich zurückerobert werden kann. Man kann es aber auch für einen schlaun Schachzug seitens des Establishments halten, dem es darum geht, »die vielen Soldaten, die die Volksparteien an die AfD verloren haben, zurückzuholen«, wie es im vorletzten Satz des Buches heißt. ■

Glück des Weibes: Er will / Er will

Martin Mosebach: *Krass. Roman*, Hamburg: Rowohlt 2021. 528 S., 26 €

Das sich spiegelnde Vögelchen auf dem Titelumschlag deutet es an: Ralph Krass ist ein Narziß, und was für einer! Er, »nicht schön, aber Kraft und Intellekt ausstrahlend«, kauft sich alles: Geschäfte, Freundschaften, Liebeleien. Krass ist massig, aber straff, in Form, ein Macher, ein Dezionist, eher ungebildet, aber ein »Naturintellektueller«. Seine wenigen Worte haben Gewicht. Wir Leser finden ihn in seinen besten Jahren vor. Zunächst!

Mosebach hat einen Roman in drei Sätzen komponiert. Der erste ist mit der Spielanweisung »Allegro imbarazzante« überschrieben – eine glatte Erfindung: »lebhaft peinlich« vielleicht? (Folgen werden »Andante pensieroso« und »Marcia funebre«, die gibt es.) Der einzigartige Stilist und bekennende Reaktionär Martin Mosebach hat uns erneut eine Geschichte beschert, die – wie mancher Parteihengst bekritlet wird – wieder »ohne politische Relevanz« ist. Ein kunstloser Einwand! Herr Krass hat den verkrachten, leidlich begabten, immerhin polyglotten Jungakademiker Herr Jüngel (ein Charakter, der in keinem Mosebach-Roman fehlt) engagiert, damit der sein zufälliges angeworbene, babylonisches Gefolge, eine zusammengewürfelte, illustre Gesellschaft, deutsch-italienisch-französisch, durch Neapel führe. Krass selbst schweigt bei den abendlichen Runden meist »sphinxhaft« und herrscht mit »Gesten eines antiken Heerführers.«

Der Auftakt: Jüngel, dieser schmale, beflissene Untertan, hat die Reisegruppe versehentlich statt in ein neapolitanisches Volksstück in eine Zauberaufführung geschickt. Wie Mosebach den Magier sich »knapp verbeugen« läßt, »als habe er sich mit seiner Nummer vor allem selbst ein Vergnügen bereitet« und wie Herr Jüngel es versteht, rasant die »etwas irrationale Rhetorik« des Künstlers multilingual zu übersetzen – das sucht seinesgleichen: »Es gibt Dinge, die sind kein Trick, die sind unerforschbar. Es gibt Phänomene der Unbegreiflichkeit, einer Imprevisibilità.« Von der Seite spricht uns der Erzähler an: »Welch ein Wort, gab es das überhaupt? Der Mann aus dem Norden tat so.« Mit solchen Präliminarien ist das Programm dieses Romans bereits umrissen: In dieser Welt ereignet sich laufend Unglaubliches. Die Dinge, einmal angezettelt, fügen sich über Jahrzehnte und über Kon-

tinente aneinander, nichts daran ist jenseits des Möglichen, jede einzelne Seite ist ein Genuß.

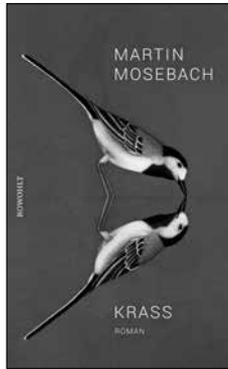
Das liegt daran, weil Mosebach nicht nur Stilkünstler ersten Ranges ist, sondern auch Plots schreibt, die ihresgleichen suchen. Wie fast immer bei diesem »langsamschreibenden« Dichter (der nicht jährlich etwas auf den Buchmarkt wirft) geht es hier um ein offenkundig prächtiges Gewächs (eben: Ralph Krass), das im Kern doch den Keim des Morschen in sich trägt. Im ersten Teil ist Krass ein Halbgott. Er ködert nicht nur den subalternen Jüngel, sondern – vielleicht – auch Lidewine, junge Femme fatale (und einstige Magiergeliebte), deren erstes Attribut die Unabhängigkeit ist. Lidewine, diese bezirzende Lebenskünstlerin mit quadratischem Gesicht und beachtlichen Waden, verliert bald Krass' Gunst, weil sie sich aus spontaner Neigung einem Untertanen (natürlich nicht Jüngel mit seiner »feierlichen Servilität«) hingibt. Krass verabscheut Illoyalität.

Der zweite Teil, anno 1989 und in Frankreich spielend, besteht aus Tagebuchaufzeichnungen des kläglich von seiner Verlobten verlassenen Jüngel. Er ist immer noch dasselbe Jüngelchen wie im Jahr zuvor. Der arme Bub – wie leidet er nun, der Narr, unter diesem Liebesverlust! Wo wurde eine solche, übrigens höchst moderne, Mesalliance, je triftiger beschrieben? Im dritten Teil sind wir zwanzig Jahre weiter. Wir befinden uns in Ägypten. Verrückt! Durch Zufall, *Imprevisibilità*, sind sie alle hier! Herrn Krass' moribunde Morscheit ist offenkundig. Die sorglose Circe Lidewine hingegen ist kaum, und wenn: wertsteigernd galtert. Sind diese »Gazellenaugen« aber nicht doch »Kuhaugen«?

Mosebach, Menschenkenner mit scharfem Auge für Details, beherrscht die Kunst solcher Kippbilder wie kein zweiter. Jüngel ist – kaum zu glauben bei dem Sentimentalisten, der er zwei Jahrzehnte zuvor war – inzwischen zweifach geschieden und einigermaßen abgefickt im souveränen Sinn. Nichts ist, wie es einst schien, und dennoch hat sich in all diesen Lebensläufen, auch in denen der Nebenfiguren, irgend etwas erfüllt. »Karma« dahinter zu vermuten ist bei diesem dediziert katholischen Autor wohl unsinnig.

Es ist keiner in Sicht, der dem Romancier Mosebach hier und heute den Rang ablaufen könnte. Außerdem liegt es auf der Hand, *Krass* zu verfilmen. Man wüßte gern, wer das Drehbuch schriebe und die Szenen ausstattete. Jedenfalls: ein Film, den man nicht verpassen wollte.

ELLEN KOSITZA ■



Tradition vs. Humanismus

René Guénon: *Die Krise der modernen Welt*,
Berlin: Matthes & Seitz Berlin 2020.
190 S., 24 €

Der Verlag Matthes & Seitz Berlin hat es clever eingefädelt: Nach Mark Sedgwicks dichtem Werk *Gegen die moderne Welt* (vgl. *Sezession* 95) über die verschiedenen traditionalistischen Schulen und ihre esoterischen wie politischen Ableitungen – von Islamisten über Sufi-Orden bis zu italienischen Neofaschisten – war die Neugierde der Leser auf die eigentliche Quelle des traditionellen Stroms geweckt. Nun liegt sie vor bzw. *wieder* vor: Es handelt sich um jenen Schlüsseltext des Philosophen René Guénon (1886–1951), der im französischen Original mit *La crise du monde moderne* 1927, in der deutschen Erstübersetzung von 1950 mit *Die Krisis der Neuzeit* und nun als Neuübersetzung adäquater mit *Die Krise der modernen Welt* betitelt ist.



Wenn die geschätzte *Sezession*-Koleggin Caroline Sommerfeld hierzu schreibt, dieses Opus magnum Guénon's sei »nicht schwer zu lesen«, dann würde ich dem nur dann beipflichten, wenn man erstens »den großen Sedgwick« – also: sein eingangs genanntes Buch – und zweitens »den kleinen Sedgwick« – also: sein werkbiographisches Nachwort zu vorliegendem Buch Guénon's – gelesen hat. Ansonsten würde man sich im Dschungel des Guénon'schen Lebens und seiner Begriffswelten verirren. Leben und Werk des zeitweise als Freimaurer, Martinist, Theosoph, christlicher Spiritualist, Hindu-Forscher, Islamkonvertit und Sufi wirkenden Akteurs sind für heute lebende Leser einigermaßen fordernd und komplex.

Eingängig und klar ist dabei die Ausgangsbasis des Textes: Guénon kündigt einen fundamentalen, erschütternden Richtungswechsel in der Wirklichkeit der westlichen Welt an, da *ihre* Moderne eine Krise erleide, die sie zum Ende eines Zeitalters führe. Mit Bezugnahmen auf zyklische Gesetze und Termini fernöstlicher Religionen – die westliche Moderne entspreche dem Kali-Yuga, dem »dunklen Zeitalter« – diagnostiziert Guénon das bevorstehende Ende eines Zeitalters und stellt klar, daß es darum gehe, den Ausweg in den letzten Phasen des Kali-Yuga vorzubereiten. Vorerst geht es dem Autor aber um die Analyse der feindlichen Kräfte, die er im »Humanismus« verdichtet sieht: In dieser Ideologie gehe es darum, »auf jedes höhere Ordnungsprinzip zu verzichten« und »sich unter dem Vorwand, die Erde zu erobern, vom Himmel abzuwenden«. Der Mensch wurde im Humanismus – ob links oder liberal koloriert – das Maß aller Dinge, die Bindung zur Tradition und ihren sakralen Prinzipien wurde negiert. Guénon legt daran anknüpfend einen *turn* hin, der deutlich macht, weshalb das Gros seiner Schüler gen Nah- und Fernost aufbrach und dortige Religionen und Lebensan-

sichten erforschte: Eine »Verteidigung des Abendlandes« ergebe keinen Sinn, da es das Abendland sei, das die globalen Probleme – Sinnentleerung, Materialismus, Gottesferne, Kapitallogik etc. – hervorgerufen habe. Wolle man das Abendland also beschützen, so greift Guénon namentlich seinen zeitgenössischen rechtskatholischen Gegenspieler Henri Massis (Action française) an, seien die Annäherung an den »Osten« und die Versöhnung mit den ewigen Prinzipien traditioneller Gottes- und Welterkenntnis die Voraussetzungen. Denn während der »Westen« neben dem Humanismus auch dessen Baustein »Individualismus« vergötze, den Guénon als »Negation jedes über die Individualität hinausgehende Prinzips« definiert, sei in den östlichen Völkern und Kulturräumen der Bruch mit Tradition und Spiritualität noch nicht vollzogen. Daß dies im Westen so restlos geschah, schreibt Guénon in einer Zwischenanalyse dem Protestantismus zu, der den Aufstand gegen den traditionellen Geist vollendet habe. Er behaupte zwar, keine andere

Autorität als die der Heiligen Schrift anzuerkennen, habe jedoch selbst durch seine Theorie und Praxis dazu beigetragen, das letzte Minimum an Tradition und Autorität zu vernichten, indem er der westlichen Tendenz, das Individuum zum Maß aller Dinge zu erheben, auch in der christlichen Religion zum Durchbruch verhalf. Sodann habe das Niedrige das Höhere gerichtet – und richte es fortwährend sowohl im Sakralen als auch im Profanen, etwa in der Politik (weshalb Guénon die real existierende Demokratie als gotteslästerlich geißelt) oder im täglichen Lebensvollzug (weshalb Guénon dem Menschen des Westens vorwirft, als nach materiellen Werten strebendes Wesen den Gesetzen der habgierigen Quantität statt der sittlichen Tradition zu folgen). Da Guénon geschichts-deterministisch argumentiert und das zyklische Prinzip der Geschichte für nicht hintergebar erklärt, bleibt die Frage, wie man persönlich sich der alles dominierenden Tendenz der Auflösung aller Dinge – allem voran der Tradition – entgegenstellen könne und ob dies Sinn ergebe. Letztere Frage bejaht Guénon, erstere beantwortet er mit der Notwendigkeit einer intellektuellen Elite, die dem Menschen des Westens Tradition und Weisheit vermitteln soll, um so den unvermeidlichen Übergang in den neuen historischen Zyklus zu »begleiten«.

Guénon lebte ab 1930 bis zu seinem Tod in Ägypten; seine Schrift fand weltweit Leser und »Schüler«, die Guénon's Ideen wahlweise »islamisch« (sowohl schiitisch als auch sunnitisch) oder »rechts« weiterentwickelten: Zu den verstorbenen Adepten Guénon's zählen Frithjof Schuon und Julius Evola, zu den heute noch lebenden Alexander Dugin und Claudio Mutti. Deren Schlüsseltexte liegen allesamt vor – es ist dem Verlag zu verdanken, daß dies nun auch für das Hauptwerk René Guénon's gilt.

BENEDIKT KAISER ■

Kein Erlöser, nirgends

Johannes Simon, Paul Simon: »Eine Welt voller Wut«. Donald Trump und das Ende der US-Hegemonie, Hamburg: Konkret Literatur Verlag 2020. 194 S., 19,50 €

Im Dezember 2020 steht fest: Donald Trump: abgewählt. Joe Biden: designierter 46. Präsident der USA. Ist Trump damit am Ende? Wie tickt die US-Rechte? Wie steht sie zu Trumps Amtszeit? Worin unterscheiden sich unterschiedliche konservative Strömungen jenseits des Atlantiks? Was bleibt von Trump? Wer sich auch nur für zwei oder drei dieser (Teil-)Fragen interessiert, ist beim linken Brüderpaar Simon an der richtigen Stelle. Gewiß: Ihr Aufspüren von phantomhaftem Rassismus wirkt unterentwickelt und beinträchtigt den Erkenntnisgewinn an mancher Stelle. Indes: Betrachtet man solch immanente Mängel antifaschistischer Publizisten als unvermeidliche Begleiterscheinungen des sie umgebenden Milieus – konkret, *Jungle World* und Co. – und schaut generös darüber hinweg, bleiben ausreichend analytisch verdienstvolle Einsichten auf der Habenseite. Zu nennen ist – erstens – das kenntnisreiche Sezieren des US-Konservatismus. Die Autoren benennen als sein Fundament eine »aus europäischer Perspektive« regelrecht »bizarre« Mischung aus »staatsfeindlichem Radikkapitalismus, christlich-reaktionärer Frömmigkeit und einem militaristisch verbrämten, geradezu mesianischen globalen Führungsanspruch«. Diese Synthese aus elitärem (Neo-)Konservatismus, Individualismus und Welterlösungsdenken wird dem Leser in ihrer Entstehungsgeschichte über die Jahrzehnte hinweg erläutert. Zeithistorie, Weltpolitik und Ideengeschichte finden in dichten Passagen zusammen. Desgleichen verdienstvoll ist – zweitens – die soziologische und politikwissenschaftliche Beleuchtung der US-amerikanischen Gesellschaft seit dem Zweiten Weltkrieg. Ob *working class authoritarianism* versus »liberale Eliten«, *suburbanization* (sinngemäß: Vervorstädterung) oder die Zusammensetzung sozialer Schichten in den Staaten – drängende Widersprüche und dem deutschen Leser womöglich unbekanntes Daten, Entwicklungen und Prozesse werden luzide aufbereitet und entfaltet.

Der dritte Faktor, der das Buch lesenswert macht, ist die plastische Darstellung des Phänomens Trump in den Phasen Wahlkampf, Wahlsieg und real existierender Amtszeit. Für das europäische rechtsalternative Lager lehrreich ist der Antagonismus zwischen Trump und seiner eigenen republikanischen Grand Old Party (GOP) bei Mobilisierung der Basis und bisheriger Nichtwähler; desgleichen die Differenz zwischen Rechtspopulismus als »Bewegung« und Rechtspopulismus an der Regierung samt narzißtischer Ignoranz gegenüber postulierten Vorhaben – eine Schizophrenie mit Folgen, welche die eigene Basis wahlweise mit dem *Deep State*

und externen Mächten relativierte oder aber schlicht umging. Zu nennen wären in der Migrationspolitik etwa die nichtgebaute »Wall« und daß Trump noch weniger Illegale abschieben ließ als sein Vorgänger Barack Obama. In der Sozialpolitik sind Trumps Versprechungen im Wahlkampf anzuführen, die dann in Amt und Würden durch das Gegenteil ersetzt wurden: Er nahm ein Verbot unbezahlter Überstunden zurück, öffnete die Rentenkassen für Wall-Street-Investoren, cancelte Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmersgesundheit, senkte Steuern für Konzerne und Millionäre, nicht aber für seine Wählerbasis in den kleinbürgerlichen Vorstädten und Arbeitervierteln usw. Viertens legen die Simon-Brüder dar, was von Trump bleiben dürfte. Dies ist wohl die entscheidende Leistung der Studie. Denn neben den Steuersenkungen für die obersten Prozent der Gesellschaft gibt es



zwei Probleme weltweiter Relevanz, die Trumps Präsidentschaft hinterläßt. Zum einen fokussierte er dräuende Probleme allein auf China. Diese Konzentration auf den externen Feind ist nun lagerübergreifend – von Bernie Sanders und Joe Biden bis zu (neo)konservativen Aktivisten – Grundkonsens in der US-Weltsicht und der damit verbundenen Großmachtspolitik des absteigenden letzten Hegemons. Zum anderen weckte Trump die Leiden-

schaften und die Ressentiments der vereinigten Linken und Liberalen. »Einiges«, so die Autoren, »spricht dafür, daß Trumps Präsidentschaft die Liberalisierung der Gesellschaft sogar beschleunigt hat.« Vor allem in *racial questions* seien weiße Liberale immer weiter nach links gerückt; sie zogen die gesamte US-Gesellschaft hinter sich her. So bleibt die identitätspolitische Linkstendenz in der Offensive, wenn Trump längst passé ist. Seit Martin Lichtmesz wissen wir aber, daß alles Schlechte, was in den USA entwickelt wird, eher früher als später Europa heimsucht.

Gibt es auch Anlaß zur Hoffnung? Ja. Abschließend untersuchen die Autoren nämlich jüngste Entwicklungen innerhalb der US-Rechten. Eine partielle Neuordnung sei im Gange; Trumps Scheitern habe viele, vornehmlich jüngere Akteure zum grundsätzlichen Umdenken gebracht. Sie suchen neue Wege jenseits der GOP und erweisen sich als desillusioniert, was die Rettung durch einen vermeintlichen, apparatimmanenten Erlöser anbelangt. Es dämmert diesen Kreisen, daß die US-Entscheidungsgewalt nicht bei parteipolitischen Rettern liegt. Alan Greenspan würde dem zustimmen. »Wir sind in der glücklichen Lage«, so höhnt der frühere Chef der amerikanischen Zentralbank, daß »dank der Globalisierung politische Entscheidungen in den USA größtenteils durch Marktkräfte ersetzt wurden. Abgesehen von National Security macht es kaum noch einen Unterschied, wer der nächste Präsident wird. Die Welt wird vom Markt regiert.« Auch Trump konnte bzw. wollte an diesem Grundprinzip des Globalismus nichts ändern.

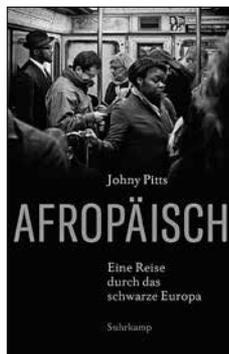
BENEDIKT KAISER ■

Farbenblind

Johny Pitts: *Afropäisch. Eine Reise durch das schwarze Europa*, Berlin: Suhrkamp 2020. 461 S., 26 €

Die Zeiten, in denen Antirassismus bedeutete, sich »farbenblind« zu stellen und Menschen gemäß Martin Luther Kings Traum nur noch »nach dem Wesen ihres Charakters zu beurteilen«, scheinen endgültig vorbei zu sein. Das verschwefelte Rassenthema ist vor allem durch

die linke »Identitätspolitik« mit voller Wucht wieder zurückgekehrt. Der korrekt denkende Progressive unterscheidet heute wieder scharf zwischen »Weißen« und »Menschen of Color«, inklusive hierarchischer Wertungen, die den alten weißen Überlegenheitsdünkel einfach auf den Kopf stellen. Dieser Trend hat ein ganzes Genre von Büchern hervorgebracht, in denen lautstark über das Joch des »systemischen Rassismus« gejammert wird, wobei die Autoren häufig gemischtrassig und auffallend hellhäutig sind. Dennoch identifizieren sie sich als »schwarz« und blicken aus dieser Perspektive auf die (noch-)weiße Welt, in der sie leben. So auch der 1987 in Sheffield geborene Johny Pitts, dessen Reisebericht *Afropäisch* sich in vielerlei Hinsicht positiv von zähen Schwarten wie *Warum ich nicht länger mit Weißen über Hautfarbe spreche* abhebt. Er hält die Ressentimentpflege in einem erträglichen Maß und nimmt Menschen, Dinge und Situationen differenziert und offen wahr. Dabei vergißt er aber nie, sie nach rassistischen Gesichtspunkten einzuordnen. Die Weißen erscheinen dabei stets als »die Anderen«, selbst für jemanden wie Pitts, der mit ihnen aufgewachsen ist. Zu seiner europäischen Heimat hat er ein deutlich entspannteres Verhältnis als etwa sein Vorbild James Baldwin, bei dem der Haß auf die weiße Kultur die Liebe überwog. Auch Pitts ist ein Entwurzelter und Entfremdeter, der nach Herkunft und Verortung sucht und dabei seine Rassenzugehörigkeit als Kompaßnadel nutzt. Der Begriff »afropäisch« soll eine hybride Identität etablieren: den Europäer schwarzer Rasse. Dabei könnte Pitts Buch auch »Afrozentrisch« heißen, denn seine Reise gilt der Suche nach seinen afrikanischen Brüdern, die bereits in ganz Europa verstreut sind, in Paris und Amsterdam ebenso wie in Stockholm, Moskau und Lissabon. So gerät sein Bericht auch zum Dokument der fortschreitenden Afrikanisierung Europas, die der Autor mit sichtlicher Genugtuung registriert. Bei der Lektüre stößt man immer wieder auf verblüffende und amüsante Beobachtungen: Als Pitts in Berlin-Friedrichshain zum erstenmal die Antifa aufmarschieren sieht, wird ihm ganz mulmig zumute, weil er zunächst ernsthaft glaubt, er habe archetypische »Neonazis« und »Skinheads« vor sich. Auf der Demo, die sich vor allem ums Trinken, Feiern und die Provokation von Polizisten dreht, erblickt er keinen einzigen Farbigen: »Ich



fühlte mich plötzlich *extrem* schwarz, unangenehm eingeklemmt zwischen den Fronten weißer Gewalt, und mein Schwarzsein bekam einen seltsam konservativen und verkrampften Charakter.« Trotz seines Unbehagens an den gewaltaffinen, blütenweißen und undiversen Antifaschisten, die ihren neonazistischen Pendants so unheimlich ähnlich sind, kommt Pitts zu dem Schluß, daß die Antifa eine gute Sache für die Schwarzen sei, denn sie begeistere »junge Weiße für Antirassismus, Antifaschismus und Antisexismus in einem Zeitalter, in dem die Alternative Rechte versucht, Rassismus hip zu machen.« Gut ist in seinen Augen auch, daß junge Weiße aufeinander losgehen, statt beispielsweise Ausländer anzugreifen: In den siebziger Jahren »hatten wir Banden von Skinheads, die Schwarze jagten; heute haben wir Banden von Skinheads, die einander jagen.« Pitts Buch bezeugt deutlich seine Sehnsucht nach einem Europa, das »schwärzer« und »afrikanischer« ist, mit anderen Worten

seinen Wunsch, unter seinesgleichen zu leben und gleichzeitig die Vorzüge der westlichen Kultur und Lebensweise zu genießen. Gerade als weißer Identitärer folgt man dem Autor nicht ungerne auf seinen Entdeckungsreisen, da man seine Sichtweise und Gefühle »seitenverkehrt« gut nachvollziehen kann.

MARTIN LICHTMESZ ■

Ein Päckchen Geschlachtetes

Anatol Regnier: *Jeder schreibt für sich allein. Schriftsteller im Nationalsozialismus*, München: C. H. Beck 2020. 366 S., 26 €

Ein großartiges Buch! Kennt man noch das fulminante Werk *Das gespaltene Bewußtsein. Deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933–1945* von Hans Dietrich Schäfer aus den 1980er Jahren? Es ist eigentlich das einzige Manko von Regniers Arbeit, daß er auf jenes Werk nicht verweist! Schäfers *Gespaltenes Bewußtsein* nahm die Ambivalenzen im NS-Kulturbetrieb aufs feinste wahr und fächerte sie auf.

Anatol Regnier vertieft genau das. Der Autor (*1945 in Bayern) ist Sohn des Schauspielerehepaars Pamela Wedekind und Charles Regnier, zudem Enkel von Frank Wedekind – also eines im Nationalsozialismus verfeimten Dichters. Regnier versucht, den Spagat von Schriftstellern im nationalsozialistischen Deutschland zwischen Anpassung und Integrität unter den Bedingungen einer Diktatur zu fassen. Er forscht dem nach, was man »Innere Emigration« nennt, und untersucht die Spannungen, die mit Emigranten (prominent: Thomas Mann) auftraten. Die Gebrüder Jünger (die auf dieser Strecke nicht unterzubringen wären) läßt er dabei aus. Auch der dezidierten Blut- und Boden-Literatur widmet er sich nur am Rande. Sein Augenmerk gilt jenen,

die lavierten, sich mit den neuen Machthabern unter Schmerzen und Windungen arrangierten. Schwerpunkte liegen bei Hans Fallada und Gottfried Benn, völlig zu Recht! Beide waren relativ rasch und deutlich belegbar nicht mehr NS-affin, biederten sich aber dennoch der Regierung an. Wie flink Fallada artig minimale Korrekturen in seinen Manuskripten vornahm! Aus dem »Nazi Lauterbach« wurde, ohne daß der Setzer eine Zeile verschieben mußte (großes Lob von Verleger Rowohlt für die knappe Kunstfertigkeit!), »der Torwart Lauterbach«, der nun keine jüdischen Witze mehr preisgibt, statt dessen den Sportsgeist seiner Heimatstadt beflügelt.

Oder nehmen wir Hanns Johst. 1928 Alfred Rosenbergs »Kampfbund für deutsche Kultur« beigetreten, 1933 zu Hitlers Geburtstag als Dramatiker (*Schlageter*) reüssierend, ab 1935 Präsident der Reichsschrifttumskammer: Dieser Mann wurde von Bertolt Brecht, Thomas Mann und dem Sophie-Scholl-Lieblingsdichter Manfred Hausmann hofiert! Johsts Drama *Der König* soll Hitler siebzehnmal angesehen haben. Sein (äußerst agitatorisches) Theaterstück *Thomas Paine* wurde in Dutzend deutschen Städten zugleich uraufgeführt. Seine Erzählung *Mutter ohne Tod* (1933), literarisch definitiv wertlos, verkaufte sich damals über 200000mal. Regnier liefert Einblicke in Johsts kitschigste Elogen auf Hitler – zum Lachen oder zum Weinen? Er erwähnt nicht, daß Johst noch in den fünfziger Jahren Werbespots für Edeka verfaßte ...

Auch Will Vesper, ein Scharfmacher ersten Ranges, war zunächst mit später diskreditierten Dichtern wie Detlev von Liliencron und Karl Wolfskehl befreundet. Ohnehin staunt man über die Verkaufsschlager jener Zeit! Wer kennt heute noch den damaligen Bestsellerautor Wilhelm Schäfer? Laut Regnier – nachvollziehbar dargestellt – ein echter Choleriker, der Jahr für Jahr ein Buch auswarf, unter anderem *Die dreizehn Bücher der deutschen Seele*. Hingewiesen wird auch auf Erich Kästners Wohlfühlbriefe an seine Mutter. Kästner stand den neuen Herren bekanntlich nie wohlgefällig gegenüber. Aber, wie wir lesen, es ging ihm doch gut! Er schickt der Mama nicht nur regelmäßig seine Schmutzwäsche, er schildert ihr auch minutiös seine erotischen Verwicklungen.

Oder nehmen wir Paul Landau, Literaturwissenschaftler, Theaterkritiker und deutschnationaler Neu-Protestant. Er steht auf der damals »richtigen Seite«, aber ohne Kulturkammerausweise kann er nicht publizieren. Jude bleibt Jude. Sein Freund Hans Grimm (*Volk ohne Raum*, 1926) wendet sich hilfeschend an Will Vesper. Der lehnt ab. Börries von Münchhausen, diese schillernde Figur, seinerseits ein wahrer Kassenschlager mit seinen Gedichten, zudem das Judentum preisend (1902 erschien *Juda. Gesänge*), aber »Vermischung« ablehnend, kann Landau auch nicht helfen. Münchhausen schreibt Landau 1935, ihm bleibe »nichts übrig, als Ihnen

im herzlichem Mitgefühl stumm die Hand zu drücken. Meine Frau empfindet mit Ihnen das Schlimme Ihrer Lage.« Die Münchhausens beschlossen, den Landaus »ein Päckchen von unserem gestrigen Schlachten zu schicken als kleinen Beweis großer Verehrung und Mitgeföhls.«

Hervorzuheben sind Ton und Duktus der Herangehensweise Regniers. Bereits eingangs legt er dar, wie sehr ihn die Thematik früh durchgerüttelt und verstrickt hatte – auch, wie er sich als junger Mann eine israelische Abstammung erlogen hatte, um besser dazustehen. Hier sei er ähnlich »feige gewesen wie meine Landsleute, die sich im Dritten Reich wegduckten und den Mund hielten, genauer gesagt: noch feiger.« Regnier verzichtet in seiner Darstellung der Gemengelage auf nachgereichte Wertungen. Wozu auch – wo die Dinge so sehr für sich selbst sprechen! Er bleibt stets lapidarer Berichterstatter. Kein Zeigefinger, nie. Das reicht hin. Es ist ein Bericht. Die Dichter (auch Agnes Miegel, Ina Seidel, Rudolf G. Binding, E.G. Kolbenheyer u. v. a. machen hier leider *brutta figura*) sprechen für sich selbst. Ein Buch, das man unbedingt gelesen haben sollte.

ELLEN KOSITZA ■



Absurd: »Judenfrage«

Jürgen Schwab: *Flucht in die Menschheit. Der Schriftsteller Jakob Wassermann und der Typus des nichtjüdischen Juden*, Neustadt/Orla: Arnshaugk 2020. 183 S., 18 €

Was für ein irrlichterndes Buch! Wo wäre sein Publikum? Schwierig einzuschätzen, wie groß die Schnittmenge jener ist, die Jakob Wassermann (1873–1934) respektive sein Werk kennen und schätzen, mit jenen, die explizit an der »Judenfrage« interessiert sind. Es dürfte sich wie mit der Nadel im Heuhaufen verhalten. Hier wird beides, das Germanistische wie das »Germanische« auf wenigstens mäßigem, gelegentlich beträchtlichem Niveau verhandelt. Ausweislich Wikipedia handelt es sich beim Autor Jürgen Schwab (*1967, gelernter Bürokaufmann und Diplom-Germanist) um einen sogenannten Rechtsextremen aus NPD-Fahrwassern. Volkstümlich nennt man das die »Alte Rechte«. Das sind diejenigen, die von den rechten Fragestellungen der vierziger und fünfziger Jahre nicht lassen wollen. Nun denn: Seine Kenntnis der Bücher des Fürther Schriftstellers Wassermann stellt Schwab ebenso unter Beweis, wie er das geisteswissenschaftliche Handwerk des Zitierens, Einordnens, Gliederns beherrscht. Man liest dies gleichsam mit offenem Mund: Jürgen Schwab will anno 2020 die »geistige Gestalt« des assimilierten deutschen Juden untersuchen? Ein kurioses, unzeitgemäßes, wenn nicht unerhebliches Unterfangen! Bei aller Offenheit der Fragestellungen ist klar, daß es Schwab nicht

wirklich um Wassermanns Leben und Werk geht, sondern um spezielle Stellen, die auf eine (jüdische) Selbstanklage weisen. Wir finden vier Kapitel vor, die feinverastelt untergliedert sind. Kapitel I stößt bereits via Überschrift auf: »Judenfrage und Meinungsfreiheit«. Kapitel II: »J. Wassermann und das deutsch-jüdische Verhältnis«; III: »Die Legende von der Judenassimilation« und IV, abermals verschärft: »Identitätsgestörte als Gegner der Nation«. Schwab gibt durchweg den Naiven, der einfach nur mal fragt: »Als vor 1945 noch nicht der Philosemitismus vorherrschend war, konnten die Intellektuellen beider Völker – des deutschen wie des jüdischen – [...] über ihre gegenseitigen Vorteile sprechen und schreiben.« Wassermann, übrigens ein erklärter Antizionist, steht für ihn paradigmatisch für das irgendwie bedauerliche (so möchte Schwab seine Lesart wohl akzentuieren) »Zerwürfnis zwischen Deutschen und Juden.« Er ruft glaubhafte Zeugen auf, namentlich die jüdischen Historiker Isaac Deutscher und Michael Meyer. In der Tat schrieb Wassermann selbst häufig vom »Blut« als Metapher für die ihm relevante Kategorie »Abstammung«. Wassermann war stets in diesen Ambivalenzen gefangen. Doch bleibt ein Unbehagen: Schwab hat erkennbar Freude am Zitieren drastischer Sequenzen aus Wassermanns Schrifttum. Nur ein Beispiel: »Der Jüd ist ein tolles Tier. So ihr ihn aus dem Käfig laßt, frißt er euch auf mit Stumpf und Stiel. [...] Viel Verstand hat er, und er ist wie ein Blindschleich. So du ihn entzwei hackst, kriechen zweie hinweg.« In diesem Buch finden sich etwa 80 Prozent Sachverstand und 20 Prozent halbwegs gut verkleidete Polemik. »Wirtsvolk« wird oft ohne Anführungszeichen geschrieben. Interessant: Als es »modisch« wurde für Juden, sich taufen zu lassen, wählten bis zum Jahre 1900 nur 30000 von insgesamt 590000 deutschsprachigen Juden diesen Weg. »Interessant« ist hier ohnehin vieles. Schwab überschreitet hier keine verfassungsmäßige Grenze. Er balanciert das geschickt aus. Ich würde zur Sekundärlektüre raten. Primär: Lest Wassermann! Er ist ein zu Unrecht vergessener Romancier. Er hält das Helle und das Dunkle gut aus.

ELLEN KOSITZA ■

Blutige Fingerkuppen

Wolfgang Ullrich: Feindbild werden. Ein Bericht, Berlin: Wagenbach 2020. 144 S., 10 €

Manchmal ist es gut, wenn Bücher zu aktuellen Themen eine Zeitlang liegenbleiben, bevor man sie liest. Manche nämlich sind unterdessen verwelkt, und ein wenig mühsam muß man sich

in Erinnerung rufen, worum es eigentlich ging. Dann stellt man fest: Hängen blieb nur dies, den Tag überdauerte nur das, der Rest ist vergessen, war nur für den Moment aufgeblasen wie so vieles in unserer »Gesellschaft des Spektakels«.

Also: Der Kunsthistoriker Wolfgang Ullrich hatte Ende Mai 2019 in der *Zeit* einen Beitrag unter dem Titel »Auf dunkler Scholle« veröffentlicht, in dem er unter anderem dem Leipziger Maler Neo Rauch vorwarf, gegen jede moralpolitische und zivilgesellschaftlich ethische Norm an einer rücksichtslosen Autonomie des Künstlers festzuhalten und damit rechten Auffassungen Vorschub zu leisten. Wie fast immer in solchen Fällen geriet auch Ullrichs Artikel zu einer impliziten Aufforderung, die sich kaum verhohlen hinter einem »bloßen Bericht« versteckte: Wer so eingeschätzt und damit befragt wird wie Rauch in diesem Artikel, der hat sich zu rechtfertigen oder zurückzuziehen, zu besänftigen oder mit den Konsequenzen zu leben.

Rauch jedoch antwortete mit der ganzen Macht, mit der ein so erfolgreicher und hoch gehandelter Künstler wie er antworten kann: Er malte ein Bild, den »Anbräuner«, auf dem ein Ullrich nicht unähnlicher Mann, mit nacktem Hintern über eine Schüssel sich hehend, den Pinsel ins eigene Exkrement taucht, um damit auf der Leinwand »anzubräunen«. Dieses Bild ersteinigte Monate später ein Bauunternehmer, der es wiederum in den Eingangsbereich eines noch zu errichtenden »Zentrums für den gesunden Menschenverstand« hängen wollte.

Der Auktionshammer fiel bei 750.000 Euro, der Erlös ging einem guten Zweck zu. So etwas nennt man: den Konter zu Ende spielen.

Ullrich antwortete mit dem vorliegenden, hilflosen Büchlein, steht wie der geschlagene Gegner vor Mikrofonen, um wortreich zu erklären, warum man wieder einmal den kürzeren zog. Dabei hatte er sich zuvor ja beste Chancen ausgerechnet: Kaum etwas klappt derzeit nämlich besser, als mit wenig Aufwand und Potential jemanden in die rechte Ecke zu schieben und zuzusehen, wie er sich windet. Bloß: Rauch ist ein zu großer Brocken für solche billigen Attacken, und ausschließlich diese schiere Größe, dieses ungeheure Gewicht rettete ihn. Jemanden von geringerem Volumen hätte der Beitrag von Ullrich erledigt oder wenigstens hilflos zurückgelassen.

In seinem Büchlein zeigt Ullrich unverblümt, worum es ihm ging und geht: um die Indienstellung der Kunst für die Zwecke der neuen Empfindlichkeit, die eben keine neue Empfindsamkeit ist, sondern in weiten Teilen das Geschäftsmodell professionell empfindlicher Gruppen. Diese Gruppen spüren historisches oder naturgegebenes Leid auf und durchleiden es erneut, aber medienwirksam und verknüpft



mit Entschädigungsforderungen. Der berühmte »alte weiße Mann« ist dabei stets derjenige, der das Leid verursacht hat und dem die Autorität, die autonome Kraft genommen werden muß, insofern er sie nicht freiwillig in den Dienst einer neuen Sensibilität stellt – ein Fettnäpfchenpfad, den man wahrscheinlich nur auf Knien bewältigen kann.

Ullrich stellt die gewünschte »Hyperkultur« (Vielfalt und Kosmopolitismus) dem von Rauch vertretenen »Kulturessentialismus« (mit den beiden Pfeilern Geschichte und Herkunftsort) entgegen und sieht letzteren bei den Rechten verortet, deren Programme und deren Verständnis von Kunst »in erklärtem Kontrast zu den globalisierungsorientierten und an der Sichtbarkeit von Minderheiten interessierten Projekten« derer stünden, »die im heutigen Kunstbetrieb weithin die Richtung vorgeben und die ein idealistisch-autonomes Verständnis von Kunst in Frage stellen.« Ullrich versucht, daraus einen neuen West-Ost-Konflikt zu basteln. Das ist natürlich Quatsch. Das einzige, was er zeigt, ist, daß er und alle anderen Einschüchterer im Osten auf eine Menge Leute treffen, die sich nicht einschüchtern lassen, die hinter Infragestellungen die Anbräunerei riechen und auf solche Herrschaftstechniken »sensibel« reagieren.

Ullrich, die eifrige Hygienebürste, hat sich an Neo Rauch, dem Klotz, die Fingerkuppen blutig gescheuert. Sein eitles Büchlein, dieser Schmerzensbericht, zeugt davon.

GÖTZ KUBITSCHKE ■

Grenzerfahrungen

Alexander Demandt: *Grenzen. Geschichte und Gegenwart*, Berlin: Propyläen 2020. 656 S., 28 €

Es ist kein Zufall, daß in den vergangenen Jahren ein neues Interesse an etwas ganz Altem erwacht ist: Grenzen. Der belgische Konservative Thierry Baudet plädiert für einen starken Nationalstaat (*The Significance of Borders*, 2012); Josef Isensee (*Grenzen*, 2018) betont den juristisch-staatswissenschaftlichen Aspekt der Territorialität des Staates, der Politologe Martin Wagener (*Deutschlands unsichere Grenze. Plädoyer für einen neuen Schutzwall*, 2018) untersucht die Möglichkeiten, den Abhaltewert der deutschen Grenzen durch eine intelligente Grenzsicherung zu erhöhen. Der Soziologe Frank Furedi (*Why Borders Matter*, 2020) plädiert für die Notwendigkeit, die Kunst der Grenzziehung wieder zu erlernen.

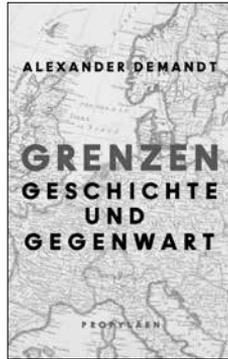
Dieser Forderung nach einer Wiederentdeckung der Grenze, aus der sich summa summarum das Ziel einer »Festung Europa« ableiten ließe, stehen jene gegenüber, die jede Vorstellung von Staatsgrenzen zum alten Eisen werfen

wollen, weil sie der utopischen Forderung nach freiem Zuzug für alle und jeden in jedes beliebige »Siedlungsgebiet« anhängen (»open borders«). Dies gilt mit Dringlichkeit, seitdem im Zuge einer aberwitzigen Immigrationspolitik jede Abwehr von Massenmigration nach Europa und vor allem Deutschland als humanitätswidrig bekämpft wird. Hatte Merkel noch 2015 dreist behauptet, eine mehrere tausend Kilometer umfassende Staatsgrenze lasse sich nicht sichern, war es im Zuge der sogenannten Corona-Krise auf einmal möglich, die eigenen Staatsbürger am Reisen in andere Bundesländer zu hindern.

Der Berliner Althistoriker Alexander Demandt (*1937) hat in vielen Werken über die Zeit, über Spengler, über »ungeschehene Geschichte« oder über das Phänomen des Vandalismus hinreichend seine universalhistorische Kompetenz unter Beweis gestellt. Ihm ist nun eine höchst (un)zeitgemäße Betrachtung über Nutzen und Nachteil der Grenze für das Leben gelungen, ein wahres Kompendium alles dessen, was sich über die Rolle von Grenzen in der Geschichte – und im menschlichen Leben überhaupt – zu wissen lohnt.

Demandt folgt keinem engen Begriff von Grenzen – wenn der Historiker die Grenze als »Grundkategorie« behandelt, geht es zwar vorrangig um politisch, militärisch und rechtlich bedeutsame Raumbegrenzungen. Aber neben allerlei metaphorischen Verwendungen des Grenzbegriffs kommen auch die Grenzen der Toleranz oder der Meinungsfreiheit in den Blick. Bei letzterer, in Artikel 5 des GG proklamiert, gibt es Einschränkungen; und Demandt konstatiert nüchtern: »Der Satz ›eine Zensur findet nicht statt‹ besagt nur: ›Ein staatlich bestellter Zensor ist nicht mehr vorgesehen.« Die laut Demandt »ausufernden Forderungen nach *political correctness*« gleichen das aber zur Genüge aus. Anthropologischen Wert hat zudem die Einsicht: »Abgrenzung ermöglicht Unterscheidung und damit die Erfassung von Wirklichkeit.«

Nachdem das ganze Begriffsfeld umfassend kartiert wurde, steigt das Buch in die eigentliche Geschichtserzählung ein und behandelt die Grenzen in ihren vielen Dimensionen bei den Völkern des alten Orients (einschließlich China mit seiner Großen Mauer), den Griechen, den Römern und den Germanen bis ins Mittelalter. Landnahmen und Eroberungen, die Errichtung von Stadtmauern und Landesgrenzen, Unterschiede von Privat- und Stadtgrenzen, von sakralen Grenzen um heilige Stätten bis hin zu den Grenzen des Römischen Reiches prägen die Darstellung. Im Mythos der Gründung Roms steht eine Grenzverletzung am Anfang; Remus springt über die von Romulus gebaute Mauer und wird zur Strafe von diesem getötet; aber gerade diese Strafe symbolisiere als glückliches Vorzeichen die Sicherheit der römischen Grenzen. Wie in der Antike wurden auch später Grenzsteine gesetzlich geschützt und Grenzfrevler geahndet. Demandt zitiert treffend Nietzsche: »Man gräbt die Moral um, wenn man



die Grenzsteine umgräbt.« Und Goethe berichtet in *Wilhelm Meisters Lehrjahre*n, man habe den Kindern bei der Setzung eines Grenzsteins tüchtige Ohrfeigen gegeben, damit sie sich immer an diesen Ort erinnerten.

Dennoch waren Grenzen stets auch umkämpft, Staaten suchten sie auszudehnen oder im Prozeß ihrer Staatswerdung erst festzulegen. Auch dafür präsentiert Demandt Beispiele aus allen Weltteilen; Grenzen erweisen sich als »Jon-gliermasse«, oft haben sie experimentellen Charakter, weil ihre Geltung von Macht- und Einflußsphären der Siegermächte abhängt, wie etwa im Nahen Osten. Noch heikler sind See-grenzen – ihre Aktualität zeigt sich im Brexit-Streit um die Fischereirechte, die das Vereinigte Königreich notfalls auch mit der Navy zu sichern bereit ist. Europas Grenzregime dagegen funktioniert nicht.

Demandt entzieht sich als Historiker der direkten Politikberatung, da die Grenzen der Zukunft nicht sein Metier seien. Aber er macht sich doch eine altrömische Mahnung zu eigen, die Regierung habe dafür zu sorgen, daß der Staat keinen Schaden nehme. Nur dumm, daß dies zumindest die deutsche Regierung kein bißchen kümmert.

TILL KINZEL ■

Sophie Scholl »im offenen Diskurs« begegnen

Robert M. Zoske: *Es reut mich nichts. Porträt einer Widerständigen*, Berlin: Propyläen 2020. 448 S., 24 €

Keine Minute Lesezeit an diesem Buch ist verschent. Sophie Scholl ist eine so gerade, so leuchtende Person, daß man an ihr kaum irre gehen kann – zumal, wenn man wie Autor Zoske reichlich Originaldokumente heranzieht. Es ist dennoch nicht vollends klar, was den Pastor (und im Seniorenstudium über Hans Scholl promovierten) Robert M. Zoske dazu bewog, diese Biographie über Sophie Scholl (1921–1943) zu verfassen. Es gibt ein Dutzend Bücher über die junge Frau, die ihr (überaus intensives) Leben für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus ließ. Sogar das kurz zuvor bei C.H. Beck erschienene Sophie-Scholl-Buch *Wie schwer ein Menschenleben wiegt* der Historikerin Maren Gottschalk hat Zoske rezipiert. Wie sagt man so böß? »Es ist alles gesagt, nur nicht von jedem.« Laut dem Klappentext zeige diese Biographie »auf der Basis von bisher unveröffentlichtem Quellenmaterial« Scholl »in einem neuen Licht«. Das stimmt nicht ganz. Grob gesagt standen die ersten Nachkriegsjahrzehnte der Scholl-Würdigung ganz im Lichte der befreundeten Zeitgenossen. Vor allem die ältere Schwester Inge hatte panegyrische, wenn nicht hagiographische (stets hochpoetische) Erinnerungsschriften verfaßt, an

denen man mit gutem Grund kritteln durfte. Sophie war keineswegs bereits (wenn je überhaupt) seit 1936 eine ausgesprochene Philosemitin. Populäre und wissenschaftliche Veröffentlichungen haben das längst korrigiert und sind dabei teils deutlich übers Ziel hinausgeschossen. Nein (vgl. Kositzka: »Sophie Scholl war keine Tanz-

maus«, *Sezession* 36/2010), die Heldin war keine drogensüchtige Antijudaistin und auch keine Feministin par excellence. Barbara Beuys hat das alles 2010 in ihrer – man könnte sagen »gültigen« – Sophie-Scholl-Biographie ausführlich dargelegt. Beuys stellt Scholl (glaubhaft) zuvörderst als erlösungshungrige, opferbereite Gottsucherin dar, die durchaus lange Zeit ihre Pflicht darin sah, als solche der NS-Ideologie zu folgen. Zoske bestätigt das. Nur, pardon: Er schnüffelt zu sehr in einem eigenen Interesse in Sophies

intimen Äußerungen, ihren privaten Briefen und Tagebuchaufzeichnungen. Das ergibt ein gewisses Hautgout, was vor allem die mutmaßliche Sexualität von Sophie (und ihren Brüdern Hans und Werner, denen hier lässig manifeste Homosexualität unterschoben wird) betrifft. Fakt ist: Sophies engste Freundin über Jahre war Lisa Remppis. Und: Ausweislich ihrem sehr innigen Briefwechsel mit dem festen Freund Fritz Hartnagel erwies sie sich als einigermaßen »komplizierte« Frau voller (stets hochphilosophischer) Bedenken. Der Autor nun macht Sophie zu einer verkappten Lesbe, die »zarte Liebeserklärungen« an die »große Liebe« Remppis, für die »sie glühte«, aussendet, während er den Werdegang einer »angstbesetzten« sexuellen Beziehung zu Hartnagel aus Andeutungen nachvollziehen will. Den Briefwechsel Sophies mit dem später äußerst prominenten Otl Aicher nennt Zoske »erotisch-frigide«. Warum das alles? Es liest sich, pardon, nach Unterhosenschnüffelei. Zoske schiebt Sophie vielfach die Rolle einer Gender-Vorkämpferin zu. Trug sie nicht die Haare kurz? War sie kein Wildfang? Lieferte sie in ihren Briefen nicht Beiträge »zur Genderkultur«? Das tat sie fraglos nicht. Zoske lechzt danach, Sophies Äußerungen als »nicht genderkonform« einzusortieren. Er ordnet gar ihre Neigung zum Werk einer Renée Sintenis, dieser großartigen Pionierin der Bildhauerkunst, als irgendwie queerfeministisch ein.

Zoske versteigt sich zudem oft zu Thesen, die sich bei genauerer Betrachtung als mindestens gewagt, wenn nicht als Raunen oder Wunschdenken entpuppen. Beispiele: »Der Weg Sophie Scholls in den Widerstand und der Aufstieg Hitlers zum Diktator sind untrennbar miteinander verbunden.« Daran stimmt nichts. Zoske verschweigt auch gar nicht, daß Sophie noch in den vierziger Jahren BDM-Treffen besucht hatte.

Der Autor möchte mit seinem Buch deziert die »Entmythologisierung« der Sophie Scholl fortsetzen. Seine elf Kapitel, die hübsch chronologisch von »Tochter«, »Hitlermädchen« über »Arbeitsmaid« und »Briefpartnerin« (der hochinteressante Briefwechsel mit Waldemar



Gabriel ist hier neu entdeckt) bis zu »Rebellen« und »Märtyrerin« betitelt sind, lassen sich mit vielem Wenn und Aber lesen. Einem Buch, das mit »jeder« und »wir alle« beginnt, ist grundsätzlich zu mißtrauen. Zoskes Passagen zum »Nachspiel« sind allerdings interessant: Wieso wurde ausgerechnet Sophies Büste in der »Walhalla« aufgestellt? Warum zierte ihr Porträt Briefmarken (1961, 1964, 1991), obwohl sie innerhalb der Weißen Rose allenfalls in zweiter Reihe stand? Zoske weist darauf hin, daß 2019 Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier an das »Schicksal der Gruppe um Sophie Scholl« erinnerte. Zoske, der in seinem Buch nicht müde wird, den feministischen Impuls der Widerständigen zu betonen, geht diese Art staatsmännischer Ikonisierung dann doch zu weit. Sicher ist: Ihr Reich war nicht von dieser Welt.

ELLEN KOSITZA ■

Empörungseffekte

Cass Sunstein: *Das Lemming-Prinzip: Wie unser Hang zu Konformität Extremismus fördert, kritisches Denken unterdrückt und unsere Freiheit bedroht*, München: FinanzBuch Verlag. 200 S., 19,99 €

Gemeinsam mit dem Wirtschaftswissenschaftler Richard Thaler hatte der Harvard-Rechtsprofessor Cass Sunstein (*1954) einen Riesenerfolg erzielt: Deren beider Buch *Nudge. Wie man Entscheidungen anstößt* (2009) geriet zum Langzeit-Verkaufsschlager. Es ging darum, wie man durch geschickte Psychomechanismen Leute dazu bewegt, »rational« zu handeln. Dies unter der Grundannahme, daß der Mensch kein vernünftiges Wesen, sondern anfällig für »unvernünftige« Einflüsterungen sei. Die Leute »anzustupsen« (= *to nudge*), um die gewünschten Entscheidungen zu treffen, ohne bevormundend zu wirken, war das erklärte Ziel der Autoren. Sie nannten diese Strategie – kontrovers genug – »libertären Paternalismus«. Sunstein hat einen »Draht nach oben«, er ist hinzu ein Vielschreiber. Sein neues Buch, gemäß Titel wie Untertitel höchst interessant anmutend, gliedert sich in vier Kapitel. Erstens: Wie Konformität funktioniert. Zweitens: Kaskaden. Drittens: Gruppenpolarisierung, und viertens: Das Recht und seine Institutionen. Nun denn: Sunstein beginnt streitbar – die Ausbreitung von Religionen hält er für eine Folge von konformistischem Tun. Er wertet das nicht: Konformität sorge für soziale Stabilität und sei deshalb nicht verachtenswert. Er präsentiert eine Fülle interessanter wie eindeutiger Studien (Grundton: in relativ meinungshomogenen Gruppen verstärkt sich nach gemeinsamer Beratung die zuvor moderate Einzelmeinung hin zum Extremismus) und kommt zu dem Schluß: Uns allen geht es um Anerkennung. Ver-



treten in Versuchsarrangements mehrere Probanden dieselbe Ansicht, taugt allein dies als Grund, als andersdenkendes Individuum nicht zu widersprechen. Selbst wenn die (in den Versuch eingeweihte) Mehrheit etwas völlig Abstruses behauptet, straucheln diejenigen mit der Minderheitenmeinung. Die Beirbarkeit der Probanden ist erstaunlich! Menschen einigen sich gewöhnlich auf Gruppennormen, und solche Normen verfestigten sich mit der Zeit. Sunstein beschreibt treffend die »Dynamik der Empörung«: Nicht nur bei historischen Revolutionen und Kriegen, sondern auch in aktuellen Fragen (er nennt den Israel-Konflikt und die #metoo-Bewegung) sind gewisse Effekte erst durch forcierte »Gruppendynamisierung« erklärbar. Sunstein fokussiert sich auf neueste Studien. Viele Versuchsarrangements thematisieren dabei die Wirksamkeit des Auftretens unbeirrbarer, konsequenter Personen. Der charismatische Führer, und sei er einer aufs Glatteis, hat seine Wirksamkeit nicht verloren. Im Grunde bestätigt Sunstein die Erkenntnisse von Elisabeth Noelle-Neumann aus den 1970er Jahren (u.a. *Die Schweigespieler*) und von Uwe Krüger aus den 2010er Jahren (u.a. *Meinungsmacht*). Es gibt hier erstaunlicherweise kaum aktuelle Erkenntnisse aus dem wirkmächtigen Bereich der sozialen Medien. Allein dies: Heute sorgten »Informations- und Reputationskaskaden« für Gesellschaftsentwicklungen, »die mit atemberaubender Geschwindigkeit ablaufen und zu extrem instabilen Situationen führen können.« Sunstein nennt weitgehend harmlose Beispiele für Sympathieüberschüsse: Taylor Swift, Harry Potter, Barack Obama. Menschen entscheiden auf Grundlage von Signalen, die sie von anderen erhalten – und zwar auch in relevanteren Fragen, als der Autor sie benennt. Cass Sunstein hat für den damaligen US-Präsidenten Barack Obama gearbeitet. Er kennt also prominente »Mitmacheffekte«. Seine Folgerung: »Am besten lief es, wenn jeder sagte, was er wirklich dachte.« Nun ja – »wirklich« stünde hier gemäß Sunsteins Prämissen arg auf der Probe! Wer denkt denn »wirklich«, also unbeeinflusst? Zum Nachteil gereicht dem Buch zweierlei: Erstens ist es entweder dürftig übersetzt, oder Sunstein pflegt wirklich eine Insidersprache. Ein Beispiel unter zahlreichen: »Viele interessieren sich für die expressive Funktion des Rechts – also für die präventive Wirkung des Rechts durch Abgabe entsprechender Erklärungen im Gegensatz zur direkten Verhaltensreglementierung durch die Sanktionierung von Verhaltensverstößen.« Das ist mindestens krude. Zweitens: Gerade das vierte Kapitel ist ausschließlich auf die Verhältnisse in den USA ausgerichtet. Sunstein wünscht sich bei den Bundesgerichten »ideologische Vielfalt«. Generell schließt er von sozialwissenschaftlichen Untersuchungen auf politische und juristische Sachverhalte: eine denkbar schiefe Ebene.

ELLEN KOSITZA ■

Kleine Formen

Michel Houellebecq: *Ein bißchen schlechter. Neue Interventionen*, Köln: Dumont 2020. 205 S., 23 €

Wenn Schriftsteller über einen längeren Zeitraum kein neues Werk vorlegen, schieben Verleger gern Sammelbände ein. Sie zeigen die andere Seite des Autors, seine »kleine Form«, seine politischen oder kulturellen Einwüfe. Nicht selten sind solche Überbrückungsbücher nicht viel wert. Bei Houellebecq ist das anders.

Titelgebend: ein offener Brief, verlesen am 4. Mai 2020, also auf dem ersten Höhepunkt der Stilllegung des öffentlichen Lebens. Ein im Detail sehr fruchtbares Stückchen Text: »Schon seit einigen Jahren hat die Gesamtheit der technologischen Entwicklung hauptsächlich zur Folge (zum Ziel?) gehabt, materielle und vor allem zwischenmenschliche Kontakte zu reduzieren.« Dies würde sich nun beschleunigen. (Wir wissen ein halbes Jahr später: Es hat sich beschleunigt.) Houellebecqs Fazit: Die Welt ist nach dieser Krise noch dieselbe, nur ein bißchen schlechter.

Was kann man aus Houellebecqs neuen Interventionen hervorheben? Die Gespräche. Das mit dem Journalisten Geoffroy Lejeune über Glauben und Kirche aus dem Jahr 2019 ist klärend, klug und zum Glück sehr ausführlich. Über den Angriff auf das Abendland und seine Religiosität geht es auch im Gespräch mit der Journalistin Agathe Novak-Lechevalier (2017). Man merkt, daß Houellebecq weiß, mit wem sich ein Gespräch lohnt. Das mit Frédéric Beigbeder lohnte sich nicht, trotzdem kann man es nachlesen. Was für ein eitler Sack! Das Schöne an den anderen Texten und Gesprächen ist ja gerade, daß sie uneitel sind. Vielleicht brauchten sie bloß ein Gegenstück.

GÖTZ KUBITSCHKE ■

Wer riecht denn da?

Paul Divjak: *Der parfümierte Mann*, Wien: Edition Atelier, 150 S., 20 €

Die Lektüre dieses Buchs vermag jenen atavistischen Menschenschlag zu reizen, der mehr noch als auf Klang und Sicht auf das Olfaktorische setzt. Motto: Laß schnuppern, wie du riechst, und ich sag' dir, wer du bist! Zweitens ist der »parfümierte Mann« als Dandy natürlich eine Figur im rechten Formenkreis. Autor Divjak (*1970) spreizt sich geradezu in diese Rolle. Ohne jede Scheu vor eitler Intimität erzählt er uns anhand von fünf Parfums (vier davon sind nicht mehr erhältlich, was die Sache noch mo-

nomaner erscheinen läßt) seine ganz persönliche Duftgeschichte. Dies geschieht dermaßen schwul-schwülstig (Divjak schwelgt in seiner Bisexualität), daß man lesend gelegentlich die Luft anhalten muß, um die Perlen zu sammeln. Namentlich, wenn er über altmodische Herrendüfte räsoniert, die noch eine »wilde, maskuline, wohltemperiert paternale Seite« ausweisen. So gemahne TED (»L'odeur du succès«) mit seiner derben Verwegenheit und seinem Hauch

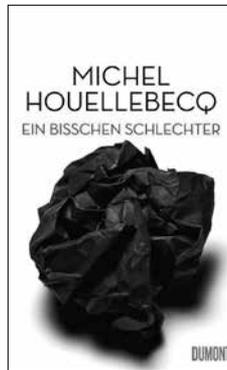
von »Urgewalten und hoffnungsvollen Ideen« an eine Zeit, »die von traditionellen Geschlechterrollen geprägt war, als der Marlboro-Cowboy noch rauchend durch die Prärie ritt und die verheiratete Frau für den Haushalt verantwortlich war.« Auch L'Homme von Roger & Gallet (Slogan: »L'homme est rare«; Zutaten u. a. Wacholderbeere, Salbei, Koriander, Ylang-Ylang) evozierte Männlichkeitsbilder des entschlossenen Herausforderers, des Zu- und Anpackers, des Eroberers. Über olfaktorische Assoziationsräume gibt es viel Kurioses festzustellen; zu diesem Duft weist Divjak auf die geruchliche Nähe des Androsterons (ein »Abfallprodukt« des Testosterons) zu einerseits Honig, andererseits Urin hin. Die Welt solcher Geruchszwillinge, deren böser Bruder stets eine menschliche Ausscheidung ist, sorgt für Faszination. Divjak weist darauf hin, daß Duftinterpretationen auch kulturell unterschiedlich seien. Ein hier

als »weiblich« wahrgenommener Geruch könne in anderen Gefilden als »maskulin« gelten. Daß klassische Blumennoten wie Jasmin und Alpenveilchen Herrenparfums zugesetzt werden, ist eine erst seit wenigen Jahrzehnten auftretende Mode, die mit einem umfassenden Unisex-Trend zu tun hat. Manchen überlebhabenden Parfumklassikern (etwa Kouros und Antaeus) schreibt der Autor zu, für »animalisch-geilen Trost« zu sorgen. Etliche früher in Herrendüften gängige Inhaltsstoffe (wie Bibergeil, Eichenmoos und Zibet; letzteres aus einer Art »Nebenhoden« der Zibetkatze gewonnen) sind heute verboten. Andere vielsprechende Duftkreationen sind leider vom Markt verschwunden: Das von Niki Lauda kreierte Parfum enthielt Benzin. Noch erhältlich hingegen ist Eau de Lavande, das der Lieblingsduft Heimito von Doderers war.

Für leidenschaftliche Riecher ist dieses Buch eine bizarre Fundkiste – durch seitenlange selbstverliebte Schwurbelsprache von »Sinnlichkeitskaskaden« über »mantraartige Affirmationen«, »Schweiß- und Darkroom-Assoziationen« hin zur »libidinösen Besetzung der eigenen Körpergrenze« muß man allerdings durch.

Dieses Buch wurde unter anderem vom Literaturreferat der Stadt Wien und von der Kunstförderung des Bundeskanzleramtes Österreich kofinanziert. Das erklärt natürlich viel.

ELLEN KOSITZA ■



Ein Recht auf Sezession gibt es ebensowenig
wie ein grundsätzliches Verbot der Sezession.

Jochen Bittner, in: *Die Zeit*